

Rechenschaftsbericht des Vorstands 2024-2025

- Bericht über die Aktivitäten im Zeitraum September 2024 bis August 2025
- Finanzbericht 1.1.–31.12.2024
- Vorschau auf 2026



Impressum

Herausgeber:

Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228/60 492-0, Fax -19

Büro Berlin

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Telefon +49 (0)30/57 71 328-0, Fax -11

Internet: www.germanwatch.org

E-Mail: info@germanwatch.org

Stand: 20.10.2025

Bestellnr.: 25-10-01

Bildquellen: Germanwatch, sofern nicht anders gekennzeichnet.

Porträtbilder der Mitarbeitenden und des Vorstands (sofern bei Redaktionsschluss vorliegend und Veröffentlichung erwünscht): privat oder Germanwatch

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

<https://www.germanwatch.org/de/93293>

Inhalt

A	Unser Engagement im Kontext veränderter Rahmenbedingungen	4
B	Die Basis unserer Arbeit	8
C	Unsere Arbeit	13
	Unternehmensverantwortung	15
	Wirksame Lieferkettengesetze in Deutschland und EU erhalten und pragmatisch umsetzen	15
	Perspektive von Partnern aus dem Globalen Süden in Unternehmenslieferketten und in der Rohstoffpolitik stärken	16
	Rohstoffbedarf senken und Resilienz steigern durch Kreislaufwirtschaft	18
	Ausblick	19
	Welternährung, Landnutzung und Handel	22
	Deutsche und EU-Agrarpolitik nachhaltig und gerecht gestalten	22
	Ernährungssysteme auch global (klima-)gerecht gestalten	24
	Tierhaltung mit klaren Perspektiven für die Menschen vor Ort reformieren	25
	Ausblick	26
	Zukunftsfähige Finanzflüsse	29
	Klimafinanzierung für globale Solidarität, Vertrauen und Kooperation	29
	Verkrustete Strukturen für eine fairere Zukunft reformieren	30
	Der IWF muss sich reformieren	31
	Mobilisierung von Geldern in Zeiten knapper Kassen	31
	Nachhaltige Finanzierung für eine emissionsarme und resiliente Wirtschaft und Gesellschaft	32
	Ausblick	33
	Internationale Klimapolitik	36
	Auf dem Pfad der sozial-ökologischen, menschenrechtsbasierten und gerechten Transformation zu 1,5 °C und Treibhausgasneutralität	38
	Angemessene Unterstützung der Verletzlichsten mit Klimaanpassung und Umgang mit Schäden und Verlusten	40
	Integrierte Klimaaußenpolitik und wirksame Partnerschaften	42
	Ausblick	43
	Deutsche und Europäische Klimapolitik	47
	Klimaschutz im Verkehr: Aufbruch beim Bahnausbau und erste Schritte hin zu einem klimaneutralen Flugverkehr	48
	Klimapolitik im Gegenwind auf der EU-Agenda halten	49
	Deutsche Klimapolitik: Den Investitionsbedarf für einen sozial akzeptierten Klimaschutz auf die Agenda setzen	50
	Märkte für die klimaneutrale Industrie und Arbeitsplätze von Morgen	51
	Das klimaneutrale Energiesystem zu gesellschaftlich akzeptablen Kosten mitgestalten	53
	Digitalisierung: Chancen und Risiken im Kontext Nachhaltigkeit und Demokratie	54
	Ausblick: Klimaschutz und Demokratie-Erhalt zusammenführen – sozialer Ausgleich und Wettbewerbsfähigkeit	55
	Bildung für nachhaltige Entwicklung	58
	Dialogformate: Wege aus der Spaltung – Gesellschaftlicher Dialog und Nachhaltigkeit	58
	Schwerpunkt schulische und berufliche Bildung	59
	Do-it-Guide – Nachhaltigkeit am Arbeitsplatz	59
	#climatechallenge – Lernorte für Klimaschutz und demokratische Praxis	60
	#MitmischenNRW – wirksame Jugendbeteiligung verankern	61
	Psychologische Erkenntnisse in der Umsetzung von Transformationsprozessen nutzen – ein Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis	61
	NRW-Fachpromotor Klima und Entwicklung	62
	Ausblick – #Transformation gemeinsam gestalten	62
	Pressearbeit	66
	Mit viel Expertise Mut zu gelingender Transformation machen	66
	Noch professioneller auf allen Medienkanälen	67
	Ausblick: Kommunikative Resilienz stärken	68
	Kommunikation und Fundraising	69
	Das Recht auf Klimaschutz: Klimaklagen von Germanwatch	69
	#ByeByeElon, hallo Bluesky: Germanwatch auf Social Media	71
	Rückenwind: Immer mehr Menschen unterstützen Germanwatch	72
D	Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen	76
E	Finanzbericht – Kalenderjahr 2024	78

A Unser Engagement im Kontext veränderter Rahmenbedingungen

Vieles, was seit der Gründung von Germanwatch 1991 selbstverständlich schien, gerät ins Wanken. Wir leben in Zeiten tiefgreifender Umbrüche. Der Wind bläst uns ins Gesicht. Doch unser Wertekompass bleibt die Grundlage für gute Lösungen. Wie auf einem Segelboot bei Gegenwind nehmen wir die Segel dicht, kreuzen – und halten dennoch Kurs. Die Zivilgesellschaft ist dabei die erneuernde Energie der Demokratie. Unsere Vorschläge können in vielen Politikfeldern kurz- und mittelfristig wichtige Beiträge leisten. Zugleich wollen wir mehr denn je dazu ermutigen, selbst aktiv zu werden.

Herausfordernde Umbrüche

- Die Temperaturbandbreite des Holozäns mit seinem seit gut 10.000 Jahren stabilen Klima seit der letzten Eiszeit ist überschritten. Das 1,5-Grad-Limit lässt sich ohne zeitweiliges Überschreiten nicht mehr einhalten. Auch erste Kipppunkte – wie das Absterben der Korallenriffe und der beschleunigte Eisverlust in der Westantarktis – sind vermutlich überschritten. Andere, wie ein Kollaps des Amazonas-Regenwaldes oder des atlantischen Strömungssystems, könnten schon bald oder in absehbarer Zeit folgen. Die Warnungen vor dem Überschreiten der planetaren Grenzen bestehen seit den 1970er-Jahren. Nun haben wir bereits sieben der neun kritischen Belastungsgrenzen des Erdsystems überschritten: Klimawandel, Integrität der Biosphäre, Veränderung der Landnutzung, Veränderung des Süßwasserkreislaufs, Veränderung der biogeochemischen Kreisläufe, Eintrag menschengemachter Substanzen sowie – neu im Jahr 2025 – Ozeanversauerung. Und es treten nun dementsprechend Krisen real ein.
- Das Zeitalter westlicher Vorherrschaft geht zu Ende. China steigt zur Supermacht auf und steht als Elektrostaat den USA als Petrostaat gegenüber. Die EU muss zeigen, ob sie kraftvoll genug agieren kann, um – gemeinsam mit Partnerstaaten, vor allem im Globalen Süden – zwischen beiden eine eigenständige Rolle zu spielen.
- Hoffnungsvoll stimmt, dass der Einsatz von Kohle, Öl und Gas – lange Grundlage für Wirtschaftsentwicklung und Macht – erstmals seit Beginn der Industrialisierung weltweit massiv unter Druck gerät. Erneuerbare Energien, Speichertechnologien und Elektrifizierung führen einen revolutionären Umbruch herbei. Doch jede Revolution ruft eine Gegenbewegung hervor: Fossile Konzerne und Staaten verbünden sich mit Tech-Giganten, um ihr Geschäftsmodell zu retten – selbst um den Preis, die Demokratie zu unterminieren.
- KI und Online-Plattformen verändern den öffentlichen Raum so tiefgreifend wie einst der Buchdruck – durch den möglichen Verlust von gesichertem Faktenwissen wie auch der Zunahme von Polarisierung sowie Hass und Hetze im öffentlichen Raum. Ohne eine entsprechende Regulierung bzw. den Aufbau eigener Plattformen im Sinne einer digitalen Autonomie dürfte es schwer werden, eine lebendige Demokratie in Europa zu erhalten bzw. weiterzuentwickeln.
- Die verheerenden Kriege in der Ukraine und in Gaza stellen das Völkerrecht und eine auf rechtsstaatlichen Prinzipien beruhende multilaterale Ordnung fundamental infrage und gehen einher mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen.
- Viele Staaten – angeführt von den USA – streichen Gelder für die menschliche Entwicklung und humanitäre Hilfe sowie für die Vereinten Nationen als Hüterin von Menschenrechten, Völkerrecht und Nachhaltigkeitszielen.

Verschiedene dieser Tendenzen stärken autoritäre Regime die weltweit an Gewicht gewinnen. Diese attackieren Justiz, freie Presse und Wissenschaft. Der Spielraum für die Zivilgesellschaft – die Kraftquelle demokratischer Erneuerung – schrumpft vielerorts, seit Beginn des Jahres ganz massiv in den USA, aber auch in der EU und in Deutschland. Diese Prozesse finden gleichzeitig in vielen Ländern statt und treffen u. a. Umweltinitiativen, Gewerkschaften, soziale Organisationen bis hin zu engagierten Bürger:innen.

Chancen nutzen

Diese Megatrends müssen wir nüchtern analysieren: Risiken erkennen, Chancen beherzt ergreifen. Deutschland und die EU können mit Partnern im Globalen Süden und Norden den Ausbau von Erneuerbaren Energien, Netzen, Speichern und Elektrifizierung vorantreiben – und damit zugleich die Abhängigkeit von fossilen Autokratien abbauen. Deutschland ist nach dem Rückzug der USA zum wichtigsten Geldgeber für die Entwicklungszusammenarbeit der UN, die Umsetzung der Globalen Nachhaltigkeitsziele und die internationale Klimafinanzierung geworden. Das bedeutet Verantwortung dies strategisch zu gestalten für eine auf Menschenrechten basierende gerechte Transformation. Hinzu kommt die Notwendigkeit neue Finanzquellen zu erschließen, etwa durch Abgaben auf Großemittenten oder international emittierende Sektoren wie den Flug- und Schiffsverkehr. Die Beziehungen zu China und den USA erfordern eine sorgfältige Balance zwischen Kooperation, ökonomischem sowie geostrategischem Wettbewerb und klarer Kante.

Unser Ansatz

Wir lassen uns nicht von Demagogen treiben. Zwar reagieren wir auf das Tagesgeschehen, doch wir fokussieren uns weiterhin auf Gemeinwohl und gerechte Rahmenbedingungen. Für die meisten Menschen ist es etwa selbstverständlich, dass zu einer lebenswerten Zukunft eine finanziell, ökonomisch und ökologisch nachhaltige Infrastruktur für Gesundheit, Bildung, Energie und Verkehr gehört. Daran arbeiten wir in Partnerschaft mit Unternehmen, Gewerkschaften Kommunen, wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen.

Mehr noch als der private Lebensstil (die Verringerung des ökologischen und sozialen Fußabdruck) sind die Rahmenbedingungen entscheidend. In unserer Bildungsarbeit fördern wir deshalb seit langem den Handabdruck – das gesellschaftliche Engagement, das größere Veränderungen möglich macht. Wir diskutieren nun, auch den „Herzabdruck“ (Eckart von Hirschhausen) zu ergänzen, der langfristige Motivation sichert.

Wir kommunizieren lösungsorientiert und bieten konkrete Handlungsansätze. Unsere Expert:innen für Landwirtschaft, Energie und Klima zeigen etwa anhand regionaler Beispiele, wie sich Klimaschutz und Landwirtschaft so gestalten lassen, dass sie zugleich Sicherheit, bezahlbare Energie, Mobilität, wirtschaftliche Lebendigkeit und Zukunft für die Landwirtschaft schaffen. Wenn wir uns für die Transformation des Energiesystems und der industriellen Tierhaltung einsetzen, dann gemeinsam mit Menschen vor Ort – um mit ihnen konkrete Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

Das Team unseres Bereichs Unternehmensverantwortung zeigt – oft in Kooperation mit Unternehmen –, wie sich Betriebe verantwortungsvoll steuern lassen: durch belastbare Informations- und Sorgfaltspflichten. Dafür braucht es Kraft, Willen und Mut, eine nachhaltige Zukunft aktiv mitzugestalten.

Im Sinne eines ökologischen und sozial gerechten Umbaus haben wir im letzten Jahr gemeinsam mit Greenpeace zwei neue Verfassungsbeschwerden eingereicht: die eine, um Deutschland auf den Kurs seiner Klimaziele zurückzubringen und die Freiheitsrechte der jungen Generation zu schützen; die andere, um sicherzustellen, dass auch ärmere und mobilitätseingeschränkte Menschen in der Transformation Zugang zu Wohnen und Mobilität erhalten.

Die Stimme der konstruktiven Mehrheit stärken

Die stilleren Krisen – Klima, Umwelt, Biodiversität – sind hinter die akuten Konflikte und Krisen zurückgetreten. Doch breite Mehrheiten in Deutschland und weltweit wollen weiter entschlossenen Klima- und Naturschutz, Menschenrechte und Armutsbekämpfung. Diese leise Mehrheit braucht nun Stimme und Selbstbewusstsein. Populist:innen und Extremist:innen – unterstützt von Geheimdiensten und Tech-Baronen, die Polarisierung verstärken – versuchen, die Gesellschaft zu spalten und gegen Klima- und Umweltschutz, Menschenrechte für alle und soziale Gerechtigkeit Stimmung zu machen. Wir arbeiten mit unseren Partnern in Dachverbänden und Netzwerken daran, dass die konstruktive Mehrheit durchdringt: in Politik, Gesellschaft und sozialen Medien.

Viele sind angesichts der Krisenkaskade der letzten Jahre veränderungsmüde, obwohl gerade jetzt die Weichen gestellt werden. Ein „Weiter so“ würde nur noch größere Krisen nach sich ziehen. Umfragen und Praxisbeispiele zeigen: Mehrheiten werden konkret, wenn Wandel fair, bezahlbar und wirksam gestaltet wird. Dafür setzt sich Germanwatch mit allen Arbeitsbereichen ein.

Wir lassen uns nicht von den Erregungskurven der Autokraten und Demagogen leiten, sondern von den Entwicklungstrends der Ernährung, des Klimas und der Artenvielfalt, die unser Leben grundlegend bestimmen werden. Unsere Sicherheit wird nicht nur in der Ukraine verteidigt, sondern auch durch das Umsetzen globaler Gesundheits-, Armuts- und Klimaziele – diese stärkt Würde, Resilienz und Eigenständigkeit. Daher werben wir für faire Klima- und Entwicklungspartnerschaften, etwa auf der Botschafter:innenkonferenz des Auswärtigen Amts.

Fokussiert auf gesellschaftliche Wendepunkte

Wir leben in einer disruptiver Zeit. Um nicht im Reagieren zu verharren, konzentrieren wir unsere Arbeit auf Projekte mit besonders großer gesellschaftlicher Wirkung. Ziel ist es, an den bevorstehenden Entscheidungspunkten das politische Handeln in eine zukunftsfähige Richtung zu lenken, die den notwendigen gesellschaftlichen Umbau mit sozialer Gerechtigkeit und einer Stärkung der Demokratie verbindet. Wir bündeln Kräfte über Fachbereiche hinweg, um positive Rückkopplungen in Politik, Wirtschaft, Finanzwelt, Justiz und Öffentlichkeit anzustoßen.

Als zentrale Wendepunkte haben wir identifiziert:

1. **Elektroturbo** für Verkehr, Gebäude und Industrie auf Basis von Erneuerbaren Energien, Netzen und Speichern – statt Verlängerung des fossilen Geschäftsmodells.
2. **Aufbruch für eine kohärente Agrar- und Ernährungsstrategie** mit Reduktion der industriellen Tierhaltung und Wiedervernässung der Moore – statt einer Verlängerung des Geschäftsmodells rücksichtsloser Massenproduktion.
3. **Deutschland und die EU als Motor** internationaler Finanzierung für Klima- und Armutsbekämpfung – statt weiterer Abwärtsspiralen bei der Mittelbereitstellung und -mobilisierung.
4. **Praktikable Sorgfalts- und Berichtspflichten**, die Finanzströme umlenken und Unternehmen in riskanten Zeiten steuern helfen – statt Stillstand und Rückschritt unter dem Vorwand von Bürokratieabbau.
5. **Online-Plattformen und KI**, die mithilfe breiter Bündnisse für digitale Verantwortung respektvollen Diskurs fördern – statt Hass und Desinformation.

Mit Gegenwind umgehen

Auch Germanwatch spürt die beschriebenen Umbrüche direkt:

Politisch: Unsere Themen – Klimaschutz, Menschenrechte, Umbau der Landwirtschaft, faire Finanzströme, Sorgfaltspflichten der Unternehmen – stehen unter politischem Druck, international und auch bei uns. Anfragen etwa von AfD und Union zielten auf die Legitimation zivilgesellschaftlicher Organisationen für die öffentliche Meinungsbildung und betrafen indirekt auch uns. Inhaltlich tragen wir das souverän, auch aufgrund der Stärkung des Handlungsspielraums durch das Bundesverfassungsgericht. Aber es erfordert viel Arbeit und die Bereitschaft, ständig z. B. auf mögliche Angriffe oder Anfragen aus den Medien vorbereitet zu sein.

Finanziell: Öffentliche Haushaltsmittel für Nichtregierungsorganisationen (NGOs) schrumpfen, US-Förderungen fallen für viele uns unterstützende Stiftungen weg. Da rund 90 % unserer Finanzierung projektgebunden ist, müssen wir 2026 mit weniger Budget rechnen. Durch Sparmaßnahmen, gute Förderanträge und verstärktes Fundraising versuchen wir gegenzusteuern.

Kommunikativ: Online-Plattformen und missbräuchliche KI-Anwendungen bedrohen die faktenbasierte öffentliche Sachdebatte und damit die deliberative Demokratie. Auch wir werden mit Hassbotschaften und gezielten Falschinformationen konfrontiert. Auf etwaige Angriffe in unsere Richtung müssen wir uns kommunikativ wappnen.

Rechtlich: Weltweit gibt es Versuche, NGOs durch unverhältnismäßige, zusätzliche Regulierung zu schwächen; in den USA sind Kolleg:innen teils existenziellen Klagen ausgesetzt. Wir arbeiten eng mit Dachverbänden und Partnerorganisationen am Schutz zivilgesellschaftlicher Handlungsräume.

Persönlich: Diese Lage fordert unser Team stark. Unsere Mitarbeitenden bohren dickere und härtere Bretter denn je, sehen sich Anfeindungen und technischen Angriffen wie z. B. Phishing-Mails ausgesetzt und machen sich Sorgen um die Verlängerung ihrer Arbeitsverträge. Mit noch mehr Energie als zuvor werben sie die notwendigen Projektmittel, Spenden und Mitgliedsbeiträge ein. Ihnen gilt unser aufrichtiger Dank und Respekt.

Wir haben vor diesem Hintergrund Task Forces für den Umgang mit zentralen Herausforderungen etabliert. Präsidium, Vorstand und Teams arbeiten vorausschauend am Risikomanagement.

Gemeinsam mit der Stiftung Zukunftsfähigkeit unterstützen wir die Initiative „*Kurs halten! Für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen und eine lebendige Demokratie*“ und suchen aktiv den Dialog mit demokratischen Politiker:innen.

Unsere Mitglieder und Unterstützer:innen geben Rückenwind in diesen stürmischen Zeiten. Wir danken Ihnen herzlich – auch für Ihre Beiträge und Unterstützung zur Satzungsänderung, die uns resilienter gemacht hat. Besonders erfreulich ist der seit 2024 größte Mitgliederzuwachs unserer Geschichte: eine Kurve, die weiter nach oben geht (vgl. Kapitel B). Ihre Mitgliedsbeiträge stärken unsere frei verfügbaren Mittel – ein wichtiger Faktor, um verringerte und bürokratisch erschwerte öffentliche Projektförderungen auszugleichen.

Lassen Sie uns weiterhin gemeinsam an einem Strang ziehen, zuversichtlich bleiben, einander Mut machen und Kraft schenken.

Geschäftsführender Vorstand und Präsidium von Germanwatch

B Die Basis unserer Arbeit

Germanwatch kann auf ein ereignisreiches und richtungsweisendes Jahr zurückblicken, in dem wir unsere Strukturen erfolgreich weiterentwickelt und – trotz spürbarem Gegenwind - unsere Wirkung gestärkt haben. Unser Erfolg entsteht durch das Miteinander vieler Menschen, die sich in vielfältigen Rollen einbringen und Verantwortung tragen. Mit der tatkräftigen Unterstützung von Mitgliedern, Spender:innen und haupt- wie ehrenamtlichen Mitarbeitenden konnten wir im vergangenen Jahr erneut wesentliche Schritte voranbringen, über die wir in Kapitel C (Unserer Arbeit) berichten.

Unsere Mitglieder und Unterstützer:innen

Zu Germanwatch gehören aktuell **1.739 Mitglieder**, davon **399 stimmberechtigte**, **1.330 Fördermitglieder** und **10 Ehrenmitglieder** (Stand 30.09.2025).

2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
560	575	603	600	632	644	675	709	779	824	838	857	929	1.174	1.739

Auf der Grundlage unserer wirkungsvollen Arbeit konnten wir – insbesondere Dank der Ausweitung unserer Präsenz mit Infoständen sowie weiteren Aktivitäten der Öffentlichkeits- und Fundraising-Arbeit unsere Mitgliederbasis erneut deutlich ausbauen. Dieser Zuwachs zeigt das große Vertrauen, das uns immer mehr Menschen entgegenbringen. Er stärkt unsere Unabhängigkeit, sichert sowohl kurzfristige Handlungsmöglichkeiten als auch langfristige Projekte und gibt uns eine breite Basis für gesellschaftliche Debatten, besonders in herausfordernden Zeiten. Unser herzlicher Dank gilt allen, die mit ihren Beiträgen unsere Arbeit ermöglichen.

Die finanziellen Grundlagen einschließlich der Einnahmen u. a. aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Zuschüssen werden detailliert im Kapitel E (Finanzbericht) erläutert.

Verbesserte Leitungsstrukturen

Die Steuerung und strategische Ausrichtung unserer Arbeit erfolgt in enger Zusammenarbeit zwischen der Geschäftsführung, dem ehrenamtlichen Vorstand und den engagierten Bereichen in unseren Büros in Bonn und Berlin. Regelmäßige Vorstandssitzungen sowie intensiver Austausch zwischen Vorstand, Geschäftsführung und Bereichsleitungen schaffen die Grundlage für eine zukunftsweisende Entwicklung der Organisation. Gemeinsam werden wichtige Weichen gestellt, sowohl auf politischer als auch auf organisatorischer Ebene, um unsere gemeinnützigen Ziele weiterhin erfolgreich zu verfolgen.

Strukturelle Weiterentwicklungen

Mit dem Eintrag der neuen Satzung in das Vereinsregister am 5. März 2025 sind die von der Mitgliederversammlung am 3. Dezember 2024 beschlossenen Veränderungen der Leitungsebene in Kraft getreten:

- Ehrenamtliche Ebene: Der bisherige Vorstand bildet nun das Präsidium. Es behält seine Aufsichts-, Beratungs- und Repräsentationsrolle und entscheidet über die in § 9.3 der Satzung festgelegten Punkte.
- Hauptamtliche Ebene: Aus der bisherigen Geschäftsführung ist der Geschäftsführende Vorstand geworden. Er vertritt den Verein rechtsgeschäftlich nach außen, führt die laufenden Geschäfte und trifft diejenigen Entscheidungen, die nicht von ihm delegiert werden oder satzungsgemäß dem Präsidium vorbehalten sind.

- Eine neue Geschäftsordnung regelt die Aufgaben und Rechte der neuen Organe und ihr Zusammenspiel im Detail.

Die Reform stärkt unsere Governance, erhöht Transparenz und Entscheidungsklarheit und wahrt zugleich Kontinuität: Die Personen in den Ämtern blieben nach dem Inkrafttreten gegenüber dem nach der Mitgliederversammlung 2024 geltenden Stand unverändert. Sie würdigt damit auch den anhaltend starken ehrenamtlichen Einsatz. Zugleich legt die Reform das Fundament für zukünftige Weiterentwicklungen der Führungsebene und stärkt die langfristige Handlungs- und Zukunftsfähigkeit von Germanwatch.

Unsere Menschen, unsere Stärke

Das Jahr war von großem persönlichem Einsatz unseres gesamten Teams geprägt. Mit faszinierendem Engagement arbeiten unsere Kolleg:innen in Bonn und Berlin daran, unsere Themen auf nationaler und internationaler Ebene wirkungsvoll voranzutreiben. Sie und ihre Erfolge stellen wir in diesem und dem folgenden Kapitel vor.

Das Team des **Geschäftsführenden Vorstands** steht unter der Leitung von Christoph Bals (Geschäftsführender Vorstand Politik) und Dr. Gerold Kier (Geschäftsführender Vorstand Administration). Weitere Personen ergänzen es kompetent:

- Die Politische Leitung unserer Aktivitäten in Berlin liegt weiterhin bei Lutz Weischer. Nach einer Auszeit im Jahr 2025 wird er Anfang 2026 in das Team des Geschäftsführenden Vorstands zurückkehren und sich seinen Schwerpunktthemen und der kontinuierlichen Weiterentwicklung der politischen Gesamtstrategie in Kooperation mit Christoph Bals sowie ausgewählten Organisationsentwicklungsprozessen widmen.
- Die beiden Referentinnen der Geschäftsführung Katharina Hierl und Sandra Ulsperger haben mit ihrem besonderen Einsatz strategisch wichtige Prozesse vorangebracht, sehr relevante inhaltliche und organisatorische Akzente gesetzt und für Stabilität und Kontinuität gesorgt.
- Susanne Laudahn verantwortet den Bereich Projektakquise und -kommunikation und trägt wesentlich dazu bei, dass zentrale Compliance-Anforderungen, darunter das Lobbyregister, zuverlässig erfüllt werden.

Unser Bereich **IT- und Infrastruktur** bildet ein tragendes Fundament für die tägliche Arbeit. Um wachsenden Anforderungen an Zusammenarbeit und Projektmanagement gerecht zu werden, haben wir unsere interne IT-Landschaft gezielt modernisiert. Verbesserte Büro- und Projektsoftware sorgt für effizientere Abläufe, eine noch engere standortübergreifende Zusammenarbeit und eine zukunftsfähige Datenhaltung. Diese Fortschritte entlasten die Teams und schaffen mehr Raum für inhaltliche Arbeit.

Datenschutz und **Arbeitsschutz** bleiben zentrale Querschnittsaufgaben. Auch im vergangenen Jahr haben wir unsere Richtlinien fortgeschrieben, Prozesse geschärft und regelmäßige Schulungen durchgeführt. Dadurch stellen wir sicher, dass hohe Standards bei Informationssicherheit, Gesundheitsschutz und Compliance im Arbeitsalltag verlässlich umgesetzt werden.

Für die wirksame Umsetzung der gemeinwohlorientierten Ziele von Germanwatch ist eine verlässliche organisatorische Basis entscheidend. Der Bereich **Personal, Finanzen und Verwaltung** betreut die Personalfragen und steuert finanzielle Abläufe professionell (vgl. Kapitel E). Die in den letzten Jahren etablierten digitalen Prozesse haben sich fest eingespielt und tragen heute spürbar zu effizienten Personalabläufen und einem reibungslosen Tagesgeschäft bei. Darüber hinaus gestaltet der Bereich interne Strukturen und Prozesse, die entscheidend für den fortlaufenden Betrieb und die nachhaltige Weiterentwicklung unserer Organisation sind. (Übersicht der Mitarbeiter:innen dieses Bereichs sowie von IT und Infrastruktur siehe Seite 12.)

Die Teilnehmenden am Freiwilligen Sozialen Jahr, Hilfs- und Honorarkräfte sowie Praktikant:innen leisten regelmäßig einen wertvollen Beitrag zum Erfolg von Germanwatch. Ihre Ideen, ihr Enthusiasmus und ihr Engagement sind eine große Bereicherung für unsere Arbeit.

Wertschätzung und Dankbarkeit

Der Vorstand möchte an dieser Stelle nicht nur dem gesamten Team, sondern allen Mitgliedern, Spender:innen und weiteren Unterstützer:innen einen besonderen Dank aussprechen. Ihr haupt- und ehrenamtliches Engagement sowie ihre finanziellen Beiträge bilden eine unverzichtbare Grundlage unserer Arbeit. Gemeinsam stehen wir für ein starkes Netzwerk, das auch in Zukunft wirkungsvoll für eine gerechte und nachhaltige Welt eintritt.

Germanwatch-Präsidium



Silvie Kreibiehl
Vorsitzende des Präsidiums



Dr. Artur Runge-Metzger
Stellvertretender
Vorsitzender des Präsidiums



Michael Windfuhr
Stellvertretender
Vorsitzender des
Präsidiums



Sven Harmeling
Mitglied des Präsidiums



Dr. Karl-Eugen Huthmacher
Mitglied des Präsidiums



Anne-Kathrin Kirchhof
Mitglied des Präsidiums



Prof. Dr. Stefanie Lorenzen
Mitglied des Präsidiums



Fiona Marker
Mitglied des Präsidiums



Prof. Dr. Maike Sippel
Mitglied des Präsidiums



Dr. Klemens van de Sand
Mitglied des Präsidiums

Ehrenvorsitzender



Klaus Milke
Ehrenvorsitzender
Germanwatch und
Vorstandsvorsitzender der
Stiftung Zukunftsfähigkeit

Geschäftsführender Vorstand und Stabsstellen



Christoph Bals
Geschäftsführender Vorstand
Politik



Dr. Gerold Kier
Geschäftsführender Vorstand
Administration



Lutz Weischer
Politische Leitung Berlin



Katharina Blasche
Assistentin des geschäftsführenden Vorstands und des Präsidiums
(bis 08/2025)



Katharina Hierl
Referentin
des geschäftsführenden
Vorstands Politik



Susanne Laudahn
Referentin
Projektakquise und
-kommunikation






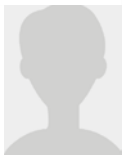








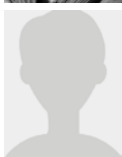





Sandra Ulsperger
Referentin
des geschäftsführenden
Vorstands Administration

IT und Infrastruktur

	Karsten von Berg Bereichsleiter IT und Infrastruktur		Alexander Festl Fachkraft für IT und Infrastruktur		Udo Pracht Referent für IT und Infrastruktur
---	---	---	---	--	---

Mit Unterstützung von Hannah Fuge.

Finanzen, Personal und Verwaltung

	Yvonne Horstink Bereichsleiterin Finanzen, Personal und Verwaltung		Ulrike Koll Bereichsleiterin Finanzen, Personal und Verwaltung		Heike Blankenstein Referentin Finanzen und Projektcontrolling
	Amelie Bornemann Referentin Finanzen und Projektcontrolling		Lisa Claus Referentin Finanzen und Projektcontrolling		Maria Fiedler Referentin Finanzen und Projektcontrolling
	Marie Genger Personalreferentin		Anne-Maria Illés Referentin Finanzen und Projektcontrolling		Julia Keller Personalreferentin
	Judit Mays Personalreferentin		Tanja Morgner Referentin Finanzen und Projektcontrolling		Christine Noel Referentin Finanzen und Projektcontrolling
	Laura Radosh Sekretariat und Projektassistenz Büro Berlin (seit 08/2025)		Brigitte Rolfes Referentin Finanzen und Projektcontrolling		Sandra Röttger Personalreferentin
	Andrea Taubert Sekretariat und Projektassistenz Büro Bonn		Jenna Voß Sekretariat und Projektassistenz Büro Berlin		Heike Zbick Referentin Finanzen und Rechnungswesen

Mit Unterstützung von Kira Gatzemeier und Julia Reidt.

C Unsere Arbeit

Wir blicken zurück auf ein Jahr, in dem der Handlungsdruck wegen sich verselbständigender Krisen im Bereich Klima und Biodiversität, wegen des Drucks auf Völkerrecht, Demokratie und Menschenrechte größer geworden ist – und in dem es zugleich mehr Gegenwind für die Umsetzung unserer Arbeit gab. Die meisten Menschen wissen, dass eine gerechte, nachhaltige und friedliche Zukunft nur gemeinsam gelingen kann. Doch weil sie so laut mit extremen Botschaften beschallt werden, verlieren viele das Selbstvertrauen, dass wir diese Mehrheit haben: für einen grundlegenden und fairen Wandel; für eine Gesellschaft, die demokratisch die Kluft zwischen Arm und Reich abbaut und die entschieden die Investitionen für Bildung, Gesundheit, eine wieder funktionierende Bahn und für den notwendigen Strukturwandel in Verkehr, Gebäuden, Industrie, Finanzmarkt und Landwirtschaft anpackt. Und zwar mit den Betroffenen gemeinsam. Alle Umfragen zeigen: Die Mehrheiten sind da. Wir müssen dafür sorgen, dass sie in der gesellschaftlichen Debatte gehört werden – und ihnen zuhören. Germanwatch steht in dieser Zeit für Haltung, Dialog und Wirksamkeit.

Ein „Weiter-so“ würde die exponentiellen Kurven in Richtung Anstieg der CO₂-Konzentrationen, Wetterextreme und Verluste der Artenvielfalt schon bald so vorantreiben, dass ein Weiter-so schlichtweg nicht mehr möglich ist. Die Frage ist jetzt: Ändern wir das Weiter-so durch Gestaltung oder durch Katastrophen? Alle politischen Bereiche von Germanwatch verbinden deshalb den Einsatz für Demokratie mit der sozial-ökologischen Transformation. Sie zeigen, dass Wandel gelingen kann, wenn er wirkungsvoll, gerecht und fair gestaltet wird.

In Deutschland und Europa arbeiten wir daran, dass **Klimaschutz, soziale Sicherheit und Teilhabe sich gegenseitig stärken**. Wir wollen uns nicht in einen Kulturkampf treiben lassen. Wir sehen in den USA, wie destruktiv das ist. Die Geheimdienste autoritärer Staaten und Antidemokraten wollen die Gesellschaft polarisieren, weil dann die Fortsetzung des fossilen Geschäftsmodell vorangetrieben und die Demokratie entkernt werden kann. Wir drängen deshalb etwa auf wirkungsvolle und pragmatische Regeln und Anreize für die Elektrifizierung von Verkehr, Gebäuden und Industrie. Dies spart für jede Dienstleistung etwa zwei Drittel der Primärenergie. Wir setzen uns für Berichts- und Sorgfaltspflichten ein, die Unternehmen und dem Finanzmarkt erlauben, die Unternehmen so zu steuern, dass Lebensgrundlagen und Menschenrechte nicht unter die Räder kommen. Auf europäischer Ebene setzen wir uns dafür ein, dass die Fortschritte des Green Deal nicht verloren gehen, sondern weiterentwickelt werden, auch unter schwierigen politischen Rahmenbedingungen. Zugleich sind wir in der deutschen und europäischen Umweltdebatte gegenüber anderen Verbänden und der Politik in Deutschland sowie der EU ein geduldiger und stetiger Anwalt der internationalen Perspektive.

International fördern wir **Kooperation und Verantwortung durch die Unterstützung von fairen Energie- und Entwicklungspartnerschaften**. Wir helfen, denjenigen eine Stimme im internationalen Prozess zu geben, die heute schon existenziell von der Klimakrise betroffen sind. Wir setzen uns ein für gerechte Finanzströme, faire Lieferketten, zukunftsfähige Ernährungssysteme. Und wir kooperieren gerade auch mit Partner:innen im Globalen Süden. Die Weltklimakonferenz in Baku, die Debatten um Klimafinanzierung und die Reform der globalen Finanzarchitektur haben gezeigt, wie eng Klimaschutz, Demokratie und Gerechtigkeit zusammenhängen.

Ein Höhepunkt des Jahres war das **historische Urteil des Oberlandesgerichts in Hamm** im Fall Saúl Luciano Lliuya gegen RWE. Germanwatch hat diesen Fall zehn Jahre in der Öffentlichkeit begleitet. Das Urteil macht deutlich, dass der Schutz ein einklagbares Recht ist gegenüber den größten Emittenten Europas – ein Signal weit über Deutschland hinaus. In unserer Bildungs-, Presse- und Kommunikationsarbeit fördern wir Mut, Dialogfähigkeit und Selbstwirksamkeit, denn Demokratie lebt davon, dass Menschen sich einbringen und Verantwortung übernehmen.

Unsere fünf politischen Bereiche Deutsche und Europäische Klimapolitik, Internationale Klimapolitik, Unternehmensverantwortung, Zukunftsfähige Finanzflüsse, Welternährung, Landnutzung und Handel sowie Bildung für nachhaltige Entwicklung haben in den letzten 12 Monaten – unterstützt von den Teams, die die Basis unserer Arbeit und unsere Kommunikations- und Pressearbeit sichern – **wichtige Meilensteine für die Umsetzung unserer Ziele erreicht**. Alle Germanwatch-Bereiche trägt eine gemeinsame Überzeugung: Transformation gelingt nur, wenn sie vor Ort, national und international als gerecht wahrgenommen und demokratisch organisiert wird.

Unternehmensverantwortung

Angesichts des Erstarkens autoritär-nationalistischer Parteien auch in Deutschland und Europa setzen wir uns in unserer Arbeit mehr denn je für eine Politik ein, die vor Ort und in den globalen Wirtschaftsbeziehungen anstrebt, die Menschenrechte zu wahren und die globale Gerechtigkeit zu fördern. Im Sinne einer offenen und empathiefähigen Gesellschaft engagieren wir uns für eine **global gerechte Transformation**, die auch die Würde und Rechte der Menschen außerhalb Deutschlands politisch berücksichtigt.

Im Berichtszeitraum haben wir uns dafür eingesetzt, dass wichtige in diese Richtung wirkende Meilensteine im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung verankert wurden: vom Bekenntnis zu dauerhaft geltenden **verbindlichen Sorgfaltspflichten für Unternehmen** bis zum Ziel einer **Senkung des Rohstoffbedarfs** oder der angekündigten **Umsetzung der deutschen Kreislaufwirtschaftsstrategie**.

Wir haben im vergangenen Jahr gezielt den Dialog mit kleinen und Kleinstunternehmen gesucht, um Hürden bei der Umsetzung von Kreislaufwirtschaft oder menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten besser zu verstehen und den Nutzen dieser Instrumente auch für Unternehmen in Deutschland zu verdeutlichen und so einer politischen Polarisierung entgegenzuwirken. So konnten wir gegenseitiges Verständnis schaffen und auf konkrete Instrumente für eine an den Menschenrechten orientierte Transformation hinarbeiten, die zugleich praktisch umsetzbar und damit in der Praxis wirksam sind.

Wirksame Lieferkettengesetze in Deutschland und EU erhalten und pragmatisch umsetzen

In Brüssel droht eine drastische Einschränkung der EU-Lieferkettenrichtlinie und in Deutschland will die neue Bundesregierung das Lieferkettengesetz schwächen – es war kein einfaches Jahr für den weltweiten Schutz von Menschenrechten und Umwelt. Doch gemeinsam mit unseren Bündnispartnern haben wir darauf hingewirkt, Regeln zu erhalten, die im Sinne der Menschen in den weltweiten Lieferketten wirken und praxisnah umgesetzt werden.

Die unerwarteten politischen Entwicklungen und Umbrüche des vergangenen Jahres prägten auch die Ausrichtung unserer Arbeit zum deutschen Lieferkettengesetz und der Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD; EU-Lieferkettenrichtlinie). Nach Inkrafttreten der CSDDD im Juli 2024 lag der Fokus unserer Arbeit auf der Umsetzung der Richtlinie in Deutschland. Gemeinsam mit der Initiative Lieferkettengesetz und dem CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung setzten wir uns für eine ambitionierte Überführung der CSDDD in deutsches Recht ein – etwa durch die Mitorganisation einer großen, an Entscheider:innen gerichteten Konferenz im November 2024.

Schon bald wurde allerdings klar, dass der Umsetzungsprozess in Deutschland nicht wie geplant verlaufen würde. Nicht nur brachte der Bruch der Ampelregierung den Zeitplan der Bundesregierung ins Wanken. Das Ende 2024 überraschend von der EU-Kommission angekündigte sog. Omnibus-Paket¹ zur Überarbeitung verschiedener EU-Nachhaltigkeitsgesetze stellte plötzlich auch wichtige Errungenschaften der gerade erst verabschiedeten CSDDD wieder grundlegend in Frage, bevor diese überhaupt zur Anwendung kommen konnte.

In zahlreichen Gesprächen mit und Briefen an Entscheider:innen, in öffentlichen Stellungnahmen, Positionspapieren, Pressebriefings und einer Straßenaktion forderten wir gemeinsam mit der Initiative Lieferkettengesetz den Erhalt einer wirksamen CSDDD und des bislang garantierten menschenrechtlichen Schutzniveaus.² In direkter Abstimmung mit unserer europäischen Dachorganisation

1 Gesetzesinitiative, die Änderungen in mehreren Bereichen oder an verschiedenen bestehenden Regelwerken gleichzeitig einführt.

2 <https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2025/06/Positionspapier-Omnibus.pdf>

European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) und den Germanwatch-Kolleg:innen vom Bereich Zukunftsfähige Finanzflüsse verfolgten wir den komplexen EU-Gesetzgebungsprozess zum Omnibus-Paket. Zugleich koordinierten wir in der Arbeitsgruppe Politik des CorA-Netzwerks auch die Advocacy-Bemühungen der deutschen Zivilgesellschaft.

In Deutschland konnten wir nach den Neuwahlen gegen massive Widerstände erreichen, dass sich der Koalitionsvertrag der schwarz-roten Bundesregierung klar zur Umsetzung der CSDDD in Deutschland bekennt und eine nahtlose Ablösung des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) ankündigt. Dies ist ein wichtiges Fundament, um ein weiteres rasantes Erodieren des Menschenrechts- und Umweltschutzes unter der aktuellen Bundesregierung zu verhindern. Als jedoch Bundeskanzler Friedrich Merz in krassem Widerspruch zum Koalitionsvertrag plötzlich in Brüssel die gänzliche Abschaffung der CSDDD forderte, reagierten wir schnell und deutlich.

Wir setzen uns ein für ein praktisch im Sinne des Menschenrechts- und Umweltschutzes wirkendes Lieferkettengesetz. Um dieses Ziel langfristig abzusichern, braucht es breite gesellschaftliche Mehrheiten. Daher sind wir bestrebt besser zu verstehen, mit welchen Herausforderungen insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) im Zusammenhang mit dem LkSG zu kämpfen haben und welchen Nutzen sie daraus ziehen. Im vergangenen Jahr haben wir in zahlreichen Dialogformaten mit KMU versucht, der zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung bei diesem Thema den konstruktiven Dialog entgegenzusetzen. Auf diese Weise konnten wir Herausforderungen für KMU besser verstehen, die Relevanz des LkSG auch für die Unternehmen gemeinsam herausarbeiten, konstruktive Lösungsansätze zusammen entwickeln, aber auch Missverständnisse im Zusammenhang mit dem LkSG aufklären und KMU dabei unterstützen, ihre politischen Anliegen öffentlich zu kommunizieren.

Ein wichtiges Anliegen war uns neben der Absicherung des gesetzlichen Rahmens auch weiterhin die konsequente Umsetzung und Kontrolle des LkSG. In diesem Sinne haben wir gemeinsam mit dem European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) die Arbeitsgruppe „LkSG nutzen“ des CorA-Netzwerks koordiniert. Als eine von zwei Vertreter:innen der Zivilgesellschaft im Beirat des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) haben wir uns für eine konsequente Kontrolle der nach dem LkSG verpflichteten Unternehmen eingesetzt.

Perspektive von Partnern aus dem Globalen Süden in Unternehmenslieferketten und in der Rohstoffpolitik stärken

Indem wir die Perspektiven unserer Partner aus dem Globalen Süden gegenüber Akteuren in Deutschland, aber auch in ihren Heimatländern unterstützen, leisten wir einen wichtigen Beitrag dazu, dass die notwendige globale Transformation menschenrechtskonform erfolgt und gerechter gestaltet wird.

Zusammenarbeit mit Partnern aus Guinea

Mit der NRO-Koordinierungsstelle für die Branchendialoge leistet Germanwatch einen wichtigen Beitrag dazu, die Perspektive von Partnern aus dem Globalen Süden in Multi-Stakeholder-Dialoge mit deutschen Unternehmen und Entscheidungsträger:innen einzubringen. Ein Beispiel dafür ist der von Germanwatch initiierte und organisierte Besuch einer sechsköpfigen Delegation von zivilgesellschaftlichen und Gemeinde-Vertreter:innen in Berlin, die von den negativen Auswirkungen des Bauxit-Abbaus in Guinea betroffen sind. Bauxit ist der Grundstoff für die Herstellung von Aluminium. Deutsche Unternehmen sind durch ihre Lieferketten mit diesen negativen Auswirkungen verbunden, bspw. über den Bezug aluminiumhaltiger Komponenten für den Fahrzeugbau, Hochbau, Maschinenbau, für Verpackungen, Elektronik, Klima und Solartechnik. Die Besuchsreise hat

bewirkt, dass deutsche Unternehmen und Regierungsvertreter:innen sich gegenüber ihren guineischen Pendanten für Belange der Zivilgesellschaft einsetzen. Konkret sollen negative Auswirkungen des Bauxitabbaus auf die betroffenen Gemeinden verhindert werden, indem bspw. die bestehende Regulierung in Guinea wirksamer umgesetzt wird. Zudem sollen durch den Einfluss deutscher Unternehmen Bergbauunternehmen in Guinea konkrete Maßnahmen ergreifen, um den Zugang zu sauberem Trinkwasser sicherzustellen und Böden wieder fruchtbar zu machen.

Die Delegationsreise und der direkte Austausch deutscher Unternehmen sowie Regierungsvertreter:innen mit guineischen Betroffenen-Vertreter:innen waren erste wichtige Schritte für unsere Partner, um gleichberechtigt an politischen und unternehmerischen Sorgfaltsprozessen beteiligt zu werden. Die direkte und frühzeitige Einbeziehung von Rechteinhaber:innen und ihren Vertreter:innen in derartigen Pilotprojekten ist auch eine der Kernempfehlungen der deutschen Zivilgesellschaft für Formate wie die Branchendialoge, für die Germanwatch seit sechs Jahren die zivilgesellschaftliche Koordination übernimmt.³



Besuch der Delegation im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) zur Diskussion der menschenrechtlichen Verantwortung deutscher Unternehmen für die Bauxit-Lieferkette im November 2024.

Eine sozial und ökologisch gerechte Energiewende gestalten mit Partnern aus Südamerika

Um einen wirklich gerechten Strukturwandel hin zu einer klimaneutralen, resilienten und sozial gerechten Gesellschaft und Wirtschaft (sog. Just Transition) zu ermöglichen, gilt es transnationale Lieferketten und wirtschaftliche Abhängigkeiten mitzudenken und Betroffene – besonders entlang von für die Energiewende benötigten Rohstofflieferketten – miteinzubeziehen. Auch wenn der Globale Norden und insbesondere Deutschland bereits konkrete Schritte in Richtung Energiewende unternommen haben, stehen die Länder und relevanten Unternehmen des Globalen Nordens aufgrund ihrer historischen Verantwortung als einer der Hauptverursacher des Klimawandels auch in der Pflicht, den Globalen Süden in seinen Transformationsprozessen zu unterstützen. Das gilt umso mehr, da der Erfolg der Energie- und Verkehrswende in Deutschland stark an den gesicherten Zugang zu Rohstoffen wie Kupfer, Lithium etc. hauptsächlich aus Ländern des Globalen Südens gebunden ist. Währenddessen sind viele dieser Länder von den negativen Auswirkungen intensiven Bergbaus betroffen und gleichzeitig profitiert die Bevölkerung an der Wertschöpfung aus dem Rohstoffreichtum des eigenen Landes meist nur sehr unzureichend.

Damit diese Ungleichheiten im Sinne einer wahrhaft gerechten Just Transition behoben werden können, zeigen wir bestehende Probleme und Zielkonflikte auf und erarbeiten gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen Lösungsansätze. Wir entwickeln Empfehlungen, um die Transformation so zu gestalten, sodass auch Betroffene ganz am Anfang der Lieferketten von ihr profitieren und auf dem Weg dahin in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Dazu arbeiten wir mit Partnern aus der Zivilgesellschaft aus Lateinamerika zusammen, insbesondere aus Peru und Chile, wo besonders viele der kritischen Metalle für unsere Energie- und Mobilitätswende abgebaut werden. So organisierten wir im Berichtszeitraum bspw. einen Workshop für einen dezentralisierten Dialog über Energiewende und Bergbau im peruanischen Cusco im Dezember 2024.

3 Fünf Jahre Branchendialoge. Eine zivilgesellschaftliche Bilanz: <https://www.germanwatch.org/de/91447>

Rohstoffbedarf senken und Resilienz steigern durch Kreislaufwirtschaft

Wir wirken darauf hin, den Primärrohstoffbedarf mittelfristig zu senken. So zeigen wir auf, wie Kreislaufwirtschaft auch über Recycling hinaus in der Industrie etabliert werden kann und wie Produkte wie Elektro(nik)geräte, die viele strategische Rohstoffe enthalten, möglichst lange genutzt und am Ende ihres Lebenszyklus verwertet werden können.

Der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft ist politisch weiterhin anvisiert, sowohl auf EU-Ebene als auch in Deutschland. So hat sich die neue Bundesregierung im Koalitionsvertrag zum Ziel bekannt, den Primärrohstoffbedarf so weit wie möglich zu reduzieren und die von der Vorgängerregierung verabschiedete Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie umzusetzen. Dafür hatten wir uns im Vorfeld gemeinsam mit Bündnispartnern eingesetzt.

Trotz des politischen Willens bleibt das industriepolitische Potenzial der Kreislaufwirtschaft weitestgehend ungenutzt. Dabei könnte Kreislaufwirtschaft nicht nur Ressourcen schützen und die Dekarbonisierung der Industrie maßgeblich unterstützen, sondern die Wirtschaft auch resilienter machen. Denn wenn Rohstoffe im Kreislauf genutzt würden, wäre die Wirtschaft weniger abhängig von Rohstoffimporten, die in vielen Fällen aus autoritären Staaten stammen und mit entsprechenden Versorgungsrisiken verbunden sind. Dafür bräuchte es jedoch eine ganzheitliche Kreislaufwirtschaft, die nicht nur auf Recycling und Abfallverbrennung setzt, sondern bspw. die Wiederverwendung funktionierender Teile aus Altprodukten ebenso umfasst wie eine Reduktion des Verbrauchs. Deshalb haben wir das industriepolitische Potenzial der Kreislaufwirtschaft in einem Diskussionspapier dargelegt und konkrete nächste politische Schritte auf Bundesebene vorgeschlagen⁴. Diese haben wir mit Vertreter:innen aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft diskutiert – u. a. im Rahmen eines Parlamentarischen Abends.

Bezüglich unserer kritisch-konstruktiven Begleitung der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie suchen wir stetig den Austausch mit Kleinst-, kleinen und mittelständischen Unternehmen (KKMU) der Kreislaufwirtschaft. So können wir verstehen, auf welche Barrieren sie in der Umsetzung der Kreislaufwirtschaft stoßen und dieses Wissen an politische Entscheidungsträger:innen weitergeben. Damit leisten wir einen Beitrag dazu, dass der oftmals populistische Diskurs zur Deregulierung und Entbürokratisierung in diesem Themenfeld differenzierter geführt wird und KKMU nicht als Feigenblatt für das Zurückdrehen sinnvoller Regularien genutzt werden. Wir setzen uns auch für eine Kreislaufwirtschaft mit einer starken Rolle von KKMU ein, damit Rückgabemöglichkeiten von

Altprodukten, Reparaturen und ähnliche Dienstleistungen der Kreislaufwirtschaft in ländlichen wie in urbanen Räumen zugänglich werden. Um jeder:m Bürger:in die Teilhabe an einer Kreislaufwirtschaft kostensparend zu ermöglichen, setzen wir uns zudem für einen Bonus auf Reparaturen ein oder auch für eine bessere finanzielle Ausstattung und mehr Service-Orientierung öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger. Um dies finanzieren zu können, schlagen wir auf EU-Ebene nach dem Verursacherprinzip eine Beteiligung der Hersteller über Abgaben vor.

Da der Übergang von linearen zu zirkulären Wertschöpfungsnetzwerken sowohl positive



Bei einem Parlamentarischen Abend in Berlin im Juni 2025 haben wir mit Bundestagsabgeordneten, Wissenschaftler:innen und Unternehmensvertreter:innen diskutiert, wie die Innovationspotenziale der Kreislaufwirtschaft angereizt werden können.

4 <https://www.germanwatch.org/de/91326>

als auch zunächst negative Auswirkungen auf Arbeiter:innen und Wertschöpfungsmöglichkeiten in Ländern mit niedrigen bis mittlerem Einkommen haben kann, wirken wir auf eine global gerechte Transformation hin. Dazu haben wir gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung eine Studie zu möglichen Auswirkungen europäischer Kreislaufwirtschaftspolitik auf Länder des Globalen Südens veröffentlicht⁵ und den aktuellen Forschungsstand mit wissenschaftlichen Instituten im Rahmen eines Fachworkshops diskutiert. Die Erkenntnisse haben wir erfolgreich in Konsultationen zur Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie eingebracht⁶.

Ausblick

Im nächsten Jahr wird weiterhin im Fokus unserer Arbeit stehen, wirksame Instrumente für eine an den Menschenrechten orientierte und gerechte Transformation zu erhalten, pragmatisch umzusetzen und ambitioniert weiterzuentwickeln.

Im kommenden Jahr werden wir darauf hinarbeiten, ein EU-Gesetz für verbindliche Sorgfaltspflichten, das dauerhaft im Sinne Betroffener wirkt, abzusichern. Dafür setzen wir weiterhin auf breite gesellschaftliche Allianzen und den Dialog mit unseren Partnerorganisationen in Ländern des Globalen Südens, aber auch im Sinne einer wirksamen und evidenzbasierten Umsetzung auf Kooperationen mit Unternehmen und Wissenschaft.

Wir werden uns auch weiter dafür engagieren, dass die Perspektiven unserer Partner, insbesondere aus vom Rohstoffabbau betroffenen Gemeinden, in der Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten in unternehmerischen Lieferketten sowie in rohstoffpolitischen Prozessen Gehör finden. Dafür werden wir eng mit Akteursgruppen in Guinea und Peru zusammenarbeiten, um durch Allianzen mit Akteuren aus Wirtschaft und Politik positive Veränderungen im Sinne der Betroffenen zu erreichen.

Durch die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen aus Chile und Peru werden wir gemeinsam an den komplexen Herausforderungen einer ihnen gerecht werdenden Just Transition arbeiten und die Positionen unserer Partner in deutschen und europäischen Diskursen und Prozessen der Rohstoffpolitik stärken.

Um darauf hinzuwirken, durch Kreislaufwirtschaft den Rohstoffbedarf Deutschlands und der EU zu senken und die Resilienz zu steigern, werden wir die Umsetzung der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie und die Erarbeitung des Circular Economy Acts auf EU-Ebene begleiten. Einen Schwerpunkt werden wir dabei auf industriepolitische Elemente der Strategie legen, etwa auf die von der Koalition angekündigte Digitalisierungsinitiative zur Schließung von Stoffkreisläufen.

5 <https://www.germanwatch.org/en/93073>

6 <https://www.boell.de/de/2025/03/07/kreislaufwirtschaft-im-clean-industrial-deal-global-gerecht-gestalten>

Strategie 2025

Unternehmensverantwortung (UV)

Schutz von Menschenrechten und Umwelt in globalen Lieferketten

Bis spätestens Mitte 2027 müssen Unternehmen europaweit und perspektivisch weltweit bei ihren globalen Geschäften die Menschenrechte und Umweltstandards achten. Betroffene von Menschenrechts- und Umweltbeeinträchtigungen in den globalen Lieferketten können ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen durch einklagbare Rechte verbessern.

Effektiver Rechtsrahmen

Bis Ende 2025 wollen wir mit breiten Allianzen und Bündnissen für starken Rückenwind für **verbindliche menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten** sorgen und eine wirksame Regulierung langfristig absichern.

Deutsche Politiker:innen haben bis zum Jahr 2027 das **deutsche Lieferkettengesetz** im Lichte des EU-Lieferkettengesetzes überarbeitet und Spielräume für ein strengeres Schutzniveau auf nationaler Ebene genutzt.

Wirksame Durchsetzung

Bis 2026 haben die zuständigen deutschen Ministerien und das BAFA durch untergesetzliche Maßnahmen, Ausübung behördlicher Befugnisse und ggf. gesetzliche Anpassungen bisherigen Fehlanswendungen und Umsetzungsproblemen beim **LkSG** entgegengewirkt und durch konsequente Kontrolle der verpflichteten Unternehmen zu einer **wirksamen Umsetzung des Gesetzes** beigetragen.

Bis 2026 implementieren Unternehmen aus zwei zentralen Branchen der deutschen Wirtschaft (**Automobil und Energie**) gemeinsame Maßnahmen zur **wirksamen Umsetzung ihrer Sorgfaltspflichten** aus den UN-Leitprinzipien und berücksichtigen dabei insbesondere die Anliegen von Rechteinhabenden, die im Rahmen des Rohstoffabbaus betroffen sind, z. B. bei Kupfer aus Peru und Bauxit aus Guinea.

Ressourcengerechtigkeit

Bis Ende 2026 richten europäische und deutsche Entscheidungsträger:innen ihre rohstoffpolitischen Entscheidungen stärker am Ziel von Rohstoffgerechtigkeit aus. Dies erfolgt im Sinne einer menschenrechtsbasierten Rohstoffpolitik, die innerhalb planetarer Grenzen operiert. Dazu beziehen sie die Perspektiven von Stakeholdern der vor- und nachgelagerten Rohstoffwertschöpfungsketten in ihre Entscheidungen ein.

Rohstofflieferketten

Bis zum Jahr 2026 wurde der **Zugang zu Information** und die **Beteiligung (betroffener) Stakeholder** in der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zu **Rohstoffen** gestärkt, z. B. im Rahmen von Klima- und Entwicklungs-, als auch Rohstoffpartnerschaften.

Bis zum Jahr 2026 haben wir **Kooperationen mit NGOs aus dem Globalen Süden** auf- und ausgebaut, mit denen wir uns gemeinsam für eine stärkere Partizipation von Rechteinhaber:innen bei rohstoffpolitischen Entscheidungen und der Ausgestaltung von Multilateralen Partnerschaftsabkommen einsetzen.

Kreislaufwirtschaft

EU-Ebene: Im **Circular Economy Act** sind 2026 im Bereich Digitalisierung und Industriepolitik wirksame Maßnahmen im Sinne der Ressourcenschonung verankert.

Bundesebene: Im Koalitionsvertrag spiegeln sich 2025 Maßnahmen der **Ressourcenreduktion** in Bezug auf die **verlängerte Nutzung digitaler Geräte** wider. In der Umsetzung der **Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie** werden bis 2026 industriepolitische Maßnahmen ergriffen, welche auf die **Reduktion des Primärrohstoffverbrauchs** abzielen und Kleinst- bis mittelständische Unternehmen der Kreislaufwirtschaft stärken.

Bis 2026 sehen Entscheidungsträger:innen den Bedarf, mindestens zwei mögliche **negative Nebeneffekte** der Kreislaufwirtschaftspolitik Deutschlands und Europas auf Länder des **Globalen Südens** zu adressieren und kennen diesbezügliche Ansätze.

Mitarbeiter:innen



Cornelia Heydenreich
Bereichsleiterin
Unternehmens-
verantwortung



Juliane Bing
Referentin für
Unternehmens-
verantwortung
(seit 07/2025)



Luisa Denter
Referentin für
Ressourcenpolitik und
zirkuläres Wirtschaften



Sarah Guhr
NRO-Koordinatorin
Branchendialoge



Viktoria Reisch
Referentin für
Ressourcenpolitik und
Rohstofflieferketten



Svenja Schöneich
Referentin für Ressourcen-
politik, Rohstofflieferketten
und Unternehmensverant-
wortung



Finn Robin Schufft
Referent für
Unternehmens-
verantwortung

Mit Unterstützung von: Juan Gómez, Marwin Outzen.

Verantwortlich seitens des Präsidiums: Silvie Kreibiehl, Prof. Dr. Stefanie Lorenzen, Michael Windfuhr.

Welternährung, Landnutzung und Handel

Klimaschutz und -anpassung, Bewahrung der Artenvielfalt, Umwelt-, Tier- und Gesundheitsschutz – so vielfältig die Herausforderungen rund um Landwirtschaft und Ernährung sind, so groß bleibt der Druck auf die globalen Ernährungssysteme. Insbesondere die Klimakrise ist mit immer häufiger auftretenden Extremwetterereignissen wie Hitzewellen, Überschwemmungen und Dürren längst auch in Europa spürbar: Trockene Böden, Wassermangel und bedrohte Ernten sind auch in Deutschland drängende Themen. Zusätzlich verschärfen die akuten Kriege und Konflikte durch höhere Nahrungsmittel- und Energiepreise die Lage auch über die Konfliktregionen hinaus. Besonders betroffen sind insbesondere hoch importabhängige Länder und Staaten mit wenig resilienten Ernährungssystemen.

Um den Herausforderungen zu begegnen, braucht es klare sozial-ökologische Ziele, kohärente Strategien und Maßnahmen, wirksame Anreize für nachhaltige Produktion, praktikable gesetzliche Regelungen, tragfähige Geschäftsmodelle und einen fairen Agrarhandel. Entscheidend ist dabei, Landwirt:innen und betroffene Akteure aus den ländlichen Räumen mit ihren Erfahrungen und Bedarfen eng und gerecht in die Entwicklung von Lösungen einzubinden und die globalen Auswirkungen der Politik im Blick zu behalten. Von der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL), dem Bürgerrat Ernährung in Deutschland und dem Strategischen Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft auf EU-Ebene wurden schon brauchbare Ansätze in diese Richtung vorgelegt. Leider griff die Politik deren Empfehlungen bislang kaum auf. Stattdessen wurden zuletzt bestehende und geplante agrar- und umweltbezogene Regulierungen aufgeweicht, verschoben oder blockiert – oft befürwortet von demokratiefeindlichen Kräften, die gezielt versuchen, ländliche Räume zu spalten. Auch für die nachhaltige Zukunft von Landwirtschaft und Ernährung bedarf es neben demokratischer Mehrheiten zugleich einer generellen Stärkung der Demokratie.

In diesem umfassenden Sinn setzten wir uns im Berichtszeitraum für eine **ambitionierte Agrar- und Ernährungspolitik** in Deutschland und Europa ein. Auch arbeiteten wir speziell im Kontext internationaler Klimaverhandlungen zur Frage der **klimagerechten Ausgestaltung von Ernährungssystemen**. Im Fokus standen nicht zuletzt auch die **Treibhausgasemissionen der Fleisch- und Milchwirtschaft** in Deutschland und die daraus resultierenden Klimaverpflichtungen.

Deutsche und EU-Agrarpolitik nachhaltig und gerecht gestalten

Die Bundesregierung muss eine starke ökologisch und sozial gerechte Agrar- und Ernährungspolitik voranbringen und sich dafür auch auf europäischer Ebene mit Blick auf die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU ab 2028 einsetzen. Dringend nötig ist auch die klimagerechte Ausgestaltung unseres Ernährungssystems. All dies muss klare Perspektiven und Honorierungen für die Landwirt:innen beinhalten.

Die GAP wird aktuell mit etwa einem Drittel des gesamten EU-Haushalts finanziert. Ein Streitpunkt ist seit jeher die Frage, wie und wofür dieses Geld genau verwendet wird. Germanwatch setzt sich für eine deutlich stärkere ökologisch und sozial gerechte Ausrichtung der GAP ein: Es gilt, Gemeinwohlleistungen der Landwirt:innen für Umwelt-, Klima- und Tierschutz umfassend, angemessen und gerecht zu honorieren. Die nach wie vor überwiegende Ausschüttung der Gelder pro Hektar landwirtschaftlicher Fläche wird diesen Ansprüchen nicht gerecht. Dahingehend haben wir uns weiterhin als Mitglied einer zivilgesellschaftlichen Interessengruppe im Begleitausschuss zum Nationalen GAP-Strategieplan⁷ sowie der Verbände-Plattform⁸ engagiert.

⁷ https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/eu-agrarpolitik-und-foerderung/gap/gap-strategieplan_begleitausschuss.html;
https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Landwirtschaft/EU-Agrarpolitik-Foerderung/anlage-go-bga-nsp.html

⁸ <https://www.verbaende-plattform.de/start>

Besorgniserregend ist die Entscheidung der neuen Regierung aus CDU/CSU und SPD, zwei für 2026 vorgesehene Öko-Regelungen für die Weidehaltung von Milchkühen sowie zur Förderung der Biodiversität im Ackerbau um ein Jahr zu verschieben. Alarmierend ist zudem ein von der EU-Kommission vorgeschlagenes Paket zur Vereinfachung der 2027 auslaufenden GAP: Es sieht u. a. vor, mehr Dauergrünland (Wiesen, Weiden) in Ackerland umzubrechen. Damit wären erhebliche Rückschritte beim Klimaschutz und der Biodiversität vorprogrammiert. Umso wichtiger sind die schon laufenden Debatten und Vorschläge zur grundsätzlichen Reform der GAP ab 2028, die eng mit den Entwicklungen zur Neustrukturierung des Mehrjährigen Finanzrahmens der EU verknüpft sind. Hierzu verfassten wir im Rahmen der Verbände-Plattform eine gemeinsame Stellungnahme, die ein hohes Ambitionsniveau für den Umwelt-, Klima- und Tierschutz sowie eine Verbesserung der Einkommenssituation und der Marktstellung von Landwirt:innen fordert. Es adressiert auch wichtige Punkte für eine gerechte ländliche Entwicklung und den Generationenwechsel in der Landwirtschaft.⁹ Gemeinsam mit 130 Organisationen aus dem Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutz forderten wir zudem den neuen EU-Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung Christophe Hansen auf, einen EU-Aktionsplan – für eine pflanzenbasierte Nahrungsmittelproduktion entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu entwickeln, um nachhaltige Produktions- und Konsummuster und damit auch ökonomische Langzeitperspektiven für Landwirtschaft und Handel zu stärken.

Klimaschutz im Ernährungssystem stärken

Vor dem Hintergrund internationaler und nationaler Klimaverpflichtungen lag ein Schwerpunkt unserer Arbeit darauf, einen handfesten und weitblickenderen Klimaschutz in der Landwirtschaft und Landnutzung einzufordern und zentrale Stellschrauben dafür zu benennen. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie die Agrarpolitik mit ambitionierten Klimazielen in den nationalen Klimaschutzplänen und -programmen (Nationally Determined Contributions – NDCs) verankert und dass sie diese auch in die europäischen NDCs – den EU-Klimabeiträgen im Kontext des Pariser Klimaabkommens – einbettet. Das umfasst konkret: Klima- und umweltgerechter Um- und Abbau der landwirtschaftlichen Tierhaltung, Wiedervernässung von Mooren – besonders an Standorten mit intensiver Tierhaltung –, Reform der GAP (wie oben beschrieben), Voranbringen des Agrarklimaschutzes mittels marktbasierter Ansätze wie Ausweitung des Europäischen Emissionshandels auf die Landwirtschaft oder alternative CO₂-Bepreisungsmodelle sowie eine eng verzahnte Landwirtschafts- und Ernährungspolitik. Zu letzterer gehört, dass die Bundesregierung endlich eine zielführende Anpassung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel angeht sowie eine nachhaltige Außer-Haus-Verpflegung und ebensolche Ernährungsumgebungen fördert.

Unsere Forderungen und Empfehlungen richteten wir im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 immer wieder gezielt an die Politik.¹⁰ Der finale Koalitionsvertrag der neuen Regierung enthält einige begrüßenswerte Punkte: u. a. das explizite Bekenntnis zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und die Absichten, das für die Moor-Wiedervernässung äußerst wichtige Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) zu verstetigen, den Umbau der Tierhaltung und nachhaltige alternative Proteine voranzubringen sowie den Selbstversorgungsgrad mit Obst und Gemüse zu erhöhen. Insgesamt wird der Vertrag jedoch den deutschen Klimazielen nicht gerecht: Es fehlen klare und ambitionierte Ziele zur Wiedervernässung von Mooren, ein verbindlicher Klimaschutzrahmen mit konkreten Zielen zur Treibhausgasreduktion für die Tierhaltung und eine integrierte Landwirtschafts- und Ernährungsstrategie.¹¹ Daher trugen wir diese Punkte verstärkt in die Debatten, um zentrale Akteure für die Umsetzung zu aktivieren – u. a. über eine neue Briefing-Serie zu internationalen

⁹ <https://www.germanwatch.org/de/93142>

¹⁰ <https://www.germanwatch.org/de/93090>

¹¹ <https://www.germanwatch.org/de/blog/neuer-koalitionsvertrag-deutschland-muss-entschlossener-und-zukunftsfaehiger-aufreten#Klimagerechte%20Ern%C3%A4hrungssysteme%20vonn%C3%B6ten%20%E2%80%93%20Landwirtschaft%20und%20Ern%C3%A4hrung%20zusammendenken>; <https://www.germanwatch.org/de/93125>

Klimaverhandlungen und Ernährungssystemen¹² mit viel positiver Resonanz. Auch in den Medien konnten wir im Vorfeld und Nachgang der Bundestagswahl konkrete Impulse setzen.¹³

Ernährungssysteme auch global (klima-)gerecht gestalten

Die Weltklimakonferenz in Brasilien (COP30) kann relevante Fortschritte für die (klima-)gerechte und nachhaltige Ausgestaltung unserer globalen Ernährungssysteme bringen. Darauf muss in starken zivilgesellschaftlichen Bündnissen hingewirkt werden. Darüber hinaus muss das Recht auf Nahrung weiter umgesetzt und die Resilienz der Ernährungssysteme von hoch importabhängigen Ländern gestärkt werden.

Die klimagerechte und nachhaltige Ausgestaltung von Landwirtschaft und Ernährung ist ein zunehmend auf den COPs und ihren Zwischenkonferenzen (SBs) diskutiertes Thema. Nicht ohne Grund: Bis zu ein Drittel aller anthropogenen Treibhausgasemissionen gehen auf unsere globalen Ernährungssysteme (inkl. Transport, Lagerung, Verarbeitung und weiterer Faktoren) zurück. Die Landwirtschaft spielt damit eine entscheidende Rolle für Emissionsminderungen und muss sich zugleich an den Klimawandel anpassen.

Im Berichtszeitraum vernetzten wir uns vor allem mit brasilianischen und deutschen zivilgesellschaftlichen Akteuren. Gemeinsam identifizierten wir die wichtigsten Hebel zur Transformation globaler Ernährungssysteme im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen. Ende 2024 verfolgten wir vor Ort die COP29 in Baku (Aserbaidschan), zu der wir im Vorfeld unsere Erwartungen formuliert hatten.¹⁴ Leider gab es wenige konkrete Verhandlungsergebnisse – aber ein hohes zivilgesellschaftliches Engagement, um das Thema künftig auf die Agenda zu setzen.¹⁵ Bei den Zwischenverhandlungen in Bonn (SB62) organisierten wir einen Strategie-Workshop mit über 30 Vertreter:innen verschiedener Organisationen. Die Ergebnisse der Bonner Verhandlungen haben wir in einem Briefing¹⁶ aufgearbeitet. Eine Übersicht der möglichen Hebel zur Förderung der Transformation von Ernährungssystemen bis zur COP30 fassten wir in einem Informationspapier für die zivilgesellschaftlichen Akteure zusammen.

Für den Kritischen Agrarbericht 2025 analysierten wir gemeinsam mit Brot für die Welt, warum die weltweite Hungerkrise trotz politischer Zusagen zu Hungerbekämpfung auf internationalen Gipfeln weiterhin massiv ist.¹⁷ Wir beleuchteten zudem für unsere Studie zu den Ernährungssystemen Ägyptens und Jordaniens¹⁸ und in einem dazugehörigen Factsheet¹⁹ die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auf die Ernährungssicherheit dieser beiden MENA-Länder²⁰, die aufgrund ihrer hohen Importabhängigkeit besonders von den Folgen unterbrochener Lieferketten durch Konflikte sowie durch die Klimakrise betroffen sind. Diese Analyse umfasst eine strukturelle Betrachtung der Ernährungssysteme, die Evaluation des Potenzials regionaler und agrarökologischer Ansätze für erhöhte Ernährungssicherheit sowie eine Bewertung der politischen Rolle Deutschlands und der EU. Zentrale Erkenntnisse teilten wir mit Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen im Rahmen regelmäßiger Austauschrunden und in Gesprächen mit den für das Thema zuständigen Ministerien. Wir beteiligten uns zudem aktiv an der Entwicklung

12 <https://www.germanwatch.org/de/93124>

13 <https://table.media/agrifood/standpunkt/nach-der-bundestagswahl-agrarpolitik-braucht-tierbezogenen-klimaweitblick/>; <https://background.tagesspiegel.de/agrar-und-ernaehrung/briefing/klimaschutz-in-der-landwirtschaft-muss-ernsthaft-angegangen-werden>

14 <https://www.germanwatch.org/de/blog/resiliente-und-nachhaltige-ernaehrungssysteme-wie-kann-die-anstehende-weltklimakonferenz-dazu>

15 <https://www.germanwatch.org/de/93091>

16 <https://www.germanwatch.org/de/93213>

17 <https://www.germanwatch.org/de/91983>

18 <https://www.germanwatch.org/de/91900>

19 https://www.germanwatch.org/sites/default/files/2025-02/Germanwatch_factsheet%20zur%20Studie%20Ernaehrungssysteme%20Aegyptens%20und%20Jordaniens.pdf

20 MENA = Middle East and North Africa (Nahost und Nordafrika)

eines Positionspapiers der Arbeitsgruppe (AG) Landwirtschaft und Ernährung des Forums Umwelt und Entwicklung zum 20. Jubiläum der UN-Leitlinien für das Recht auf angemessene Nahrung.²¹

Im November 2024 veranstalteten wir in Zusammenarbeit mit Aktion gegen den Hunger im Rahmen einer großen Agrarökologie-Konferenz einen Workshop zum Thema „Agrarökologische Ansätze zur Ernährungssicherung in Zeiten von gewaltsamen Konflikten“²² Dort stellten wir die Ergebnisse unserer Studie vor und diskutierten mit den Teilnehmenden, wie agrarökologische Methoden lokale Ernährungssysteme in stark importabhängigen Ländern stärken und deren Resilienz gegen durch Kriege unterbrochene Handelsketten aufbauen können. Über diese Veranstaltung konnten wir unsere Studienergebnisse zugleich in ein breites Netzwerk potenzieller Multiplikator:innen einbringen und in weitere Erfahrungsaustausche gehen.

Tierhaltung mit klaren Perspektiven für die Menschen vor Ort reformieren

Wenn die Abkehr von der industriellen Tierhaltung durch Rückkopplungsprozesse ökonomischer, juristischer oder kommunikativer Art nur noch schwer rückgängig zu machen ist, ist ein entscheidender Kipp- oder Wendepunkt hin zu einer ökologisch nachhaltigeren und gesünderen Landwirtschaft erreicht. Eine gezielte Reduktion der Tierhaltung und der Aufbau attraktiver betrieblicher Alternativen mit regionalen und fair ausgestalteten Wertschöpfungsketten ist geboten. Neben der Politik steht auch die Fleisch- und Milchindustrie in der Verantwortung, entsprechende Wege zu gestalten.

Die gegenwärtigen Dimensionen der Tierhaltung und des Konsums tierischer Produkte sind für Umwelt, Klima und Gesundheit von Mensch und Tier alles andere als zuträglich. Und auch für viele Landwirt:innen ist das auf stetige Intensivierung und Produktionssteigerung setzende System mit ökonomischen und sozialen Nachteilen verbunden. Wir sehen daher in der Abkehr von der industriellen Tierhaltung einen wesentlichen Schlüssel für eine ökologisch nachhaltigere, gesündere und auch gerechter ausgestaltete Landwirtschaft.

Nachdem wir in den vergangenen Jahren stark auf die Reduktion des übermäßigen Einsatzes von Antibiotika – eine Voraussetzung für die industrielle Tierhaltung – hingewirkt haben, lag unser Fokus im Berichtszeitraum auf den Treibhausgasemissionen und Klimaverpflichtungen der Fleisch- und Milchwirtschaft. In einer im Januar 2025 veröffentlichten Studie zeigten wir, dass die Treibhausgasemissionen der zehn umsatzstärksten Schlachtkonzerne und der zehn umsatzstärksten Milchkonzerne im Jahr 2022 in Deutschland rund 61 % der PKW-Emissionen desselben Jahres entsprachen. Eine erweiterte Berechnung mit weiteren Faktoren kam sogar auf das 1,5-fache.²³ Wir analysierten außerdem die öffentlich zugänglichen Eigenangaben zum Klimaschutz der beiden Marktführer Tönnies und DMK Deutsches Milchkontor. Ergebnis: Beide Konzerne müssen ihre Berichterstattung deutlich verbessern – selbst unabhängig von den künftigen rechtlichen Verpflichtungen aus der EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (Corporate Sustainability Reporting Directive – CSRD) und der EU-Lieferkettenrichtlinie (Corporate Sustainability Due Diligence Directive – CSDDD). Konkrete Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen sind noch nicht erkennbar, wofür es notwendig wäre, dass die verarbeiteten Tierzahlen sinken.

Die Studie präsentierten wir in einer Pressekonferenz, einer Pressemitteilung und einem Online-Talk.²⁴ Auf ihren Ergebnissen werden wir weiter aufbauen. Wir wollen dabei auch die Frage konkreter beantworten, wie eine Landwirtschaft mit weniger und – für manche Betriebe – auch ohne Tiere so gestaltet werden kann, dass dies für die Landwirt:innen und die Regionen neue attraktive

21 <https://www.germanwatch.org/de/91633>

22 <https://www.germanwatch.org/de/91713>

23 <https://www.germanwatch.org/de/91962>

24 <https://www.germanwatch.org/de/91996>; <https://www.germanwatch.org/de/91982>; <https://www.germanwatch.org/de/91891>; <https://www.youtube.com/watch?v=153Z-WOPE6Y>

Perspektiven eröffnet. In unserer Studie liefern wir dafür bereits erste Antworten. Neben den oben bereits erwähnten Punkten zum Klimaschutz in unserem Ernährungssystem nennen wir dort auch die Förderung alternativer landwirtschaftlicher Geschäftsmodelle und zusätzlicher betrieblicher Standbeine. Dazu gehören etwa pflanzliche Proteinproduktion, Agri-Photovoltaik und die Erzeugung biogener Rohstoffe für die bioökonomische Verwertung im Kontext einer Kreislaufwirtschaft. Oder auch neue regionale Wertschöpfungsketten, die Umsetzung der Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL), die Verbesserung der Marktstellung nachhaltig produzierender Landwirt:innen und Unternehmen u. a. durch faire und verlässliche Vertragsgestaltungen. Gemeinsam mit Partnern vor Ort wollen wir nach Wegen zur generellen Stärkung der ländlichen Räume suchen, wie sie etwa der Bericht des Strategiedialogs zur Zukunft der EU-Landwirtschaft mit einem EU-weiten Gesellschaftsvertrag vorschlägt.



Zwei tolle Praktikantinnen verabschieden – und dabei kulinarisch in die weite Welt eintauchen. Das Welternährungsteam im Januar 2025.

Ausblick

In der (klima-)gerechten Ausgestaltung unserer Ernährungssysteme und in der Abkehr von der industriellen Tierhaltung sowie in der Wiedervernässung der Moore liegen national wie international immense Potenziale für eine umfassend nachhaltige Landwirtschaft und Ernährung. Diese Potenziale gilt es zusammen mit den betroffenen Akteuren konstruktiv und mit handfesten Perspektiven zu erschließen. Darin liegt auch ein großes demokratisches Gestaltungspotenzial.

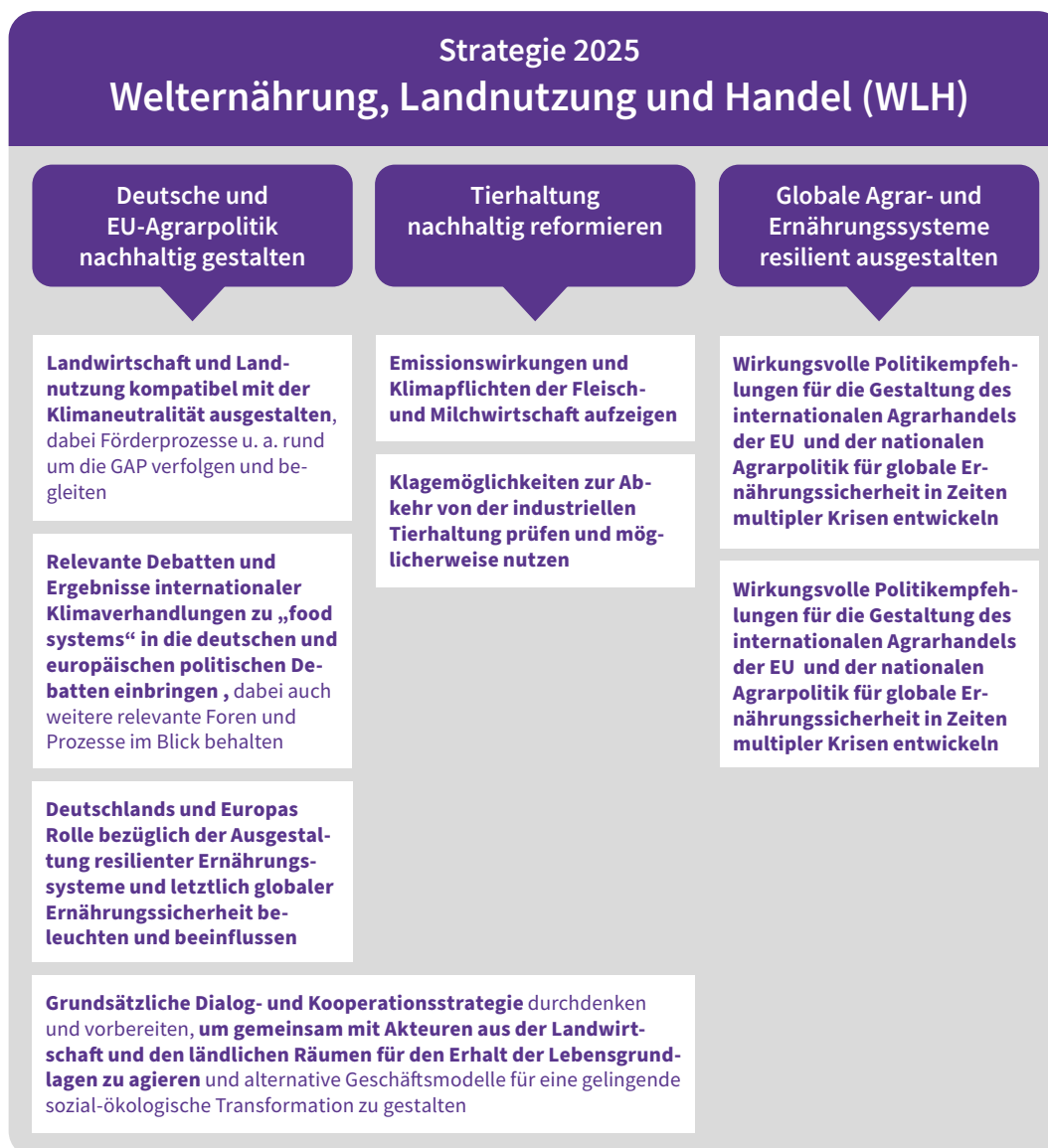
Im kommenden Berichtszeitraum werden wir auf nationaler Ebene die Arbeit der neuen Bundesregierung weiter kritisch-konstruktiv begleiten: Werden zentrale Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt, die eine ökologische und sozial-gerechte Transformation von Landwirtschaft und Ernährung befördern könnten? Wenn ja, mit welchen konkreten Maßnahmen und wie ambitioniert? Hält die Regierung insbesondere ihr Versprechen, den Umbau der Tierhaltung voranzubringen und solide zu finanzieren? Und wird dies in einen Klimaschutzrahmen eingeordnet, der eine Reduktion der Tierzahlen und damit der Treibhausgasemissionen vorsieht? Werden ausreichende alternative Perspektiven geboten, auch rund um die Wiedervernässung von Mooren? Diese und weitere Fragen, auch rechtlicher Art, sind zentral für unsere Arbeit zur Abkehr von der industriellen Tierhaltung. Politisch halten wir deren Beantwortung auch für das neue Klimaschutzprogramm, das bis Ende März 2026 vorgelegt werden muss, für unumgänglich. Darin muss die Bundesregierung erstmals darlegen, mit welchen Maßnahmen sie das nationale Klimaschutzziel 2040 erreichen will.

Die schon für September 2025 anvisierten Maßnahmenvorschläge, die dann folgende Stellungnahme des Expert:innenrats für Klimafragen sowie das geplante öffentliche Konsultationsverfahren werden wir eng begleiten und kommentieren.

Ebenfalls im Blick behalten und punktuell enger begleiten werden wir die Debatten und Prozesse zum EU-Klimaziel 2040 – dem EU-NDC 2035 –, die Vorschläge der EU-Kommission für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen und die darin integrierte GAP. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie auch auf europäischer Ebene starke Impulse für eine krisenfeste, gerechte und ökologischere Landwirtschaft setzt und dabei den zuletzt massiven (umweltpolitischen) Deregulierungstendenzen entgegentritt. Weitere zu beobachtende Themen auf europäischer Ebene werden die wieder aufgegriffene Revision der EU-Tierschutzgesetzgebung, eine für Ende 2025 erwartete Strategie für den Generationswechsel in der Landwirtschaft sowie Vorschläge der EU-Kommission zum Schutz von Landwirt:innen vor unfairen Marktpraktiken sein.

Für das zweite Halbjahr 2025 planen wir noch eine Fachtagung zur Frage, wie die deutsche und europäische Agrar(handels)politik in Zeiten von Kriegen und Krisen bis 2030 zum Erreichen der nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs), insbesondere SDG 2 (kein Hunger), beitragen kann. Darüber hinaus begleiten wir weiterhin die Gipfel für globale Ernährungssicherheit und die Entwicklungen für eine Transformation der Ernährungssysteme bei den internationalen Klimaverhandlungen. Deren Implikationen tragen wir weiter in die nationalen politischen Debatten.

Die Erwartungen der Zivilgesellschaft an die kommende Weltklimakonferenz 2025 (COP30) in Brasilien sind hoch: Es wird spannend werden, wie viele Vertragsstaaten in diesen turbulenten Zeiten, ihrer Verpflichtung entsprechend, neue und deutlich ambitioniertere Ziele und Umsetzungspläne (NDCs) vorlegen und mit neuen Impulsen die sehr herausfordernden Fragen zur Klimafinanzierung konstruktiv voranbringen. Dabei müssen in allen Bereichen klimagerechte und nachhaltigere Ernährungssysteme unbedingt explizit adressiert werden. Erfreulicherweise wurde die Transformation der Landwirtschafts- und Ernährungssysteme als eine der sechs Achsen der brasilianischen COP30 Action Agenda gesetzt. Im engen Austausch mit brasilianischen Organisationen und weiteren Akteuren der internationalen Food-Systems-Community sowie durch unsere Teilnahme am begleitenden People's Summit zur COP30 wollen wir starke Impulse für eine erfolgreiche Umsetzung geben.



GAP = Gemeinsame Agrarpolitik

Mitarbeiter:innen

	<p>Konstantinos Tsilimekis Bereichsleiter Welternährung, Landnutzung und Handel</p>		<p>Katharina Brandt Referentin für Agrarpolitik</p>		<p>Felix Domke Referent für Agrar- und Klimapolitik (seit 10/2024)</p>
	<p>Tobias Reichert Referent für Agrarpolitik und Welthandel Projektleiter Klimafreundliche Landwirtschaft (bis 11/2024)</p>		<p>Marek Hoferichter Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben (FSJ-P) 2024/2025 (bis 07/2025)</p>		<p>Ann-Sofie Titze Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben (FSJ-P) 2025/2026 (seit 08/2025)</p>

Mit Unterstützung von: Matilda Franz.

Praktikant:innen im Berichtszeitraum: Tatiana Carvalho de Mendonca Miranda, Linda Rust.

Verantwortlich seitens des Präsidiums: Dr. Klemens van de Sand, Dr. Artur Runge-Metzger, Michael Windfuhr.

Zukunftsfähige Finanzflüsse

„Geld regiert die Welt“ – ohne ausreichende private und öffentliche finanzielle Mittel ist die ökologische Transformation hin zu mehr Klimaschutz nicht möglich. Dabei sind das Bekämpfen der Klimakrise und das Erreichen von Entwicklungszielen eng miteinander verbunden. Germanwatch bündelt seit April 2024 seine Aktivitäten rund um das Thema Finanzen in einem eigenen Bereich. Schon vor der neuen US-Regierung stand die Entwicklungs- und Klimafinanzierung unter Druck. Viele europäische Regierungen – auch Deutschland – kürzten zuletzt stark im Entwicklungsbereich, u. a. um zusätzliche Gelder für die Verteidigung ausgeben zu können. Die Fokussierung auf nationale Interessen wird dabei ganz besonders von rechtsradikalen Parteien vorangetrieben, die gleichzeitig den Klimaschutz blockieren und die Demokratie schwächen. Dabei ist wissenschaftlich längst belegt: Jeder in Klimaschutz investierte Euro bringt dem Geldgeber wirtschaftlich ein Vielfaches an Vorteilen und spart schon mittelfristig, aber erst recht langfristig hohe Kosten.

Artikel 2.1c des Pariser Klimaabkommens könnte den Wandel zu einem gerechteren Finanzsystem anstoßen. Dafür braucht es allerdings echte Reformen statt punktueller Maßnahmen. Germanwatch beteiligt sich daher seit 2022 – dem Beginn des Sharm el Sheikh-Dialogs im Rahmen der 27. Weltklimakonferenz (COP 27) – an der Debatte, wie **globale Finanzflüsse – auch private Investitionen – mit den Zielen des Pariser Abkommens in Einklang** gebracht werden können. Gemeinsam mit Partnern fordern wir **strukturelle Veränderungen auf internationaler Ebene**, etwa in Führungsstrukturen und Entscheidungsgremien. Diese sollen fairer und demokratischer werden und die Interessen von Entwicklungsländern stärker berücksichtigen. Auch wenn es bisher keine multilateralen Beschlüsse gab, konnten wir im Diskurs **wichtige Impulse für transformative Ansätze** setzen.

Klimafinanzierung für globale Solidarität, Vertrauen und Kooperation

Klimafinanzierung ist ein Kernthema des Bereichs Zukunftsfähige Finanzflüsse und Voraussetzung für Vertrauen, Kooperation sowie Sicherheit und Wohlstand in Deutschland und weltweit. Germanwatch drängt darauf, dass Deutschland und andere Industrieländer mit fairer, verlässlicher und qualitativ hochwertiger Klimafinanzierung ihrer Verantwortung gerecht werden. Ein besonderer Fokus liegt hierbei auf dringend benötigten Geldern für die Anpassungsfinanzierung.

Germanwatch setzt sich seit Jahren für eine gerechte und wirksame Klimafinanzierung ein. Im vergangenen Jahr begleiteten wir intensiv den Prozess zu einem neuen globalen Klimafinanzierungsziel (New Collective Quantified Goal on Climate Finance – NCQG), das auf der COP29 in Baku beschlossen wurde. Dieses Ziel von 300 Milliarden US-Dollar jährlich bis 2035 ist zwar ein wichtiger Meilenstein, bleibt aber für vom Klimawandel stark betroffene ärmere Länder weit hinter den Erwartungen zurück. Der geschätzte Bedarf liegt bei über 1,3 Billionen US-Dollar jährlich. Enttäuschend ist zudem, dass die Anpassungsfinanzierung im neuen Ziel nicht mit einem dezidierten eigenen Ziel berücksichtigt wurde – ein Rückschlag für die ärmsten und verletzlichsten Länder, die bereits heute stark unter den Folgen der Klimakrise leiden.

Den Prozess zum globalen Klimafinanzierungsziel haben wir mit wissenschaftlicher Tiefe und politischer Analyse begleitet. Im Austausch mit Zivilgesellschaft und Akteuren der Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change – UNFCCC) erarbeiteten wir Empfehlungen und gestalteten die Debatte mit. Im Rahmen der „Baku-to-Belém Roadmap“, also dem Weg hin zu den erforderlichen 1,3 Billionen US-Dollar, setzten wir uns für eine ambitionierte Ausgestaltung und die konkrete Umsetzung des neuen Finanzierungsziels ein. Dabei bringen wir besonders die Perspektiven der am stärksten betroffenen Länder ein und arbeiten an einer ausgewogenen finanziellen Verteilung zwischen Emissionsminderung und Anpassung. Dazu gehört auch,

neue Narrative zu entwickeln, um konservative Akteure von den Vorteilen der Klimafinanzierung zu überzeugen. Wir brauchen klare, verlässliche Zusagen öffentlicher Klimagelder. Private Investoren finanzieren bisher vor allem Minderungsprojekte in entwickelten Ländern und Schwellenländern, während Anpassungsmaßnahmen und Klimaschutz in den am wenigsten entwickelten Ländern (Least Developed Countries – LDCs) kaum unterstützt werden – obwohl gerade diese Länder auf Hilfe der Verursacher der Klimakrise angewiesen sind.

Um Entwicklungsländer in internationalen Prozessen zu stärken, unterstützen und beraten wir seit Jahren Vertreter:innen der LDCs im Grünen Klimafonds. Außerdem begleiten wir die Arbeit des viel kleineren, aber auf besonders innovative Projekte fokussierten Anpassungsfonds. Unser Fokus liegt darauf, dass Klimafinanzierung direkt sichtbare Verbesserungen in den betroffenen Regionen bewirkt: durch Projekte, die Resilienz, sozioökonomische Entwicklung und lokale Teilhabe fördern.

Neben der internationalen politischen Arbeit engagiert sich Germanwatch konkret für die Umsetzung von Klimafinanzierung vor Ort. Im Senegal arbeiten wir mit einer lokalen Partnerorganisation in einer besonders vom Klimawandel betroffenen Provinz. Durch partizipative Wissensvermittlung, Risikoanalysen und Anpassungsmaßnahmen unterstützen wir den Aufbau resilienter Lebensgrundlagen. Gleichzeitig erproben wir innovative Ansätze, wie lokale Akteure besseren Zugang zu internationalen Klimageldern erhalten können – ein zentraler Schritt für mehr Wirksamkeit und eine lokale Verankerung der Klimafinanzierung. Hiermit leisten wir einen Beitrag dazu, dass Klimafinanzierung nicht dem Rotstift zum Opfer fällt, sondern als strategisches Instrument zur Stärkung multilateraler Partnerschaften, zur Förderung von Frieden und Stabilität und zur Sicherung nachhaltiger Entwicklung wahrgenommen wird.

Verkrustete Strukturen für eine fairere Zukunft reformieren

In Zeiten knapper werdender internationaler Entwicklungs- und Klimafinanzierung braucht es funktionierende multilaterale Institutionen, die nachhaltige Entwicklung effizient und verlässlich vorantreiben. Gleichzeitig beobachten wir, dass Gegner demokratischer Werte auch die Rolle internationaler Institutionen schwächen und notwendige Reformen der globalen Finanzarchitektur blockieren wollen. Gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten sind multilaterale Organisationen unverzichtbar – sie bleiben, wenn sich private Investoren aus dem Globalen Süden zurückziehen.

Multilaterale Entwicklungsbanken als etablierte Geldgeber

Die Multilaterale Entwicklungsbanken (Multilateral Development Banks – MDBs) spielen bei der Finanzierung der globalen Transformation eine große Rolle. In Zeiten schrumpfender internationaler Klimafinanzierung haben sie bei der letzten Klimakonferenz wichtige Zusagen gemacht. Umso wichtiger ist es, dass sie nun tatsächlich ihre Gelder so konsistent und effektiv wie möglich für transformative Aktivitäten einsetzen.

Germanwatch hat sich basierend auf den Vorarbeiten der letzten Jahre auch im letzten Jahr für eine ambitionierte Umsetzung der Kompatibilität der MDBs mit dem Pariser Klimaabkommen eingesetzt. In Analysen und Gesprächen mit den Banken haben wir gezielt auf Schwächen bei Transparenz und Qualität der bankeigenen Klimaprüfungen hingewiesen. In Webinaren für MDB-Exekutivdirektor:innen sowie für die Öffentlichkeit wurden zahlreiche Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt.

Mit Partnern haben wir in einem Positionspapier zudem auf stärkere Zusammenarbeit zwischen multilateralen und nationalen Entwicklungsbanken (National Development Banks – NDBs) gedrängt. Wenn MDBs und NDBs ihre jeweiligen Kompetenzen und Stärken vereinen, kann das „Ökosystem“ der öffentlichen Entwicklungsbanken Länder besser und effektiver bei der

Verwirklichung ihrer Klima- und Entwicklungsziele unterstützen, und knappe Finanzmittel so wirkungsvoll wie möglich einsetzen.

Zudem haben wir mit zivilgesellschaftlichen Partnern im Dialog mit MDBs klar gemacht: Trotz des politischen Drucks aus den USA, einem bedeutenden Anteilseigner vieler MDBs, darf es keine Abkehr von Klimazielen geben – dies würde die von den MDBs angestrebten Zielen nachhaltiger Entwicklung torpedieren.

Der IWF muss sich reformieren

Der Internationale Währungsfonds (IWF) steht an einem Wendepunkt: Seine Reform ist zentral, um Demokratie, Gerechtigkeit und ökologische Transformation global voranzubringen.

Der IWF hat während der Polykrisen der letzten Jahre wieder an Bedeutung gewonnen, doch seine Architektur bleibt tief ungerecht: Die Stimmen des Globalen Südens sind unterrepräsentiert, seine Regeln oft prozyklisch.

Germanwatch hat sich im vergangenen Jahr besonders für zwei Reformfelder eingesetzt: Erstens für die innovative Nutzung von Sonderziehungsrechten (SZR), die 2021 massenhaft ausgegeben, aber bislang kaum zur globalen Transformation eingesetzt wurden. Gemeinsam mit Partnern haben wir der deutschen Debatte Impulse gegeben, um die Weiterleitungsoptionen der SZR über MDBs sichtbarer zu machen und Deutschlands Blockadehaltung zu hinterfragen. Zweitens war Germanwatch in zivilgesellschaftlichen Allianzen für eine Reform der IWF-Schuldenpolitik aktiv. Insbesondere eine Anpassung der Schuldenanalyse des Fonds muss die Finanzierung von Klima- und Entwicklungszielen ermöglichen, anstatt diese auszubremsen.

Die Arbeit zum IWF zielt auf ein faires multilaterales System, das Gerechtigkeit global denkt und Handlungsspielräume im Globalen Süden stärkt. Denn wenn der IWF blockiert, gerät der Multilateralismus als Ganzes unter Druck. Nur durch Reformen können internationale Institutionen wieder zu Treibern für Demokratie und ökologische Transformation werden.

Mobilisierung von Geldern in Zeiten knapper Kassen

Gerechtigkeit ist den allermeisten Menschen extrem wichtig. Wahrgenommene Ungerechtigkeit verringert das Vertrauen in die Demokratie. In Bezug auf die Bekämpfung der Klimakrise geht es deshalb auch darum, die Verursacher der Umweltverschmutzung zur Kasse zu bitten und dadurch neue Einnahmen zu mobilisieren, gerechte Steuerregeln zu etablieren und Subventionen, die den Klima- und Umweltschutz untergraben, abzubauen.

Germanwatch setzt sich dafür ein, dass Deutschland eine internationale Steuerreform unterstützt, die das Verursacherprinzip stärkt und auch Ländern des Globalen Südens mehr Mitspracherecht bei globalen Steuerregeln einräumt. Eine faire internationale Besteuerung stärkt die Unterstützung regelbasierter Strukturen und der Demokratie sowie den sozialen Zusammenhalt. Sie schafft zugleich Spielräume für Klimaschutz und einen gerechten Wandel.

Besonders die massive Konzentration von Vermögen superreicher Menschen gefährdet demokratische Institutionen – und zugleich treibt der extrem hohe CO₂-Fußabdruck der Superreichen die Klimakrise voran. 2023 unterstützte Deutschland die G20-Initiative Brasiliens zur Besteuerung von Superreichen. Auf der 4. Internationalen Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung (UN Financing for Development Conference – FfD4) kündigten Brasilien, Spanien und Südafrika hierzu einen Umsetzungsplan an. Germanwatch setzt sich dafür ein, dass Deutschland sich dem anschließt. Im Rahmen der FfD4-Konferenz wurde zudem eine weitere Initiative gegründet, für die sich Germanwatch stark macht: Länder wie Frankreich, Spanien und Kenia wollen Steuern im Luftverkehr

einführen und so erreichen, dass einer der umweltschädlichsten und am wenigsten besteuerten Sektoren endlich einen etwas angemesseneren Beitrag zur Unterstützung der Entwicklungs- und Klimaziele leistet. Die Abgaben zielen speziell auf Privatjets und Premium-Tickets ab.

Die Internationale Seeschiffahrtsorganisation (IMO) hat darüber hinaus im April 2025 erstmals sogar einen Ansatz für das Verursacherprinzip verankert: Reedereien müssen künftig für CO₂-Emissionen zahlen. Die erwarteten Einnahmen sollen emissionsarme Technologien und Klimaschutz in verletzlichen Ländern finanzieren. Germanwatch setzt sich im Rahmen der für Oktober 2025 anstehenden weiteren Ausgestaltung des Mechanismus für eine „Win-win-win“-Regelung ein: Verringerung der Ungleichheit, Förderung des Klimaschutzes und Schutz der am stärksten gefährdeten Menschen bei gleichzeitiger Stärkung der Demokratie.

Eine weitere „Win-win-win“-Möglichkeit ist der Abbau bzw. zumindest Umbau fossiler Subventionen. Deutschland hatte sich im Rahmen der G7 bereits 2016 dazu bekannt, bis 2025 ineffiziente Subventionen für fossile Brennstoffe abzubauen. Tatsächlich hat Deutschland diese Subventionen jedoch ganz im Gegenteil signifikant erhöht. Auch global sind Subventionen für fossile Energien etwa neunmal so hoch wie für Erneuerbare Energien. Mit großem Medienecho haben wir aufgezeigt, dass auch die aktuelle Regierung aus CDU und SPD klimapolitisch in die falsche Richtung steuert. Im Auftrag von Germanwatch und Klimaallianz berechnete das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) im Juni 2025, dass laut Koalitionsvertrag künftig bis zu 15 Milliarden Euro jährlich für klimaschädliche Subventionen vorgesehen sind – mehr als das jährliche Klimasondervermögen von 10 Milliarden Euro. Da Wohlhabende überproportional von fossilen Subventionen profitieren, würde ein Umbau nicht nur Klima und Haushalt entlasten, sondern auch eine sozial gerechtere Verteilung ermöglichen.

Nachhaltige Finanzierung für eine emissionsarme und resiliente Wirtschaft und Gesellschaft

Germanwatch hat im letzten Jahr daran gearbeitet, die sehr einseitig geführte und polarisierte Debatte auf EU- und deutscher Ebene zu Überregulierung und Wettbewerbsfähigkeit wieder konstruktiv zu gestalten. Ziel ist es, in Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren und Sektoren gleichermaßen Wirkung und Umsetzbarkeit in den Mittelpunkt zu rücken.

Damit Kapital in zukunftsfähige Aktivitäten gelenkt werden kann, damit die „Tragödie des kurzfristigen Horizonts“ eingedämmt werden kann, braucht es belastbare und vergleichbare Informationen über die Nachhaltigkeit von Geschäftsmodellen. Mit diesem Ziel hat die EU im Rahmen der EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (Corporate Sustainability Reporting Directive – CSRD) Unternehmen zu einer systematischen Berichterstattung über wesentliche Nachhaltigkeitsinformationen verpflichtet.

2025 geriet die Richtlinie unter dem Vorwand des Bürokratieabbaus pauschal in die Kritik, ohne dass ihre mittel- und langfristigen Effekte für die notwendige Transformation zu resilienten Geschäftsmodellen ausreichend beachtet wurden. Angesichts einer stagnierenden Wirtschaft und Rufen nach Bürokratieabbau ließ sich die EU von vereinfachten Überregulierungs-Narrativen und systematischen Angriffen seitens der politischen Rechten beeinflussen. Aus Sicht von Germanwatch droht ein gefährlicher Rückschritt: Statt die Berichtspflichten zielgerichtet weiterzuentwickeln und auch zu vereinfachen, werden sie so weit abgeschwächt, dass sie ihren ursprünglichen Zweck kaum noch erfüllen können.

Germanwatch arbeitet daher an konstruktiven Vorschlägen zur Vereinfachung der CSRD auf Basis der Erfahrungen von Erstanwender:innen – ohne die Transformationswirkung der Richtlinie zu gefährden. Wir betonen: Das Streben nach sozial und ökologisch nachhaltigen Geschäftsmodellen sowie nach Transparenz ist kein Wettbewerbsnachteil, sondern eine Investition in die Zukunftsfähigkeit

der europäischen Wirtschaft. Was nicht gemessen werden kann, kann nicht gemanagt werden. Klare Kommunikation über nachhaltigkeitsbezogene Risiken, Chancen und Strategien stärkt Resilienz, Wettbewerbsfähigkeit und Finanzierungsmöglichkeiten. Denn Transparenz schafft Vertrauen – bei Investoren, Verbraucher:innen und in der Öffentlichkeit.

Transitionspläne der Wirtschaft und des Finanzsektors spielen dabei eine Schlüsselrolle: Unternehmen legen dar, wie sie sich am 1,5-Grad-Ziel ausrichten. Germanwatch hat 2025 Empfehlungen veröffentlicht, wie soziale Aspekte stärker in diese Pläne integriert werden können, um eine sozial gerechte Transformation zu fördern.

Die Mobilisierung privaten Kapitals für die Transformation ist eine gemeinsame Aufgabe. Germanwatch engagiert sich für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft, Privatsektor und Finanzmarktakteure und bringt eine wirkungsorientierte Perspektive ein. Im Rahmen unserer Beteiligung am Zweiten Sustainable Finance Beirat (2021 – 2025) der Bundesregierung konnten wir als Beobachterorganisation in verschiedenen Arbeitsgruppen wichtige Impulse setzen.

Ein zentrales Anliegen war es, die Vernetzung und das Fachwissen deutscher (Umwelt-) Organisationen im Bereich Sustainable Finance weiter zu stärken. Hierfür tauschen wir uns regelmäßig mit deutschen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Thinktanks aber auch dem Germanwatch-Bereich Unternehmensverantwortung aus, denn Nachhaltigkeitsberichterstattung und unternehmerische Sorgfaltspflichten können nicht losgelöst voneinander gedacht werden. Die Berichte sind die vergleichbare Grundlage für die Umsetzung der Sorgfaltspflichten. Die Umsetzung der Sorgfaltspflichten ist der Lackmustest für die Wirksamkeit der Berichtsformate.

Ausblick

In den kommenden Monaten und Jahren stehen richtungsweisende Verteilungskämpfe um zunehmend knappe Mittel für eine nachhaltige Entwicklung bevor. Es liegen Verzweigungspunkte vor uns, ob Kapitalströme in Elektrifizierung und Erneuerbare Energien oder in die Verlängerung fossiler Geschäftsmodelle fließen; ob Finanzierung in den Schutz besonders verletzlicher Menschen und die Schadensbekämpfung fließt, oder ob reiche Menschen und Staaten sich hinter Mauern schützen und die Solidarität mit dem Rest der Welt verweigern. Es gilt zu verhindern, dass eine solche kurzfristige, nationale oder gar an Oligarchen orientierte Perspektive dominiert – mit den Entwicklungen in den USA als warnendem Beispiel.

Deutschland hat sich durch internationale Verpflichtungen und eigene Zusagen in der Vergangenheit als wichtiger Akteur für eine gerechtere globale Klimapolitik etabliert. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Rolle durch starke Bundes- und EU-Haushalte gestützt werden. Zum Aufbringen der Gelder sollten zunehmend die großen Emittenten ihren Beitrag leisten. Dies sollte u. a. verlässliche Mittel für die internationale Klimafinanzierung ermöglichen und mit dem Abbau klimaschädlicher Subventionen einhergehen. Das Vermeiden internationaler Krisen durch den Schutz der ökologischen Lebensgrundlagen und ein Abbau der massiven Kluft zwischen Arm und Reich sind wichtige Rahmensetzungen für die Vitalisierung von Demokratie, Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit..

Strategie 2025

Zukunftsfähige Finanzflüsse (ZF)

Sustainable Finance (SF)

Finanzflüsse sind kompatibel mit einer Transformation zur emissionsarmen und resilienten Wirtschaft und Gesellschaft sowie einer menschenrechtsbasierten Umsetzung der SDGs.

Nachhaltige Finanzierung und damit verbundene Regulierung wird von politischen Akteuren, Unternehmen und Verbänden als machbare Transformationsaufgabe und Chance für mehr Wettbewerbsfähigkeit wahrgenommen.

Die Chance, mit anspruchsvoller und umsetzbarer SF-Regulierung Wettbewerbsvorteile für die EU zu schaffen, wird nicht verspielt. Ambitionierte Transformationspläne sind etabliert und werden implementiert.

Dem Druck auf deutscher und europäischer Ebene in Bezug auf die SF-Regulierung begegnen wir konstruktiv und pragmatisch. Den Rufen nach Bürokratieabbau setzen wir progressive Stimmen und positive Erfahrungen von deutschen Unternehmen – auch aus dem KMU-Bereich – entgegen.

Die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft, Privatsektor und Finanzmarktakteuren fördert eine ambitionierte Agenda, u. a. im SF-Beirat.

Deutsche und europäische öffentliche Transformationsfinanzierung

Ausreichend Finanzierung aus öffentlichen Mitteln steht für die sozial-ökologische Transformation bereit, klimaschädliche Ausgaben wurden zurückgefahren.

Der Bundes- und EU-Haushalt stellt ausreichend Mittel für die Finanzierung der nationalen und europäischen sozial-ökologischen Transformation im Einklang mit dem 1,5-Grad-Ziel bereit.

Öffentliche Gelder – insbesondere das Sondervermögen – werden effizient genutzt und Allokationen vor dem Hintergrund der Ziele der sozial-ökologischen Transformation und des Klimaschutzes vorgenommen.

Umwelt- und klimaschädliche Subventionen in Bundes- und EU-Haushalt werden zurückgefahren. Zusätzliche Gelder für die Transformation sind durch Abgaben nach dem Verursacherprinzip (z. B. Flugverkehr, sehr vermögende Privatpersonen) generiert worden.

Reform der internat. Finanzarchitektur

Eine faire und gerechte Internationale Finanzarchitektur schließt die SDG-, Klima- und Biodiversitätsfinanzlücke und fördert die Transition zu einer klimaresilienten Gesellschaft.

Erste innovative globale Steuer- und Abgabenelemente werden auf internationaler Ebene umgesetzt und tragen zur Klimafinanzierung bei. Deutschland unterstützt dies und die UN-Steuerkonvention proaktiv.

Der IWF integriert Auswirkungen des Klimawandels und Finanzierung der Transformation in allen Prozessen. Deutschland unterstützt die Aus- und Weitergabe von Sonderziehungsrechten. Das globale Schuldenrahmenwerk wird reformiert und der Schuldenerlass schreitet voran.

Entwicklungsbanken unterstützen Länder systematisch bei der sozial-ökologischen Transformation. Multilaterale Entwicklungsbanken kooperieren verstärkt mit nationalen Entwicklungsbanken. Die Reformprinzipien für multilaterale Entwicklungsbanken werden fortwährend in allen Banken umgesetzt.

UNFCCC-Finanzierung

Der Weg hin zu einer ausreichenden Klimafinanzierung ist klar skizziert, beinhaltet finanzielle Verpflichtungen für Minderung, Anpassung und Schäden und Verluste und trägt den Bedürfnissen der Verletzlichsten Rechnung.















Nach dem nicht ausreichenden Globalziel von 300 Milliarden US-Dollar setzen wir uns für einen ambitionierten Weg hin zu den erforderlichen 1,3 Billionen US-Dollar ein. Maßgabe sind die Bedürfnisse der Verletzlichsten, klare Zusagen für Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen sowie die Finanzierung von Schäden und Verlusten. Wir arbeiten auf einen Wendepunkt hin, dass die Verursacherstaaten verlässlich ausreichende öffentliche Klimafinanzierungen bereit stellen.

Deutschland erfüllt seine Klimazusagen und erhöht sein Klimafinanzierungsziel bis 2030 deutlich im Einklang mit dem fairen Anteil am neuen Klimafinanzierungsziel.

Die Rolle der Zivilgesellschaft wird in den UNFCCC-Verhandlungen und den Klimafonds fortwährend gestärkt und trägt zur Verbesserung des direkten Zugangs der am wenigsten entwickelten Länder zur Klimafinanzierung bei.

IWF = Internationaler Währungsfonds, SDGs = nachhaltige Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals), UNFCCC = UN-Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change)

Mitarbeiter:innen

	David Ryfisch Bereichsleiter Zukunftsfähige Finanzflüsse		Ute Sudmann Bereichsleiterin Zukunftsfähige Finanzflüsse (seit 02/2025)		Bertha Argueta Referentin für Klimafinanzierung und Entwicklung (bis 08/2025)
	David Eckstein Referent für Klimafinanzierung und Investitionen		Dr. Anja Carolin Gebel Referentin für Entwicklungsbanken und Klima		Julia Grimm Referentin für Klimafinanzierung und Anpassung
	Christian Gröber Referent für die Reform der internationalen Finanzarchitektur		Paul Healy Referent für klima- kompatible Finanzflüsse (seit 11/2024)		Christoph Hoffmann Referent für klimakompatible Finanzflüsse
	Eva Kleemann Referentin für klima- kompatible Finanzflüsse (seit 11/2024)		Yanika Meyer-Oldenburg Referentin für klimakompatible Finanzflüsse (bis 12/2024)		Nouhaila Zaki Referentin für internationale Besteuerung zur Klimafinanzierung
	Julia Reidt Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben (FSJ-P) 2024/2025 (bis 07/2025)		Carmen Wabnitz Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben (FSJ-P) 2025/2026 (seit 08/2025)		

Mit Unterstützung von: Hannah Dietz, Romie Niedermayer.

Verantwortlich seitens des Präsidiums: Silvie Kreibiehl, Dr. Artur Runge-Metzger.

Internationale Klimapolitik

Die internationale Klimapolitik stand 2024 vor enormen Herausforderungen: Die revolutionäre Beschleunigung des Ausbaus Erneuerbarer Energien und der Elektrifizierung, die den Primärenergiebedarf fast aller Sektoren massiv senkt, stößt auf großen Widerstand fossil dominierter Staaten und Unternehmen. Nationalistische Regierungen mit fossilen Interessen, geopolitische Spannungen, Kriege und Energiesicherheitsbedenken verschärfen die große Kluft zwischen den Herausforderungen und Handlungen. Während das Jahr 2024 als das bislang wärmste in die Geschichte einging und Extremwetterereignisse sowie Diskussionen um das „Ende der Versicherbarkeit“ die gesellschaftlichen Folgen der Klimakrise deutlich machten, blieben die politischen Reaktionen vieler Staaten hinter dem Notwendigen zurück. Während sich die USA unter Trump aus der internationalen Klimakooperation zurückzogen, sind die Erwartungen an die EU und China hoch, diese Lücke zu füllen und ambitioniert voranzugehen. Bei den neuen nationalen Klimaplänen (Nationally Determined Contributions – NDCs), die 2025 vorgelegt werden müssen, besteht jedoch erneut die Gefahr, dass diese zu wenig ambitioniert sind, obwohl das entscheidend wäre, um möglichst nahe am 1,5-Grad-Ziel zu bleiben. Gleichzeitig erschwerten Schuldenkrisen und schrumpfende ODA-Budgets²⁵ die multilaterale Zusammenarbeit und schränkten die Möglichkeiten ärmerer Länder des Globalen Südens mit mittleren Einkommen im Umgang mit der Klimakrise ein. Zwar wurde bei 29. Weltklimakonferenz im aserbaidjanischen Baku (COP29) ein neues gemeinsames Ziel zur Klimafinanzierung und ein Prozess zur weiteren Ambitionssteigerung beschlossen, doch blieben Umfang und Verhandlungsprozess hinter den Notwendigkeiten vieler Länder des Globalen Südens zurück – was deren Vertrauen in die internationale Kooperation weiter schwächte.



Immer mittendrin: Ein Teil der Germanwatch-Delegation auf der 29. Weltklimakonferenz (COP29) in Baku im November 2024 (oben) und bei den Zwischenverhandlungen (SB62) in Bonn im Juni 2025 (unten).

Trotz vieler Rückschläge in der internationalen Klimapolitik gab es 2024 und 2025 auch bemerkenswerte Fortschritte, die Hoffnung machen. Der weltweite Ausbau Erneuerbarer Energien beschleunigt sich weiter: Investitionen in Solar- und Windenergie, Energiespeicher und grüne Wasserstoffinfrastruktur haben neue Rekordhöhen erreicht²⁶. Besonders hervorzuheben ist der erstmalige Rückgang der energiebedingten Emissionen in China, wo durch massive Investitionen in grüne Industrie, durch Effizienzsteigerungen und einen strenger Emissionshandel ein Wendepunkt erreicht wurde. Im gesamten ersten Quartal 2025 lag der Rückgang bei 1,6 % gegenüber dem Vorjahr, mit einem 2 %-Rückgang allein im Stromsektor.²⁷ Aber relevant sind auch die Fortschritte in anderen Schwellenländern wie Indien, Brasilien, Südafrika, aber auch in Teilen Südostasiens. Getrieben durch technologische Innovation, sinkende Kosten und

²⁵ ODA = Official Development Assistance (öffentliche Mittel für Entwicklungsleistungen)

²⁶ Im Jahr 2024 erreichte das globale Investment in die Energiewende nach Angaben von BloombergNEF erstmals 2,1 Billionen US-Dollar – ein Anstieg von rund 11 % gegenüber dem Vorjahr. https://about.bnef.com/insights/finance/global-investment-in-the-energy-transition-exceeded-2-trillion-for-the-first-time-in-2024-according-to-bloombergnef-report/?utm_source=chatgpt.com

²⁷ Energy Monitor 2025. https://www.energymonitor.ai/news/china-carbon-emissions/?utm_source=chatgpt.com

geopolitisches Interesse an energiepolitischer Unabhängigkeit haben viele Länder begonnen, ihre Energiesysteme zu dekarbonisieren.²⁸

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Herausforderungen hat sich unser Team gezielt dafür eingesetzt, die internationale Klimapolitik menschenrechtsbasiert, gerecht und wirksam mitzugestalten.

Im Themenfeld **Klimaschutz** übten wir mit der Veröffentlichung des **Klimaschutz-Index (Climate Change Performance Index – CCPI)** auf der COP29 gezielt Druck auf Regierungen aus, ihre Klimaziele möglichst mit dem 1,5-Grad-Pfad in Einklang zu bringen. Der Index, der als evidenzbasiertes Instrument dient, um Ambitionslücken sichtbar zu machen, wurde in internationalen Medien und politischen Foren breit rezipiert. Darüber hinaus wirkten wir aktiv daran mit, die Voraussetzungen für ambitionierte, **am 1,5-Grad-Pfad orientierte NDCs** zu schaffen – durch Analysen, Fachdialoge und politische Empfehlungen.

Im Themenfeld **Resilienz und Umgang mit Klimafolgen** haben wir im vergangenen Jahr dazu beigetragen, wichtige Voraussetzungen für eine menschenrechtsbasierte Anpassung und einen gerechten Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten zu schaffen: Mit dem erfolgreichen Relaunch des **Klima-Risiko-Index (Climate Risk Index – CRI)** haben wir gezeigt: Alle Länder weltweit leiden zunehmend unter den Klimawandelfolgen, langfristig sind jedoch verwundbare Länder des Globalen Südens besonders betroffen. Aber auch Länder des Globalen Nordens, etwa Deutschland, haben viel Nachholbedarf im Klimarisikomanagement. Gleichzeitig begleiteten wir die internationalen Verhandlungsprozesse rund um das **Globale Anpassungsziel (Global Goal on Adaptation – GGA)** sowie den **Fonds für Verluste und Schäden (Fund Responding to Loss and Damage – FrLD)** kritisch und konstruktiv. Unser Ziel war dabei stets, die Bedürfnisse der Verletzlichsten ins Zentrum zu rücken und geschlechtergerechte sowie menschenrechtsbasierte Ansätze in die konkrete Ausgestaltung einzubringen. Dabei haben wir auch gemeinsam mit unseren Kolleg:innen, die an Klimaklagen arbeiten, dazu beigetragen, die **Relevanz von Klimaklagen für die internationale Resilienzpolitik** gegenüber Verhandler:innen, Wissenschaftler:innen und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft deutlich zu machen.

Auch im Bereich der **Klimaaußenpolitik** war unser Team aktiv. Nach dem Bruch der Ampel-Koalition und der folgenden Phase von Wahl und Koalitionsverhandlungen haben wir uns mit konkreten Vorschlägen zu effektiver, menschenrechtsbasierter Klimaaußenpolitik eingebracht – durch Briefings oder Opposite Editorials (Op-Eds). Unsere Analysen und politischen Empfehlungen zur menschenrechtsbasierten Transformation wurden in der deutschen Klimaaußenpolitik stark nachgefragt – sowohl durch Fachministerien als auch durch parlamentarische und diplomatische Akteure. In Veranstaltungen haben wir relevante Personen zusammengebracht und die strategische Relevanz von Klimaaußenpolitik und Klimafinanzierung diskutiert – vom Parlamentarischen Frühstück bis zum Strategieworkshop mit anderen Zivilgesellschaftsorganisationen und Thinktanks. Besonders intensiv haben wir unsere **Partnerschaft in Indonesien** weiterentwickelt. Wir haben dort den zivilgesellschaftlichen Dialog im Kontext der Just Energy Transition Partnerships (JETPs; Partnerschaften für die gerechte Energiewende) unterstützt – mit dem Ziel, den Strukturwandel in der Industrie ökologisch und sozial gerecht zu gestalten.

Unser Engagement für Klimaschutz und Resilienz zielt auf mehr als nur technologische Lösungen: Es fördert transparente Entscheidungsprozesse, Beteiligung benachteiligter Gruppen und Rechenschaftspflicht gegenüber den am stärksten Betroffenen. Damit trägt unsere Arbeit dazu bei, **demokratische Prinzipien zu stärken** – gerade in Zeiten wachsender Ungleichheit, autoritärer Tendenzen und globaler Unsicherheiten.

Zwei Hauptcluster unseres Bereichs decken die beiden Säulen der Arbeit des Internationalen Klimapolitikteams ab: Transformation und Resilienz. Darüber hinaus setzen wir uns in internen

28 IEA Global Energy Review 2025. <https://www.iea.org/reports/global-energy-review-2025/key-findings>

Kooperationsformaten intensiv mit den Themen Klima und Sicherheit, Partnerschaften sowie der Zukunft des multilateralen Klimaregimes auseinander. Wir arbeiten eng mit anderen Germanwatch Bereichen zusammen, aufgrund der hohen thematischen Synergien ganz besonders mit dem Bereich Zukunftsfähige Finanzflüsse.

Auf dem Pfad der sozial-ökologischen, menschenrechtsbasierten und gerechten Transformation zu 1,5 °C und Treibhausgasneutralität

Im Bereich Klimaschutz machten wir mit dem Klimaschutz-Index (CCPI) als evidenzbasiertes Instrument Ambitionslücken sichtbar – und übten so auf der Weltklimakonferenz in Baku (COP29) gezielt Druck auf Regierungen aus, ihre Klimaziele möglichst mit dem 1,5-Grad-Pfad in Einklang zu bringen. Darüber hinaus wirkten wir aktiv daran mit, die Voraussetzungen für möglichst ambitionierte nationale Klimapläne (NDCs) zu schaffen – durch Analysen, Fachdialoge und politische Empfehlungen.

CCPI – Erfolgreiche Veröffentlichung in Baku, Druck auf nationale Regierungen

Gemeinsam mit dem New Climate Institute und dem Climate Action Network (CAN) haben wir auf der COP29 die 20. Ausgabe des CCPI veröffentlicht. Das Länderranking liefert seit 2005 einen Überblick über die aktuellen Klimaschutzbemühungen der Staaten, die am stärksten für die Klimakrise verantwortlich sind. Jahr für Jahr zeigen wir, welche Staaten bereits auf einem einigermaßen guten Weg in Richtung Klimaneutralität sind und bei welchen noch deutlicher Nachholbedarf besteht. Der CCPI macht die Versprechungen der Staaten messbar und bewertet sie in den Kategorien Treibhausgasemissionen, Erneuerbare Energien, Energieverbrauch und Klimapolitik. Auch beim CCPI 2025 konnten wir die ersten drei Plätze in unserem Ranking nicht besetzen, denn nach wie vor unternimmt kein Land genug gegen den Klimawandel. Ein Blick auf einzelne Länder gibt jedoch auch Hoffnung: Dänemark hat als erstes Land einen CO₂-Preis für Fleisch- und Milchbetriebe eingeführt. Großbritannien hat sein letztes Kohlekraftwerk abgeschaltet. Weltweit ist der Ausbau Erneuerbarer Energien nicht mehr aufzuhalten, was sich auch in unseren Daten zeigt.

Dennoch reichen die Maßnahmen der Länder nicht aus, um die Klimakrise einzudämmen und das 1,5-Grad-Limit einzuhalten. Auch in diesem Jahr wurde erneut deutlich, wie wichtig wissenschaftlich fundierte Berichte wie der CCPI für eine informierte Diskussion sind. Weltweit erschienen über 240 Medienartikel über den CCPI 2025. Durch die enge Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den Ländern gelingt es uns zudem, Druck auf nationale Regierungen auszuüben. Doch auch abseits des Medienrummels rund um den Veröffentlichungstag entfaltet der CCPI seine Wirkung: als Datenquelle für wissenschaftliche Artikel und Investitionsentscheidungen von Finanzmarktakteuren sowie als Ausgangspunkt zivilgesellschaftlicher Diskussionen.

NDCs – die Voraussetzungen schaffen

2025 müssen Länder neue NDCs vorlegen. Laut Pariser Klimaschutzabkommen müssen diese Ziele alle fünf Jahre verschärft werden – ein Anspruch, der angesichts der Ergebnisse der Globalen Bestandsaufnahme (Global Stocktake – GST) von 2023 dringlicher denn je ist. Die Analyse zeigte, dass kollektiv eine große Ambitions- und Umsetzungslücke klafft. Wir setzen uns deshalb für maximal ambitionierte, 1,5-Grad-kompatible NDCs ein – insbesondere in Deutschland und der EU.

Die COP29 sollte die Umsetzung des im Vorjahr verabschiedeten GST beschleunigen. Für viele ärmere Länder waren die Verhandlungen über ein neues Klimafinanzierungsziel (New Collective Quantified Goal on Climate Finance – NCQG) dabei eng mit der Entwicklung ihrer NDCs verknüpft. Die COP29 war somit ein zentraler Moment, um politische Impulse zu setzen. Um die Voraussetzungen für möglichst ehrgeizige NDCs zu schaffen,

führten wir im Vorfeld der Konferenz Gespräche mit Regierungsvertreter:innen und koordinierten unser Vorgehen eng mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen. So organisierten wir z. B. während der Klimazwischenverhandlungen (SB62) im Juni in Bonn ein Abendessen, zu dem wir Verhandler:innen verschiedener Gruppen zusammenbrachten, um gemeinsam zu diskutieren, was es für ambitionierte NDCs braucht. Dabei reflektierten wir auch, was wir aus der vorherigen NDC-Runde lernen konnten – und was im neuen Zyklus besser gemacht werden sollte.

Die Ziele Deutschlands und der EU senden weltweit wichtige Signale mit Blick sowohl auf die Ambitionen als auch auf die Klimafinanzierung – umso mehr seit klar ist, dass eine neue Regierung Trump Klimakooperation und -finanzierung einstellen will. Beides erfordert die konsequente Einbindung der Zivilgesellschaft. Daher organisierten wir auf der COP29 u. a. eine Podiumsdiskussion mit Vertreter:innen der deutschen Bundesregierung sowie zivilgesellschaftlichen Stimmen aus dem Globalen Süden. Darüber hinaus begleiteten wir die Konferenz mit inhaltlichen Beiträgen, die die Relevanz der NDCs unterstrichen und europäischen Entscheidungsträger:innen konkrete Handlungsempfehlungen aufzeigten.

Neben Veranstaltungen begleiteten wir auch die Verhandlungen selbst aktiv. Bereits im Vorfeld identifizierten wir gemeinsam mit unseren zivilgesellschaftlichen Netzwerken jene Verhandlungsräume, die entscheidend für Ambitionssteigerung und Umsetzung des GST sein könnten. Während der Konferenz führten wir bilaterale Gespräche, unterbreiteten Kompromissvorschläge, vermittelten zwischen Verhandlungsgruppen, initiierten Dialogformate und spielten konkrete Textvorschläge ein – mit dem Ziel, konstruktive Impulse zu setzen.

Im Fokus standen insbesondere die Verhandlungen zum VAE²⁹-Dialog, der die Umsetzung der GST-Ergebnisse – etwa das ambitionierte Energiepaket der COP28 in Dubai (§ 28, 1/CMA.5)³⁰ – konkretisieren sollte. Doch kurz vor Schluss versuchten einige Staaten, „Übergangsbrennstoffe“ im Text zu verankern, während gleichzeitig zentrale Ziele wie der Ausbau Erneuerbarer Energien und der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen blockiert wurden. In der Folge entschieden sich progressive Gruppen bewusst für ein Scheitern der Gespräche, um Rückschritte gegenüber dem in Dubai erzielten Konsens zu verhindern. Auch das Mitigation Work Programme (MWP) blieb – wie in den Vorjahren – aufgrund von Streit um das Mandat blockiert. Zentrale Vorschläge zur Umsetzung wesentlicher GST-Elemente (§ 18 – 42)³¹ und für politische Signale zu 1,5-Grad-kompatiblen NDCs wurden von vielen Staaten abgelehnt – nicht zuletzt, weil es an zugesagter finanzieller Unterstützung mangelte.

Diese Blockaden zeigen, wie eng die Verhandlungsstränge auf der COP miteinander verknüpft sind: Wenn etwa die Gespräche zum neuen Klimafinanzierungsziel (NCQG) stocken, hat das unmittelbare Auswirkungen auf andere Verhandlungsräume. Viele Länder des Globalen Südens haben bereits heute Schwierigkeiten, ihre bestehenden NDCs umzusetzen – weitergehende Zusagen sind ohne verlässliche Finanzierung kaum machbar.

Angesichts der enttäuschenden Ergebnisse zum NCQG, der Blockade zentraler GST-Diskussionen und der bislang schwachen NDCs konnte die COP29 keine positive Dynamik erzeugen. Mitte Februar 2025 verpassten dann auch viele Schlüsselstaaten – darunter die EU – die Frist zur Einreichung neuer Klimaziele. Auch die SB62 Mitte 2025 brachten trotz der Initiative der Brasilianischen COP30-Präsidentschaft, gemeinsam an globalen Klimabeiträgen (Globally Determined Contributions – GDCs) zu arbeiten, nicht den erhofften Schwung. Damit verschiebt sich der Zyklus zur Ambitionssteigerung weiter Richtung COP30. Unser Fokus liegt nun darauf, die verbleibende Zeit zu nutzen, um ein starkes EU-NDC mitzugestalten, ein Momentum für ambitionierte Ziele aufzubauen und konstruktiv auf eine erfolgreiche COP30 hinzuwirken.

29 VAE = Vereinigte Arabische Emirate

30 https://unfccc.int/sites/default/files/resource/1_CMA.5.pdf

31 https://unfccc.int/sites/default/files/resource/1_CMA.5.pdf

Angemessene Unterstützung der Verletzlichen mit Klimaanpassung und Umgang mit Schäden und Verlusten

Im vergangenen Jahr haben wir dazu beigetragen, wichtige Voraussetzungen für eine menschenrechtsbasierte Anpassung und einen gerechten Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten zu schaffen: Mit dem erfolgreichen Relaunch des Klima-Risiko-Index (CRI) und der Begleitung der internationale Verhandlungsdynamik zum Globalen Anpassungsziel und zum Fonds für Verluste und Schäden.

Erfolgreicher Relaunch des CRI

Nachdem der CRI für 3 Jahre aufgrund fehlender Daten nicht veröffentlicht werden konnte, war dies im Februar 2025 wieder möglich. Der CRI illustriert die Betroffenheit von Ländern durch klimabedingte Extremwetterereignisse und schaut auf die spezifischen Folgen. In Hinblick auf die Todeszahlen als auch auf die ökonomischen Verluste durch diese Ereignisse werden die Länder in ein Ranking gebracht – jene auf den ersten Plätzen sind am stärksten betroffen. Damit verknüpft werden politische Forderungen formuliert, um das Ausmaß der Klimakrise einzudämmen (Klimaschutz), erfolgreich an die Folgen anzupassen und (z. B. durch Frühwarnsysteme) gleichzeitig effektiv mit den Folgen umzugehen (z. B. durch Unterstützung beim Wiederaufbau).

Germanwatch nutzte die Situation, dass eine neue Datenbasis gefunden werden musste als Möglichkeit, auch die Methodik des CRI nach 15 Jahren zu überprüfen und anzupassen. Größtenteil wurden die Indikatoren und der methodische Ansatz weiter als sinnvoll erachtet. Eine wichtige Ergänzung, die auch durch die neue Datenbasis ermöglicht wurde, war der Indikator der „betroffenen Menschen“ – also jene, die z. B. im Kontext von Extremwetterereignissen verletzt oder vertrieben wurden. Es wird jetzt die Datenbank „EM-DAT“ als eine qualitativ hochwertige und lang existierende Datenbasis genutzt. Auch wurde der Index grafisch überarbeitet.

Diese Neuerungen flossen zusammen in eine neue Ausgabe des CRI, der sehr erfolgreich während einer virtuellen Pressekonferenz im Februar 2025, kurz vor Beginn der Münchner Sicherheitskonferenz, vorgestellt wurde. Dieser Anlass wurde gewählt, da die Verbindung zwischen Klimafolgen und (menschlicher) Sicherheit an Relevanz gewinnt und wir dadurch Aufmerksamkeit auf diesen Zusammenhang lenken wollten. Begleitet von Social-Media-Aktivitäten konnten die Hauptaussagen des CRI in die Öffentlichkeit gebracht werden. Es gab eine sehr breite Medienresonanz – sowohl in Deutschland als auch international – in Zeitungen, Online-Medien und im Radio. Der CRI ist damit weiterhin ein Instrument, um evidenzbasiert Aufmerksamkeit für das Thema Klimafolgen zu generieren und konkrete Forderungen zu platzieren. Trotz der reinen Online-Presserkampagne kamen wir in den Wochen danach auf rund 2.000 Berichterstattungen, darunter knapp die Hälfte mit Nennung von Germanwatch. Der Index schlug neben Deutschland besonders in den USA, Italien, Indien und Pakistan hohe Wellen – also vor allem in Staaten, die im Index weit oben rangieren. Überdies erschien Ende Mai in der ZEIT (Nr. 17/2025, S. 44) eine ganzseitige Grafiksammlung unter dem Titel „Sturm, Flut und Hitze“, die zu großen Teilen auf den Daten unseres Index beruhte.

Begleitung wichtiger Schritte zur angemessenen Unterstützung der Verletzlichen mit Klimawandelfolgen: Indikatoren für das Globale Anpassungsziel und Operationalisierung des Fonds für Verluste und Schäden

Die Jahre 2024 und 2025 sind geprägt von entscheidenden Meilensteinen für die Operationalisierung des **Globalen Anpassungsziels (GGA)** aus dem Pariser Klimaabkommen und fallen mit der Halbzeit des VAE³²-Belém-Arbeitsprogramms zusammen. Dieses Programm zielt darauf ab, die Grundlage für

32 VAE = Vereinigte Arabische Emirate

die Operationalisierung des GGA-Rahmens bis zur COP30 in Belém vorzubereiten. Germanwatch hat aktiv zu diesem Prozess beigetragen und über verschiedene Kanäle konstruktive Beiträge geliefert. Ein zentraler Bereich unseres Engagements war unser Einsatz – gemeinsam mit internationalen und regionalen Partnern – für die Aufnahme von Unterstützungsmaßnahmen (Means of Implementation – Mol) wie Finanzierung und Kapazitätsaufbau als Kriterien. Diese Bemühungen spiegelten sich in den Ergebnissen der Zwischenverhandlungen (SB62) wider, wo Expert:innen damit beauftragt wurden, Indikatoren zu entwickeln, um den Fortschritt bei der Anpassungsfinanzierung, dem Aufbau von Kapazitäten und dem Technologietransfer im Rahmen der GGA zu verfolgen.

Germanwatch hat sich auch in der Folge an den Diskussionen zur Entwicklung der GGA-Indikatoren beteiligt und dabei u. a. die Erkenntnisse aus unserem CRI genutzt. Insbesondere tauschten wir Erfahrungen über die Verwendung von Ersatzindikatoren aus, um Datenlücken zu schließen, sowie über die Anwendung der Attributionswissenschaft zur Zuordnung von Wetterschäden zum menschgemachten Klimawandel, was besonders für die Expertengruppen der thematischen Ziele relevant war, die daran arbeiten, wissenschaftlich fundierte Indikatoren für den Anpassungsfortschritt zu entwickeln.

Parallel dazu haben wir in enger Zusammenarbeit mit unseren Partnern aus der afrikanischen Zivilgesellschaft eine Reihe von Veranstaltungen zum GGA veranstaltet. Diese Treffen fanden zu wichtigen Anlässen statt, darunter COP29 und SB62, und dienten mehreren strategischen Zwecken. Sie boten eine Plattform, um die Positionen der Zivilgesellschaft zum GGA zu kommunizieren und gleichzeitig die Perspektiven der Betroffenen zu stärken, die oft durch eindringliche Schilderungen, die die menschliche Dimension der Klimaauswirkungen verdeutlichten, vermittelt wurden. Wichtig ist, dass die Vertreter:innen der Zivilgesellschaft und betroffener Gruppen aktiv in den Dialog einbezogen wurden und ihre Erfahrungen und ihr Wissen direkt in die Verhandlungen einbringen konnten. Diese Treffen spielten auch eine praktische Rolle, indem sie den Verhandlungsführer:innen und Expert:innen halfen, Räume zu finden, um strittige Themen zu navigieren und potenzielle Annäherungen in einem sicheren, vertrauensvollen Umfeld zu identifizieren, was angesichts der technischen Komplexität und der politischen Sensibilität der GGA-Verhandlungen eine zunehmend wertvolle Funktion ist.

Auch im Bereich **Verluste und Schäden** arbeitete Germanwatch daran, mehr und bessere finanzielle Unterstützung für die besonders Betroffenen in Ländern des Globalen Südens zu erreichen. Die Einrichtung des Fonds für Verluste und Schäden (FrLD) 2022 war ein Meilenstein im Bereich der Unterstützung der am meisten betroffenen Länder und Gemeinschaften und soll eine Schutzlücke füllen, die bis dahin bestand. Viele Jahre hatte auch Germanwatch hier wichtige Advocacyarbeit geleistet. Die schlussendliche Ausgestaltung des Fonds in allen Details ist noch immer im Prozess und wird bei den Treffen des Steuerungsgremiums (Board) des Fonds thematisiert. Hier hat Germanwatch sich gemeinsam mit internationalen und deutschen zivilgesellschaftlichen Partnern eingebracht und war mit politischen Entscheidungsträger:innen – z. B. aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und dem Auswärtigen Amt (AA) – im regelmäßigen Austausch. Ein verbundenes zentrales Thema ist die Auffüllung des Fonds, denn ein leerer Fonds kann niemanden unterstützen. Germanwatch setzte sich hier für mehr und angemessene Finanzierung ein – bspw. im Kontext der Arbeit zu neuen Narrativen zur Klimafinanzierung, die gewährleisten sollen, mit dem Thema anschlussfähig an die Politikgestaltung und die Prioritätensetzung der neuen Regierungskoalition zu sein. Diese wurden z. B. während eines Parlamentarischen Frühstücks mit den neuen Abgeordneten des deutschen Bundestags diskutiert.

Gemeinsam mit dem Germanwatch Klimaklagen-Team haben wir auch dazu beigetragen, die **Relevanz von Klimaklagen für die internationale Resilienzpolitik** weiter zu konzeptionalisieren – in einem Workshop während der SB62 brachten wir dazu Verhandler:innen aus dem Globalen Süden, Wissenschaftler:innen und Vertreter:innen der Zivilgesellschaft zusammen.

Integrierte Klimaaußenpolitik und wirksame Partnerschaften

Um den Herausforderungen der Multilateralismus- und Klimakrise zu begegnen, haben wir im vergangenen Jahr an der Integration von Klima in die Außenpolitik gearbeitet und wirksame, transformative und menschenrechtsbasierte (Multi-Akteurs-)Partnerschaften gestärkt.

Deutsche und europäische Klimaaußenpolitik

Das Ende der Ampelkoalition und die vorgezogenen Neuwahlen im Februar 2025 führten zu einer grundlegenden politischen Neuausrichtung in Deutschland. Parallel dazu markierte die Wiederwahl von Donald Trump zum US-Präsidenten im November 2024 einen geopolitischen Wendepunkt, dessen Auswirkungen auf internationale Zusammenarbeit, multilaterale Institutionen und klimapolitische Allianzen weltweit spürbar wurden. Zudem bringt die globale Energiewende geopolitische Implikationen mit sich, denn der Wettbewerb um Technologien, Rohstoffe und neue Lieferketten hat wirtschafts- und sicherheitspolitische Relevanz für Deutschland. Dieser Hintergrund macht deutlich: Klimaaußenpolitik ist nicht nur eine Frage globaler Klimagerechtigkeit, sondern auch ein entscheidender Faktor für Sicherheit und wirtschaftliche Resilienz – in Deutschland, Europa und darüber hinaus.

Wegen dieser Entwicklungen machten wir die strategische Bedeutung klimaaußenpolitischer Zusammenarbeit sichtbar. Wir tauschten uns informell und in Workshops mit zivilgesellschaftlichen Netzwerken aus. Wir erarbeiteten neue Positionen für die Bundestagswahl und diskutierten bei unseren Analysen und Empfehlungen – in Meinungsbeiträgen und Positionspapieren – die sicherheits- und wirtschaftspolitischen Dimensionen von Klimaaußenpolitik. Vertrauensvolle Partnerschaften mit nicht-autoritären Ländern des Globalen Südens spielen dabei eine zentrale Rolle – gerade in einer Zeit, in der internationale Verlässlichkeit und Dialogräume zunehmend unter Druck geraten. Aufgrund der politischen Umbrüche braucht es umso mehr zivilgesellschaftliche Akteure, die Impulse setzen, neue Narrative stärken und konkrete Vorschläge für eine kohärente und integrierte Klimaaußenpolitik einbringen.

Auf europäischer Ebene stand die Begleitung der externen Dimension des Clean Industrial Deal im Fokus. Besonders relevant war die Ankündigung der EU-Kommission, sog. Clean Trade and Investment Partnerships mit strategisch wichtigen Partnerländern aufzubauen. Durch Analysen, Hintergrundgespräche und Workshops begleiteten wir diesen Prozess kritisch-konstruktiv und warben für eine faire, transparente und partnerschaftliche Ausgestaltung.

Förderung des gerechten Übergangs in Indonesien

Im Jahr 2024 vertiefte Germanwatch sein Engagement in Indonesien – einer der größten Demokratien der Welt – durch eine Reihe von Initiativen, die sich auf den Klimaschutz konzentrierten. Unsere Arbeit in diesem Land fokussierte sich auf die Förderung eines gerechten Übergangs mit besonderem Schwerpunkt auf Energiewende, Klimafinanzierung und Dekarbonisierung der Industrie. Während auch Indonesien einen Regierungswechsel durchlief, haben wir – insbesondere durch den regelmäßigen Dialog mit der Zivilgesellschaft und wichtigen lokalen Akteuren – Impulse für die klimapolitische Landschaft gesetzt.

Unsere laufenden Projekte fokussieren auf den Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen Entwicklungsprioritäten Indonesiens und seinen Emissionsminderungszielen. Im Dialog mit EU-Mitgliedstaaten machen wir Vorschläge für strategische Partnerschaften. Wir haben auch die laufenden Partnerschaftsprogramme untersucht, wie bspw. die indonesische Just Energy Transition Partnership (JETP), da die Leitung des Programms nun an Deutschland und Japan übergeht. Parallel dazu hat Germanwatch Dialoge geführt, um die Erwartungen und Perspektiven der

indonesischen Zivilgesellschaft zu verstehen, insbesondere hinsichtlich der Spannungen zwischen Klimaschutz, Umweltschutz und Menschenrechten.

Durch diese Interaktionen haben wir neue Partnerschaften mit indonesischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aufgebaut und den Grundstein für zukünftige gemeinsame Initiativen gelegt. Germanwatch pflegte auch einen aktiven Austausch mit indonesischen Vertreter:innen in Deutschland und in internationalen Foren, wie z. B. während der SB62 und im Vorfeld der COP29. Diese Diskussionen trugen dazu bei, die Positionierung der indonesischen Zivilgesellschaft innerhalb der Just-Transition-Work-Programme zu stärken und unterstrichen die Bedeutung der Regionen übergreifenden Zusammenarbeit für die Förderung gerechter Klimaschutzmaßnahmen.

Begleitung der doppelten Transformation in Indien

In geopolitisch volatilen Zeiten bleibt Indien für Deutschland ein bedeutender Akteur in der globalen Klima- und Geopolitik, mit dem nach erfolglosem Ende der JETP-Verhandlungen allerdings 2024 eine neue Basis gefunden werden musste. Darauf richtete Deutschland seine Aktivitäten u. a. mit proaktiver Partnerschaft zur indischen Konferenz „Renewable Energy Investors’ Meet and Expo“ (RE-INVEST) im September 2024 und in den Regierungskonsultationen im Oktober 2024 aus. Germanwatch begleitete die RE-INVEST aus zivilgesellschaftlicher Perspektive – besonders die Aufsetzung eines neuen Instruments der bilateralen Partnerschaft zur Förderung von Erneuerbaren Energien, Speichern und Herstellungskapazitäten in Indien. Diese Relevanz Indiens wurde von der neuen deutschen Bundesregierung auch im Koalitionsvertrag 2025 bestätigt. So setzten auch wir unsere Arbeit zur deutsch-indischen Kooperation zu Klima, Energie und Entwicklung fort.

Indien ist in einer doppelten Transformation: Es muss sich zum Wohle seiner inzwischen mehr als 1,4 Milliarden Menschen entwickeln, aber zunehmend Erneuerbare Energien einsetzen und sich auf die Folgen des Klimawandels einstellen. Diese komplexen Dynamiken begleitet Germanwatch als Teil der deutsch-indischen Partnerschaft. Unser besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Stärkung zivilgesellschaftlicher Perspektiven in den bilateralen Beziehungen, gerade zum Thema eines gerechten Wandels (sog. Just Transition) im Energiesektor. Im Berichtszeitraum setzten wir uns u. a. für den besseren Austausch zwischen deutschen und indischen NGOs und Thinktanks mit deutschen Ministerien ein.

Ausblick

Zusammendenken von Klima-, Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik mit Meilensteinen in Klimaklagen

Klimapolitik gerät national und international zunehmend von mehreren Seiten unter Druck. Gleichzeitig sind die kommenden fünf Jahre entscheidend für die internationale Klimapolitik: Das Ausmaß der Emissionen bis 2030 wird über tausende von Jahren das Gesicht des Planeten prägen. Es stehen zentrale Weichenstellungen an: Die Umsetzung der Ergebnisse der Globalen Bestandsaufnahme (GST), die konkrete Ausgestaltung und Finanzierung des Fonds für Verluste und Schäden (FrLD), Indikatoren für das Globale Anpassungsziel (GGA) sowie der Anstieg der Klimafinanzierung auf 1,3 Billionen US-Dollar bis 2035. Werden diese Prozesse durch politische Blockaden, geopolitische Konflikte oder fehlende Finanzierung verzögert, wächst aller Voraussicht nach nicht nur die Emissionslücke – es könnte auch das Vertrauen in die internationale Zusammenarbeit verschwinden oder es könnten ganz neue Formen der Kooperation entstehen. Die kommenden Jahre entscheiden daher auch über die Handlungsfähigkeit der internationalen Gemeinschaft.

Fossile Staaten wie die USA, Saudi-Arabien und Russland verfolgen derzeit gezielt und rabiät Strategien, um das fossile Geschäftsmodell über das Paris-kompatible Zeitfenster hinaus zu

verlängern. Diese Staaten lassen dabei nicht nur wirtschaftliche, sondern auch diplomatische und zum Teil sogar militärische Muskeln spielen: Sie blockieren ambitionierte Klimaziele auf multilateralen Foren, schwächen Sprache zu fossilem Ausstieg und fördern Narrative von „technologieoffener“ oder „CO₂-neutraler“ fossiler Nutzung. Die große Mehrheit der Staaten muss geeignete Gegenstrategien aufbauen.

Mit Blick auf die oben beschriebenen Herausforderungen internationaler Klimapolitik, wird sich unser Germanwatch-Bereich im kommenden Jahr u. a. in folgenden zentralen Bereichen einbringen:

1. **Strategische Schritte auf der COP30 zur Schließung der Ambitionsücke:** Während wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass Länder ehrgeizige, auf die Begrenzung der Erwärmung auf 1,5°C ausgerichtete nationale Klimaziele (NDCs) entwickeln, ist es entscheidend, eine strategische Antwort für die COP30 vorzubereiten. Die aktuelle Runde der NDCs reicht nicht aus, um die globale Erwärmung auf 1,5°C zu begrenzen. Eine strategische und koordinierte Antwort darauf ist dringend nötig – besonders mit Blick auf die UN-Generalversammlung im September 2025, wo das Ausmaß der Ambitionsücke voraussichtlich deutlich wird, und auf die COP30 im November in Brasilien, wo zumindest eine kritische Masse von Staaten einen klaren Fahrplan zur Schließung dieser Lücke liefern muss. Brasilien als COP30-Präsidentschaft hat bisher keine konkreten Vorschläge zur kollektiven Bearbeitung der Ambitionsücke vorgelegt, signalisiert jedoch Bereitschaft zur Führungsrolle. Auch andere zentrale Akteure wie die EU (als politischer und finanzieller Motor) und China (als größter Emittent mit massiv wachsender Bedeutung im Ausbau Erneuerbarer Energien und der Elektrifizierung) sind entscheidend für Fortschritte. Um solche Antworten auf der COP30 zu ermöglichen, wird es entscheidend sein, Brasilien bei der Sicherung von Vereinbarungen über die wichtigsten Bausteine der COP30-Ergebnisse zu unterstützen, insbesondere in den Bereichen Finanzen, Anpassung und gerechter Wandel. Germanwatch versucht eine bedeutende Rolle in diesen Bemühungen zu spielen, indem es Expertise bereitstellt, den Dialog erleichtert und sich für ehrgeizige und gerechte Klimaschutzmaßnahmen einsetzt.
2. **Wegweisende Klimaklagen:** Die Stellungnahme des Internationalen Gerichtshofs (IGH) im Juli 2025 ist ein transformativer Wendepunkt für die Diskussion zu Staatenpflichten im Umgang mit Klimaschutz und Klimawandelfolgen. Sie verwandelt moralische Imperative in konkrete rechtliche Pflichten und eröffnet Wege für Klimaklagen und Rechenschaftspflicht, insbesondere für gefährdete Nationen, die Entschädigungen fordern. Die zentralen Punkte der Stellungnahme sowie anderer Klimaklagefälle werden die Zukunft der internationalen Klimapolitik und auch die Reform der Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change – UNFCCC) formen. Unser Bereich wird sich dafür einsetzen, dass die zentralen Ergebnisse der IGH-Stellungnahme sowie weiterer relevanter Klagefälle sowohl auf internationaler Ebene durch den UNFCCC-Prozess als auch durch die deutsche Bundesregierung berücksichtigt und umgesetzt werden.
3. **UNFCCC-Reform und Zukunft multilaterales Klimaregime:** Die COP30 markiert den 10. Jahrestag des Pariser Abkommens – und wird auch ein Test für das zukünftige Funktionieren des UNFCCC-Prozesses sein. Die UNFCCC und das Pariser Abkommen funktionieren – aber nicht schnell genug: Die Diskrepanz zwischen der Dringlichkeit, den Klimawandel in einem sich rasch schließenden Zeitfenster anzugehen, das einerseits noch verbleibt, und der schwierigen politischen Dynamik in einem zunehmend undurchsichtigen Verhandlungskontext andererseits ist groß. Eine Reform der UNFCCC ist daher dringend erforderlich, einhergehend mit dem umfassenderen UN80-Reformprozess³³. Die COP30 muss ein Signal der Erneuerung senden – vor allem zur Stärkung der Rechenschaftspflicht und Integrität des internationalen Klimaregimes.

33 Eine im März 2025 auf Initiative des UN-Generalsekretärs gestartete Initiative, um die Vereinten Nationen effizienter und wirkungsvoller zu gestalten, besonders angesichts des 80. Jahrestages der Organisation



4. **Zukunft der deutschen Klimaaußenpolitik:** Klimapolitik braucht einen Platz im Zentrum der deutschen und europäischen Außenpolitik – nur so kann Deutschland Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und eine gerechte, multilaterale Ordnung aktiv mitgestalten. Seit der COP26 in Glasgow hat das Auswärtige Amt gezielt Klimadiplomatie – auch über die UN-Klimaverhandlungen hinaus – vorangetrieben. Zu den Meilensteinen gehörten eine Klimaaußenpolitikstrategie Klimabotschaften und JETPs. Entscheidend ist nun, diesen Kurs fortzusetzen, um Klimapolitik als integralen Bestandteil einer vorausschauenden Außenpolitik zu verankern. Es liegt im deutschen Interesse, dass die nun beschlossene Rückverlagerung nationaler und internationaler Klimathemen in das Umweltressort im Zuge der Ressortumstrukturierung nicht dazu führt, den politischen Stellenwert der Klimapolitik zu schwächen. Eine glaubwürdige und ambitionierte nationale und internationale Klimapolitik ist eine zentrale Voraussetzung für Deutschlands internationale Handlungs- und Partnerschaftsfähigkeit. Wir werden darauf einwirken, dass sich der außenpolitische Umgang mit der Klimakrise wirkungsvoll und kohärent weiterentwickelt.

Germanwatch wird diese Prozesse – wie gewohnt – eng begleiten und erfährt dabei Unterstützung durch unser breites zivilgesellschaftliches Netzwerk. Wie wir dabei gleichzeitig **demokratische Prinzipien stärken** können – gerade in Zeiten wachsender Ungleichheit, autoritärer Tendenzen und globaler Unsicherheiten, wird eine wichtige Leitfrage unseres zukünftigen Engagements sein.



COP30 = 30. Weltklimakonferenz, FRLD = Fonds für Verluste und Schäden (Fund Responding to Loss and Damage)

Mitarbeiter:innen

	Petter Lydén Bereichsleiter Internationale Klimapolitik		Laura Schäfer Bereichsleiterin Internationale Klimapolitik		Lina Adil Referentin für Anpassung an den Klimawandel und Schäden & Verluste
	Verena Allert Referentin für Energiewende-Kooperation Westbalkan		Leonie Beaucamp Referentin für Erneuerbare Energien und Wasserstoff (bis 12/2024)		Jan Burck Referent für Klimaschutz & Energie, Projektleiter Klima-Indizes
	Lalit Chennamaneni Referent für indisch- deutsche Klima- und Ent- wicklungszusammenarbeit		Alexandra Goritz Referentin für Klimaaußenpolitik		Vera Künzel Referentin für Anpassung an den Klimawandel und Menschenrechte
	Kerstin Opfer Referentin Energiepolitik & Zivilgesellschaft – Afrika		Barbara Pongratz Referentin für Deutsch- Chinesische Energie- und Klimadiplomatie (seit 04/2025)		Giovanni Maurice Pradipta Referent für deutsch-indonesische Zivilgesellschaftsdialoge
	Lisa Schultheiß Referentin für Klimarisikomanagement und Schäden & Verluste		Rixa Schwarz Referentin für Klima und Entwicklung – Indien		Thea Uhlich Referentin für Klimaschutz und Energie
	Martin Voß Referent für Klimadiplomatie und Kooperation – Asien/China		Levi Lempp Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben (FSJ-P) 2025/2026 (seit 08/2025)		Lydia Weinreich Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben (FSJ-P) 2024/2025 (bis 07/2025)

Mit Unterstützung von: Elena Kemkes, Po Yi Lam, Linus Alexander Nolte, Merle Clara Riebandt, Ana Tamblyn.

Praktikant:innen im Berichtszeitraum: Linus Alexander Nolte, Lisa Ruf.

Verantwortlich seitens des Präsidiums: Sven Harmeling, Silvie Kreibiehl, Fiona Marker, Dr. Artur Runge-Metzger.

Deutsche und Europäische Klimapolitik

Das vergangene Jahr von Sommer 2024 bis Sommer 2025 war für uns geprägt von zwei Regierungswechseln: Während in der abrupt zu Ende gegangenen Bundestagslegislatur noch letzte wichtige Vorhaben auf den Weg gebracht werden konnten, schufen die Verwerfungen innerhalb der Ampel-Koalition, der anschließende Wahlkampf und der Start der neuen Koalition einen neuen Kontext für unsere klimapolitische Arbeit in Deutschland und Europa. Ähnlich in Brüssel und Straßburg: Nach der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2024 startete im Herbst eine neue Europäische Kommission mit neuen Schwerpunktsetzungen, die von Vielen als eine teilweise Zurücknahme des Europäischen Green Deals bewertet wurden, der bis dato das Flaggschiffprojekt der ersten Von-der Leyen-Kommission gewesen war.

Zum einen sind angesichts multipler Krisen und einer von der Politik wahrgenommenen zunehmenden Polarisierung die Lösungsräume für die Umsetzung ambitionierter Politik insgesamt geschrumpft. Im neuen EU-Parlament ist die Europäische Volkspartei die stärkste Fraktion und kooperiert in verschiedenen Bereichen mit rechtsradikalen Akteuren. Trotz der zu Beginn der Legislatur gegebenen Zusagen gerät die Umsetzung des Europäischen Green Deals massiv unter Druck. Die neue Regierung der USA – im Wahlkampf massiv von Akteuren aus dem fossilen Sektor unterstützt – setzt alles daran, das fossile Geschäftsmodell zu verlängern und den Klimaschutz national und international zu torpedieren. Die USA fallen also absehbar auch als der massive Investor in Klimaschutztechnologien aus, der sie noch unter der Regierung von Joe Biden waren. Zum anderen zeigen jüngere Umfragen aus diesem Zeitraum auch für Deutschland eine Veränderung im gesellschaftlichen Rückhalt für die Klimaschutzpolitik: Zwar unterstützt eine gesellschaftliche Mehrheit nach wie vor eine ambitionierte Klimapolitik, durch die diversen Krisen sind aber andere Themen weiter vorne auf die Agenda gerückt.

Für unsere Arbeit bedeutet das zweierlei: Erstens muss sich Klimapolitik noch stärker als bisher der Frage stellen und diese beantworten, wie sie zum Vertrauen der Menschen in einen funktionierenden Staat beitragen und gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie gerechten Ausgleich stärken kann. Zum anderen muss die klimapolitische Zielerreichung noch stärker synergetisch zum Erreichen anderer gesellschaftlicher und politischer Ziele gedacht sein, weil sich für klimapolitische Ziele alleine immer schwieriger Mehrheiten organisieren lassen.

Diese Anforderungen nehmen wir bei unseren Aktivitäten im Bereich Deutsche und Europäische Klimapolitik so weit möglich immer mit in den Blick: Sowohl bei unseren Vorschlägen für die Klimapolitik der neuen Bundesregierung als auch im Rahmen der EU-weiten Einführung des zweiten Europäischen Emissionshandels (EU-ETS 2) drängen wir auf eine **wirksame, sozial ausgestaltete und bezahlbare Klimapolitik**. Dies kann etwa durch sozial gestaffelte Strompreise bzw. Förderprogramme oder die richtige Ausgestaltung von Klimasozialplänen geschehen. In der EU-Klimapolitik haben wir es in Verbund mit vielen anderen Akteuren geschafft, dass die EU-Kommission bisher beim Klimaschutz weitgehend auf Kurs geblieben ist – trotz wachsendem Druck aus Industrie, einzelnen Regierungen, rechtsradikalen und konservativen Parteien und trotz verstärkter behördeninterner Verwässerungsversuche.

Mit der **Verbesserung des Bahnsektors** liegt ein starker Fokus unserer Verkehrsarbeit in einem Bereich, der von vielen Menschen als wichtiger Teil der Daseinsvorsorge und seine Krise als Demokratieproblem und Symptom für Regierungsversagen insgesamt wahrgenommen wird. In unserer Arbeit zum **klimaneutralen Industrieumbau** suchen wir weiterhin auch den Dialog mit Arbeitnehmer:innen als diejenigen, die vom Erfolg dieses Umbaus am unmittelbarsten betroffen sind. Und auch in der Energiewende machen wir uns für Teilhabe und Beteiligung stark sowie für gezielte Maßnahmen, die soziale Gerechtigkeit in der Energieversorgung fördern. Im Rahmen unserer Digitalisierungsarbeit haben wir einen gesellschaftlich breit getragenen Aufruf an die neue Bundesregierung initiiert für die bessere Regulierung bzw. Etablierung gemeinwohlorientierter

digitaler Plattformen. Dies ist fundamental für faktenbasierte Dialoge und konstruktive gesellschaftliche Aushandlungsprozesse und damit eine wichtige Voraussetzung für eine ambitionierte Klimapolitik, aber auch weit darüber hinaus.

Klimaschutz im Verkehr: Aufbruch beim Bahnausbau und erste Schritte hin zu einem klimaneutralen Flugverkehr

Die Eisenbahn ist als Kernstück eines funktionierenden Verkehrssystems wichtig für das Vertrauen der Menschen in einen funktionierenden Staat. Auch deshalb hat Germanwatch im Berichtszeitraum daran gearbeitet, das deutsche Schienennetz im Herzen Europas – sechs der neun transeuropäischen Korridore verlaufen durch Deutschland – zu stärken.

Basierend auf Konzepten wie dem Trans-Europ-Express 2.0 haben wir außerdem Streckenvorschläge für einen Europakt in die Debatte eingebracht. Wir haben uns auch gemeinsam mit europäischen Geschäftsreisenden von Unternehmen wie z. B. SAP und IKEA in einem offenen Brief³⁴ sowie mit der IG Metall³⁵ dafür eingesetzt, dringend erforderliche Investitionen für das Schienennetz zu priorisieren. Zudem engagieren wir uns im Single European Railway Area Forum (SERAF) der EU-Kommission und waren auf deren Einladung mit dem Dachverband Transport&Environment (T&E) beim Umsetzungsdialog des Verkehrskommissars für europäische Hochgeschwindigkeitsverkehre³⁶ vertreten. Die Nachfrage nach grenzüberschreitenden Zugverbindungen ist inzwischen deutlich gestiegen und das Angebot zieht langsam nach – vielleicht auch ein wenig aufgrund unserer jahrelangen Arbeit mit Bundesregierung, Bundestag, EU-Kommission und EU-Parlament: Der neue Schnellzug von Berlin nach Paris, für den sich Germanwatch über Jahre eingesetzt hatte, ist stark ausgelastet. Drei von vier Reisenden buchen die durchgehende Strecke und zeigen damit, dass acht Stunden Reisezeit durchaus ein attraktives Angebot sind. Bereits angekündigt wurde u. a. ein Direktzug Berlin – Rom.

Mit dem Flugsektor auf den Pfad zur Klimaneutralität

Um den Flugsektor auf dem Weg in die Klimaneutralität zu unterstützen, arbeiten wir auf Einladung der Bundesregierung als einer von wenigen zivilgesellschaftlichen Akteuren im Arbeitskreis „Klimaneutrale Luftfahrt“ mit vielen Stakeholdern, u. a. in der Arbeitsgruppe (AG) „Sustainable Aviation Fuels“ (SAF) zur Förderung von Kerosin, das auf Erneuerbaren Energien basiert. Seit Mai 2025 ist Germanwatch Co-Koordinatorin der Unter-AG Kerosinvereinbarung. Damit die nötigen Umstellungen im Flugsektor, wie die Entwicklung von eKerosin, vorankommen, ist Investitionssicherheit wichtig. Im März 2025 haben wir dazu ein gut besuchtes Webinar zum Thema „Flug & Finanzen“ organisiert, um die Herausforderungen und Lösungen der Finanz- und Flugsektoren zusammenzubringen.

Gleichzeitig arbeiten wir daran, dass immer mehr Reisende auf die noch über Jahrzehnte extrem klimaschädlichen Flugreisen weitestgehend verzichten und bspw. die Bahn nehmen. Um zu befördern, dass Geschäftsreisende ein gestärktes Schienennetz auch nutzen und ihre Geschäftsreisen klimaneutral machen, haben wir das Travel Smart Ranking für Geschäftsreisen³⁷ in Deutschland veröffentlicht. Die Geschäftsflugreisen von 239 der weltweit größten Unternehmen sind zwischen 2019 und 2023 um ein Drittel gesunken. Nach dem Ranking hinken aber einige deutsche Konzerne dem positiven Trend noch hinterher, z. B. Bosch und BMW. Dabei geht es auch anders, wie etwa die Allianz zeigt.

34 <https://www.germanwatch.org/de/91726>

35 <https://www.igmetall.de/presse/pressemitteilungen/ig-metall-und-germanwatch-fordern-investitionen-im-verkehr>

36 https://transport.ec.europa.eu/news-events/dialogues/implementation-dialogue-high-speed-rail-europe_en

37 <https://www.germanwatch.org/de/93114>

Investitionssicherheit für klimaneutrale Mobilität

Mit Blick auf die notwendige Verkehrsverlagerung auf die Schiene und die dafür erforderlichen Investitionen gibt der Koalitionsvertrag bestenfalls ein gemischtes Bild ab. Das Sondervermögen Infrastruktur bietet die notwendigen Spielräume für eine Investitionsoffensive Schiene und ein saniertes Straßennetz. Pläne für substanziellen Straßenneubau verhindern dagegen die Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene und erschweren und verteuern das Erreichen der Klimaziele. Wir bleiben daher gemeinsam mit unseren Partnern dran. Die Milliarden aus dem Sondervermögen müssen so in die Verkehrsinfrastruktur fließen, dass Klimaschutz, Mobilitätsbedarfe und zukünftige Haushaltsbelastung in Einklang kommen – konkret in das Schienennetz und die Sanierung der Brücken. Und sie müssen effizient fließen, damit wir in wenigen Jahren einen konkreten Nutzen spüren. Darum werben wir für Reformen dazu, wie die Investitionen fließen, welche Bauten zuerst stattfinden und wie der Verkehr auf der Schiene gesteuert wird.

Im kommenden Jahr werden durch die Bundesregierung wichtige Weichen gestellt: Die Entwicklung der im Koalitionsvertrag angekündigten deutschen Flugstrategie werden wir deshalb konstruktiv-kritisch begleiten, um für den Flugverkehr einen investitionssicheren Rahmen auf einem Pfad in eine frühe Klimaneutralität zu schaffen.

Klimapolitik im Gegenwind auf der EU-Agenda halten

Die im Sommer 2024 begonnene neue europäische Legislaturperiode ist von einer doppelten Herausforderung geprägt: Das Erreichte des Europäischen Green Deals zu bewahren und gleichzeitig notwendige Verbesserungen voranzutreiben. Gerade unter zunehmend schwierigen Bedingungen internationaler Zusammenarbeit gewinnt dieses Ziel an Bedeutung – und bildet das Herzstück unserer EU-Arbeit.

Im neuen EU-Parlament sind aufgrund des Zulaufs populistischer und ultrarechter Parteien konstruktive Mehrheiten für den Klimaschutz deutlich fragiler als bisher. Innerhalb der Europäischen Volkspartei gibt es ein Lager, das den Klimaschutz herunterfahren will. Zusammen mit den komplizierten Mehrheitsverhältnissen im Rat der EU und punktueller Kooperation der konservativen Partei mit rechtspopulistischen oder -radikalen Gruppierungen erschwert dies die kontinuierliche Arbeit der neuen EU-Kommission im Sinne der Prioritäten ihrer Vorgängerin. Die Rahmenbedingungen für beides – Umsetzung des Beschlossenen und Gestaltung des Kommenden – haben sich also im vergangenen Jahr merklich verschlechtert, nicht zuletzt durch die politischen Erschütterungen aufgrund der US-Wahl und des harten Politikwechsels der Trump-Regierung. Gleichzeitig wird das neue EU-politische Leitmotiv der „Vereinfachung“ von Gesetzgebung und „Erleichterung“ von Bürokratie von einigen Regierungen dazu genutzt, bestehende Standards im Umwelt- und Menschenrechtsschutz abzubauen.

Den Fokus unserer Arbeit zur EU-Klimapolitik bildet daher die effektive Umsetzung der bestehenden Klimagesetzgebung, um zumindest das Klimaziel für 2030 trotz erschwelter Rahmenbedingungen zu erreichen. Zudem sind in der aktuellen Legislaturperiode entscheidende Weichenstellungen erforderlich – sowohl für ein neues 2040- und 2035-Klimaziel, mit dem die EU die globale Klimapolitik vorantreiben kann, als auch für eine Gesetzgebung, die uns im kommenden Jahrzehnt auf einen sozialgerechten und sicheren Weg in Richtung Klimaneutralität bringt. Hinsichtlich der Umsetzung arbeiten wir gemeinsam mit vielen europäischen Partnerorganisationen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft besonders auf die klimawirksame und sozial gerechte Einführung des neuen Emissionshandels für Gebäude, Verkehr und Kleinindustrie hin.

In puncto Weichenstellungen konnten wir – gemeinsam mit vielen Organisationen aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft – im Berichtszeitraum durch zahlreiche Briefe, Gespräche, Hintergrundpapiere und Pressearbeit wichtige Erfolge erzielen. So hält die EU-Kommission bisher

trotz erheblicher Widerstände weitgehend an ihrem Plan fest, die EU-Treibhausgase bis 2040 um 90 % zu reduzieren. Dieses Ziel wird inzwischen auch von der neuen Bundesregierung unterstützt. Wir haben durch unsere Begleitung der Koalitionsverhandlungen eine relevante Rolle dabei gespielt, dass dies in den Koalitionsvertrag gelangen konnte. Auf nationaler Ebene haben wir uns darüber hinaus federführend mit weiteren Umwelt- und Sozialverbänden für einen effektiven nationalen Klima-Sozialplan (KSP) und eine wirksame öffentliche Beteiligung eingesetzt. Durch unsere Kommunikationsarbeit haben wir dazu beigetragen, die öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema zu stärken, um auf diesem Wege den Handlungsdruck auf die Bundesregierung für mehr soziale Gerechtigkeit und Akzeptanz zu erhöhen.

Darüber hinaus koordiniert Germanwatch seit mehreren Jahren Austausche zwischen Frankreich und Deutschland und zwischen Deutschland und Polen, einschließlich des Austauschs zwischen allen drei Ländern auf Thinktank-, Zivilgesellschafts- sowie Arbeits- und politischer Ebene. Germanwatch hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Format des Weimarer Dreiecks als ein wichtiger Kooperationsrahmen für europäische Angelegenheiten im Koalitionsvertrag verankert wurde. Zudem wurde im polnisch-deutschen Aktionsplan die Einrichtung einer Deutsch-Polnischen Arbeitsgruppe für Energie und Klima angestoßen. Beides sind große Erfolge auch der Arbeit von Germanwatch, die dabei helfen können, das Weimarer Dreieck zum Impulsgeber der EU-Klimapolitik zu machen bzw. – wo notwendig – Konflikte frühzeitig zu erkennen und Lösungen zu finden, um Rückschritte zu weit wie möglich zu vermeiden.

Deutsche Klimapolitik: Den Investitionsbedarf für einen sozial akzeptierten Klimaschutz auf die Agenda setzen

Die ausreichende Finanzierung wird immer stärker zur Schlüsselfrage für erfolgreichen Klimaschutz. Germanwatch hat dazu beigetragen, das Thema umfassend auf die Agenda zu setzen, und legt einen besonderen Fokus auf die Finanzierung von kommunalem Klimaschutz

Nach der weitreichenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) im November 2023 zum Klimatransformationsfonds (KTF) gehörte Germanwatch zu den ersten Organisationen, die notwendige Konsequenzen aus dem Urteil einforderten. Schon Anfang 2024 brachte Germanwatch den Vorschlag in die politische Debatte ein, eine Expertenkommission für eine Reform der Schuldenbremsenregel einzusetzen, um die notwendigen Investitionen in eine klimaneutrale Infrastruktur für 2045 zu ermitteln, Reformvorschläge für die Weiterentwicklung der Schuldenbremse vorzulegen und somit die beschleunigten Investitionen in eine klimaneutrale Infrastruktur zu ermöglichen.³⁸ Dieser Vorschlag zur Einrichtung einer Expertenkommission fand in einigen Wahlprogrammen des Bundestagswahlkampfes Eingang und ist mittlerweile auch im aktuellen Koalitionsvertrag der neuen Regierung zwischen Union und SPD verankert.

Noch zwischen der Wahl zum neuen Bundestag und dem Beginn der 21. Legislaturperiode wurde mit den Mehrheiten des alten Bundestags ein 500 Milliarden Euro schweres Sondervermögen – angelegt auf zwölf Jahre – geschaffen. Nur ein Teil der Mittel ist verbindlich für die Transformation zur Klimaneutralität vorgesehen, wodurch klar ist, dass damit die u. a. vom Expertenrat für Klimafragen (ERK) ermittelten Bedarfe für die Klimatransformation nicht sicher erreicht werden. Insofern kommt den Beratungen der neu eingesetzten Expertenkommission zu einer weitergehenden Schuldenreform weiterhin eine wichtige Rolle zu. Germanwatch wird diese Arbeit intensiv begleiten und auf Basis juristischer Analysen weiterhin darauf drängen, dass die gesamten 500 Milliarden Euro des Sondervermögens im Einklang mit dem Klimaneutralitätsziel 2045 ausgegeben werden müssen.

³⁸ <https://background.tagesspiegel.de/energie-und-klima/briefing/warum-zukunftsinvestitionen-eine-expertinnenkommission-brauchen>

Ein Hauptaugenmerk von Germanwatch liegt bei dieser Thematik auf der Situation der deutschen Städte und Gemeinden. Sie sind eigentlich für die Verausgabung von mindestens 60 – 85 % aller öffentlichen Investitionen in Deutschland zuständig. Die Rahmenbedingungen für die Kommunen verschlechtern sich aber dramatisch. Allein für 2024 wurde ein Haushaltsdefizit von 25 Milliarden Euro beziffert. Das heißt, immer mehr Kommunen schaffen es nicht, ihre Haushalte auszugleichen. Das KfW-Kommunalpanel 2025 ermittelte einen weiteren Anstieg des Investitionsrückstaus auf mittlerweile 215,7 Milliarden Euro. Aus diesem Grund dringt Germanwatch darauf, dass die zugesagten 100 Milliarden Euro aus dem großen Sondervermögen, die für Länder und Kommunen vorgesehen sind, zum größten Teil auf die kommunale Ebene durchgereicht werden. Germanwatch kritisiert, dass das jetzige Länder- und Kommunalinfrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG) nicht ausreichend mit einer Klimabindung versehen ist. Wir weisen darauf hin, dass die Vorgaben zur Zusätzlichkeit der Mittel aus dem Sondervermögen im Gesetz nicht sichergestellt sind, und setzen uns dafür ein, einen Mindestanteil der Ausgaben für die Kommunen gesetzlich zu verankern.

Im Berichtszeitraum ist uns gelungen, das Ziel einer Gemeinschaftsaufgabe Klimaanpassung im Koalitionsvertrag zu verankern. Germanwatch setzt sich hier konkreter für eine Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz und Klimaanpassung ein, damit schnelle Finanzierungswege zwischen Bund, Ländern und Kommunen – ausgerichtet an den tatsächlich notwendigen Investitionsbedarfen – festgeschrieben werden können. Die Stärkung der Kommunen ist nicht nur für die effektive Durchführung von Klimaschutzmaßnahmen fundamental. Sie ist auch zentral, weil die Kommunen den engsten Kontakt zu den Bürger:innen haben – hier muss sich die für das Vertrauen in die Demokratie zentrale Handlungsfähigkeit des demokratischen Staats konkret zeigen. Dabei haben die Kommunen die Möglichkeit, Synergien zwischen Klimaschutz und anderen Zielen wie der Verbesserung der Infrastruktur zu identifizieren und realisieren. Wir werden in diesem Sinne weiter die Arbeit zur Etablierung einer Gemeinschaftsaufgabe Klima sowie den im Koalitionsvertrag versprochenen neuen Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen intensiv politisch begleiten.

Märkte für die klimaneutrale Industrie und Arbeitsplätze von Morgen

Die deutsche Industrie steht unter immensem Druck angesichts vielfältiger geopolitischer Krisen. Infolge dessen droht die notwendige Transformation hin zur Klimaneutralität in kurzfristigen Debatten unterzugehen. Dabei ist klar: Nur eine klimaneutrale Industrie ist langfristig zukunftsfähig und international wettbewerbsfähig.

Unter der vorangegangenen Bundesregierung rückte Industriepolitik – insbesondere vom grün geführten Wirtschaftsministerium – verstärkt in den Fokus. Neue Instrumente wie Klimaschutzverträge wurden eingeführt, um die Transformation aktiv zu gestalten. Mit Beginn des Wahlkampfs und dem Start der aktuellen schwarz-roten Koalition hat die Bedeutung einer aktiven Industriepolitik jedoch spürbar nachgelassen. Gleichzeitig steht die Industrie massiv unter Druck. Vor dem Hintergrund globaler Handelskonflikte und einer wirtschaftlich schwierigen wie unsicheren Lage fordert die Industrie vor allem kurzfristige Maßnahmen in Form von Entlastungen bei Strompreisen und einen Abbau bürokratischer Hürden. Solche Schritte mögen in der aktuellen Lage hilfreich sein, können allein jedoch keine langfristige Perspektive für den Industriestandort Deutschland bieten – weder in Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit bei Zukunftstechnologien und -branchen noch auf das Ziel der Klimaneutralität 2045. Erforderlich sind stattdessen gezielte Investitionen in die industrielle Transformation sowie der Aufbau von Leitmärkten, die den Absatz klimafreundlicher Produkte sichern. Nur so lassen sich hochwertige industrielle Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung langfristig erhalten.

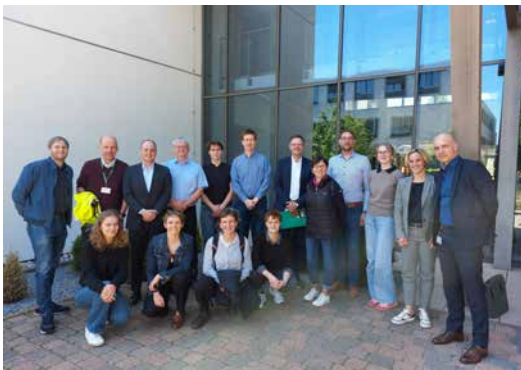
Um der Vielfalt und Komplexität der industriellen Herausforderungen gerecht zu werden, konzentrieren wir unsere Arbeit gezielt auf die beiden emissionsintensivsten Branchen Stahl und

Chemie. Im Bereich Stahl haben wir uns im Berichtszeitraum intensiv mit der Entwicklung geeigneter Leitmärkte³⁹ und der Rolle verlässlicher Nachhaltigkeitslabels beschäftigt. Ein gemeinsamer Aufruf mit zwei großen Industrieverbänden sowie weiteren Umweltorganisationen an die Verhandler:innen des Koalitionsvertrags zielte darauf, dass Thema Grüne Leitmärkte im neuen Koalitionsvertrag zu verankern. Zuletzt lag ein besonderer Fokus auf den Auswirkungen globaler Zollkonflikte und der Frage, wie eine ausgleichende, faire Handelsagenda⁴⁰ gestaltet werden kann. Auch mit Gewerkschaften und Betriebsräten sind wir weiterhin in engem Austausch und arbeiten partiell eng bei Themen rund um Industriepolitik und Transformation zusammen.

Im Chemiesektor haben wir uns vertieft mit den Potenzialen der Kreislaufwirtschaft⁴¹ auseinandergesetzt – insbesondere in Hinblick auf Ressourceneffizienz und CO₂-Einsparungen. Um die Zusammenarbeit zum Thema der Chemietransformation besser zu fokussieren, hat Germanwatch eine regelmäßigen Austausch etabliert, bei dem neben Umweltverbänden und Thinktanks auch Vertreter:innen von Gewerkschaften zu Schwerpunktthemen eingebunden werden. Das langfristige Ziel ist es, einen Politikrahmen zu schaffen, der es der Chemieindustrie ermöglicht, sich von fossilen Energieträgern und Rohstoffen zu verabschieden. Dafür wird sich Germanwatch gemeinsam mit Partnern auch in die Initiative der Bundesregierung für eine „Zukunftsfähige Chemieagenda 2045“ einbringen und hier auf eine Beteiligung der Zivilgesellschaft dringen. Zu Carbon Capture and Utilization⁴² (CCU – also die Verwendung von CO₂) haben wir im Mai 2025 ein Parlamentarisches Frühstück zu den Herausforderungen und Risiken bei der Anrechnung von CCU als Emissionsminderungsmaßnahme organisiert und diese auf einem Panel mit Vertreter:innen von SPD und der Linken, großen Chemieunternehmen sowie der Wissenschaft diskutiert.

Werksbesichtigungen: Im Austausch mit der Industrie

Im laufenden Jahr haben wir drei Werksbesichtigungen organisiert, um technologische Herausforderungen direkt vor Ort besser nachvollziehen zu können. Zum Teil gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren konnten wir in direkten Austausch mit Unternehmensvertreter:innen zu zentralen politische Entscheidungen wie dem Europäischen Emissionshandel und die Weiterentwicklung der Klimaschutzverträge treten.



Standortbesichtigung bei der BASF in Ludwigshafen im Mai 2025 (links) und Standortbesichtigung des Sekundärstahlwerks Georgmarienshütte in Gröditz im Februar 2025 (rechts).

39 https://www.germanwatch.org/sites/default/files/2025-02/Germanwatch_Leitm%C3%A4rkte%20f%C3%BCr%20eine%20resiliente%20und%20klimaneutrale%20Stahlindustrie_2024.pdf

40 https://www.germanwatch.org/sites/default/files/2025-07/Germanwatch_Vorschlag%20f%C3%BCr%20eine%20ausgleichende%20Handelsagenda_2025.pdf

41 https://www.germanwatch.org/sites/default/files/germanwatch_kreislaufwirtschaft_fuer_eine_klimaneutrale_industrie_2024_1.pdf

42 <https://www.germanwatch.org/sites/default/files/2025-03/Carbon%20Capture%20and%20Utilisation.pdf>

Das klimaneutrale Energiesystem zu gesellschaftlich akzeptablen Kosten mitgestalten

Germanwatch konnte in der vergangenen Legislatur zu wichtigen Weichenstellungen für ein klimaneutrales Energiesystem beitragen – von einem klareren Fokus auf grünen Wasserstoff für die Branchen, wo er unverzichtbar ist, über gesellschaftliche Teilhabe bis hin zu Ankerpunkten für klimaneutrale Netze.

Die Energiewende ist das Rückgrat der Transformation zur Klimaneutralität. Grüner Strom ist die wichtigste Grundlage für die Dekarbonisierung fast aller Sektoren – in den kontinuierlich weniger werdenden Fällen, wo dies nicht möglich scheint, in Form von grünem Wasserstoff. Erneuerbaren Energien sind fast immer und auch unter Einbezug der Stromspeicherung die günstigste Stromquelle. Der fortschreitende Ausbau von Photovoltaik (PV) und Windkraft wird deshalb mittelfristig zur Senkung der Stromkosten beitragen – allerdings fällt der Großteil der Kosten hier gleich zu Beginn an, weshalb es zum Teil politische Unterstützung für diese Investitionen bedarf.

Die Transformation des Energiesystems voranzutreiben war eine der Prioritäten der Ampel-Regierung im Bereich Klimaschutz – hier gab es große Fortschritte. Wir setzen uns dafür ein, dass die positiven Entwicklungen auch unter der neuen Bundesregierung vorangehen. Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die gesellschaftliche Akzeptanz und eine gerechte Verteilung von Transformationskosten.

Unser Einsatz für einen zügigen Hochlauf von grünem, also mit Strom aus Erneuerbaren Energien erzeugtem Wasserstoff für die Dekarbonisierung der Industrie hat sich im Endbericht der Systementwicklungsstrategie des Wirtschaftsministeriums niedergeschlagen. Die Debatte über die problematische Rolle von blauem, aus fossilem Erdgas hergestellten Wasserstoff haben wir nach Veröffentlichung eines Diskussionspapiers⁴³ in vielen Gesprächen vorangetrieben. Hierbei sowie auch in einem offenen Brief⁴⁴ an die neue Energieministerin Katherina Reiche haben wir gemeinsam mit Verbänden und Unternehmen der Wasserstoffwirtschaft die Risiken für die Erreichung der Klimaziele und für den Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland hervorgehoben, die sich aus fossilem Erdgas, fossilem Wasserstoff und CO₂-Abscheidung und -Speicherung (Carbon Capture and Storage – CCS) an Kraftwerken ergeben.

Die Energiewende demokratisch gestalten heißt: Teilhabe und Beteiligung fördern, soziale Gerechtigkeit stärken und Bezahlbarkeit sicherstellen. Mit Einführung der gemeinschaftlichen Gebäudeversorgung und Vereinfachungen beim Mieterstrom hat die Bundesregierung im Frühjahr 2024 neue Chancen für die bürgernahe Energieversorgung geschaffen. Um deren Umsetzung zu stärken, hat Germanwatch einen gemeinsamen Appell von 70 Organisationen zur Ausrichtung eines Bürger:innen-Energiegipfels mitkoordiniert⁴⁵. In einem Hintergrundpapier⁴⁶ erörtern wir Chancen und Herausforderungen verschiedener Modelle, insbesondere für die gerechtere Teilhabe einkommensschwacher Haushalte und Mieter:innen. In Hinblick auf eine gerechte Finanzierung der Energiewende beziehen wir gegenüber der Bundesnetzagentur Stellung für eine Netzentgeltsystematik, die Verbraucher:innen schützt und Flexibilität fördert – so etwa bei der Reform der Industrienetzentgelte, der Abschmelzung vermiedener Netzentgelte und der Weiterentwicklung der allgemeinen Netzentgeltsystematik.

Wir arbeiten weiter für die klimaneutralen Netze der Zukunft sowie für Akzeptanz und Beteiligung beim für die Transformation nötigen Netzausbau. Als Vermittlerin zwischen verschiedenen Perspektiven spricht Germanwatch mit Netzbetreibern, Naturschützer:innen und weiteren Expert:innen und befördert dabei ein besseres Verständnis und Kooperation zwischen den

43 <https://www.germanwatch.org/de/91092>

44 <https://www.germanwatch.org/de/93205>

45 <https://www.germanwatch.org/de/91501>

46 <https://www.germanwatch.org/de/91960>

Akteuren. Unsere Expertise bringen wir auch bei nationalen Gestaltungsprozessen ein. Im Rahmen der Systementwicklungsstrategie haben wir uns auch im Berichtszeitraum laufend für ein klimaneutrales, akzeptanzförderndes und partizipatives Energiesystem eingesetzt.

Digitalisierung: Chancen und Risiken im Kontext Nachhaltigkeit und Demokratie

Die vorgezogene Bundestagswahl 2025 prägte auch unsere Arbeit im Bereich Digitalisierung: Gemeinsam mit Partnerorganisationen und Bündnissen wie Bits & Bäume und der Klima-Allianz setzen wir uns für eine ressourcenarme Digitalisierung und die demokratische Gestaltung digitaler Diskursräume ein.

Germanwatch arbeitet weiter an der Verzahnung von Digitalisierung und Ressourcenschutz. Als wichtige Voraussetzung für die Kreislaufwirtschaft und neue zirkuläre Geschäftsmodelle haben wir uns aktiv an der Ausgestaltung Digitaler Produktpässe beteiligt. Diese versprechen, das Informationsdefizit zwischen den verschiedenen Akteuren der Wertschöpfungskette zu verringern. Im Austausch mit Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft entwickelte Germanwatch deshalb Positionen zur Ausgestaltung Digitaler Produktpässe, dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz für Kreislaufwirtschaft⁴⁷ sowie der ressourcenarmen Gestaltung von Informations- und Kommunikationstechnologie. Diese Positionen haben wir bspw. im Rahmen der Entwicklung der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie⁴⁸ oder in die Koalitionsverhandlungen eingebracht.



Digitalpolitischer Winterabend im Dezember 2024.

Eine zentrale Voraussetzung für die Arbeit der Zivilgesellschaft und die Lösung gesellschaftlicher Probleme wie dem Klimawandel sind lebendige, demokratische Diskurse und konstruktive Politikgestaltung. Mit Sorge beobachten wir deshalb, dass digitale Plattformen wie X (vormals Twitter) oder TikTok in ihrer aktuellen Gestaltung den Diskurs polarisieren und die Spaltung der Gesellschaft fördern, antidemokratische Kräfte stärken und zur Ausgrenzung von Minderheiten beitragen. Die zunehmende Verflechtung von ökonomischer, politischer und medialer Macht im Bereich digitaler Plattformen verschärfen die Herausforderungen⁴⁹ – wie insbesondere nach dem Amtsantritt von Donald Trump deutlich wurde. Daher müssen digitale Plattformen wirksam reguliert und um wirkungsvolle gemeinwohlorientierte Alternativen ergänzt werden. Eine von Germanwatch organisierte breite Allianz aus Zivilgesellschaft, Kirchen, Gewerkschaften, Verbraucherschutz und Digitalwirtschaft hat dies im Rahmen der Sondierungsgespräche für die neue Koalition in einem offenen Brief⁵⁰ an Union und SPD eingefordert. Teile der Forderungen finden sich auch im Koalitionsvertrag wieder.

In herausfordernden Zeiten bleiben starke Bündnisse unser Pfeiler: Gemeinsam mit dem Bündnis Bits & Bäume, hat Germanwatch deshalb Forderungen für die neue Bundesregierung⁵¹ entwickelt und diese anlässlich des jährlichen Digital-Gipfels der Bundesregierung⁵² oder im Kontext von Bundestagswahl und Koalitionsverhandlungen⁵³ eingebracht.

47 <https://www.germanwatch.org/de/93046>

48 <https://www.germanwatch.org/de/93179>

49 <https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung-und-ki/briefing/demokratie-vs-plattformmacht-ein-aufruf-zur-politischen-gestaltung>

50 <https://www.germanwatch.org/de/93066>

51 https://bits-und-baeume.org/assets/images/pdfs/Bits-und-Baeume_Politische-Forderungen-2025.pdf

52 <https://bits-und-baeume.org/blog/herbstabend24/>

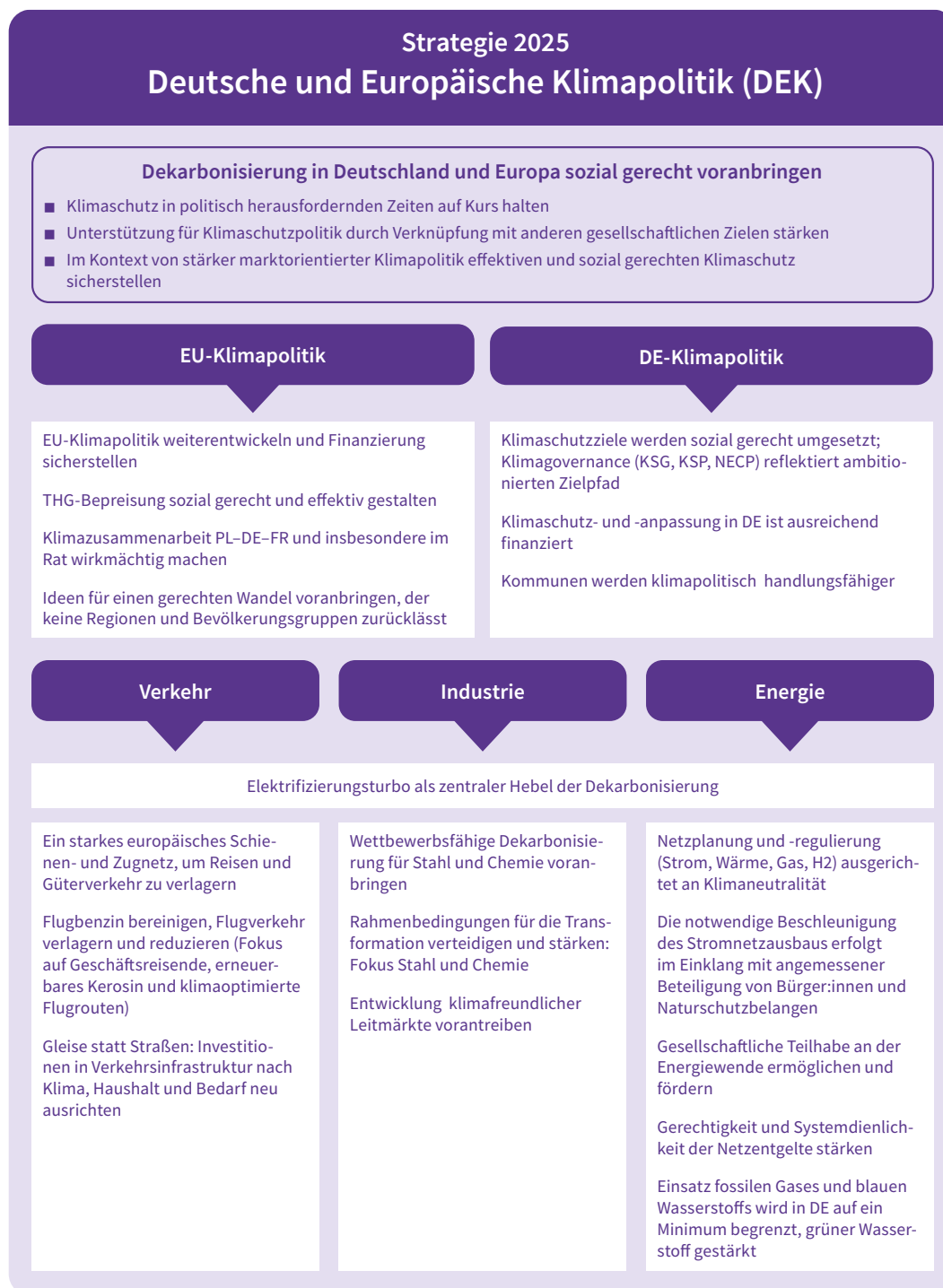
53 <https://bits-und-baeume.org/posts/jahresabschluss24/>

Ausblick: Klimaschutz und Demokratie-Erhalt zusammenführen – sozialer Ausgleich und Wettbewerbsfähigkeit

Wir haben für Fortschritte beim Klimaschutz viele globale technologische Trends auf unserer Seite: Die Erneuerbaren Energien werden immer mehr zur günstigsten Energieerzeugungsform. Batteriespeicher drängen als kostengünstige Ergänzungen zur Glättung von Erzeugungs- und Nachfragespitzen auf den Markt – zunehmend wird deren Potenzial realisiert, auch längere Phasen ohne ausreichend Wind- und Sonnenstrom zu überbrücken. Hinzu kommt der globale Megatrend zur Elektrifizierung, der den Bedarf der – bisher meist fossilen – Primärenergie pro Dienstleistung drastisch verringert und im Verbund mit erneuerbarem Strom auch die meisten anderen Sektoren effizient dekarbonisieren kann. Deutschland ist bei diesem Trend – genauso wie bei der Flexibilisierung der Stromnachfrage – bei weitem nicht führend und sollte schon aus industrie- und wirtschaftspolitischen Motiven ein starkes Interesse daran haben, hier nicht abgehängt zu werden.

Zugleich sehen wir ebenso global einen sich intensivierenden Abwehrkampf der fossilen Industrien und ihrer Verbündeten zur Verlängerung des fossilen Geschäftsmodells – die Regierung von Donald Trump ist dabei nur die Speerspitze. Auch in Deutschland drohen Lock-Ins in fossile Infrastrukturen, die technologisch nicht notwendig und ökonomisch nicht sinnvoll wären. Die Abkehr von fossilen Energien bedeutet für Deutschland und Europa auch, dass sich die in vielen Fällen problematischen Importabhängigkeiten erheblich verringern. Zugleich schaffen es die den fossilen Industrien verbundenen politischen Kräften immer wieder, eine langsamere (oder gar keine) Abkehr von fossilen Energieträgern so darzustellen, als ob diese im Interesse vor allem von Menschen mit geringeren Einkommen läge. Sie nehmen dabei gerne in Kauf, Klimapolitik mit in den Kulturkampf hineinzuziehen, der zunehmend zur Bedrohung für demokratische Politikgestaltung wird. Umso mehr müssen die konstruktiven Kräfte dafür Sorge tragen, dass die Energiewende wirkungsvoll, fair und bezahlbar organisiert wird.

In diesem einerseits hoffnungsvollen, andererseits schwierigen politischen wie gesellschaftlichen Kontext muss zivilgesellschaftliches klimapolitisches Engagement zwei Ziele parallel verfolgen und verhindern, dass diese von den politischen Gegenkräften als Gegensätze beschrieben werden: zum einen die notwendigen Rahmenbedingungen für einen beschleunigten Abkehr von fossilen Energien und Geschäftsmodellen einzufordern und mitzugestalten und dabei auch die industriepolitischen Chancen Deutschlands und Europas klar im Blick zu haben. Und zum anderen auf eine Ausgestaltung dieser Rahmenbedingungen zu drängen, die einen als fair erlebten sozial gerechten Übergang ermöglichen, der niemanden überfordert. Die größte Herausforderung wird in dieser Hinsicht in den kommenden Monaten die Etablierung des EU-ETS 2 sein. Dieser kann nur als Teil eines ausgewogenen und gestärkten Policy Mixes und mit starker sozialer Flankierung gesellschaftlich breit akzeptiert eingeführt werden. Klar ist aber auch: Diejenigen, die -- teils aus vorgeschobenen sozialen Gründen – eine Abschwächung oder gar Aussetzung des EU-ETS 2 fordern und die in einem solchen Fall notwendigen komplementäre Maßnahmen zugleich verhindern, haben kein Interesse an besseren Lösungen, sondern am Scheitern von Klimaschutz.



DE = Deutschland, FR = Frankreich, H2 = Wasserstoff, KSG = Bundes-Klimaschutzgesetz, KSP = Klimaschutzprogramm, NECP = integrierter nationaler Energie- und Klimaplan (National Energy and Climate Plan), PL = Polen, THG = Treibhausgase

Mitarbeiter:innen

	Oldag Caspar Bereichsleiter Deutsche und Europäische Klimapolitik		Dr. Simon Wolf Bereichsleiter Deutsche und Europäische Klimapolitik		Sylwia Andralojc-Bodych Referentin für EU-Klimapolitik und polnisch-deutsche Klimazusammenarbeit
	Kai Bergmann Referent für deutsche Klimapolitik		Johanna Graf Referentin Digitalisierung und Klimaschutz, Kordinatorin Digitalisierung (bis 08/2025)		Marion Guénard Referent für EU-Klimapolitik und französisch-deutsche Klimazusammenarbeit
	Charly Heberer Referent für EU-Klimapolitik		Friederike Hildebrandt Kordinatorin Bits & Bäume		Anja Köhne Referentin für Mobilität – Schwerpunkt klimaneutraler Flugverkehr
	Lena Kollé Referentin für Energiepolitik, Stromnetze und Beteiligungsprozesse (seit 02/2025)		Maryna Larina Referentin für Klimapartnerschaften in Osteuropa (bis 12/2024)		Lukas Latz Referent für Strukturwandelzusammen- arbeit Osteuropa (bis 11/2024)
	Jacob Rohm Referent für Klimafreundliche Mobilität, Kordinator Verkehr		Henri Schmitz Referent für Energiepolitik und Gesellschaft (seit 01/2025)		Tessa-Sophie Schrader Referentin für Energiepolitik und Gesell- schaft, Kordinatorin Energie (bis 10/2024)
	Dr. Simon Schreck Referent für Wasserstoff und Klimaneutralität		Dr. Manfred Treber Berater für Klimawissenschaft und Verkehr		Tim Vollmer Referent für Energiepolitik und Beteiligungsprozesse (bis 11/2024)
	Tilman von Berlepsch Referent für Klimaneutrale Industrie		Johanna Wiechen Referentin für Industrietransformation und Kreislaufwirtschaft		Meret Busch Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben (FSJ-P) 2024/2025 (bis 07/2025)
	Levin Thomas Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben (FSJ-P) 2025/2026 (seit 08/2025)				

Mit Unterstützung von: Ricarda Hille, Lukas Probst, Leoni Rath, Jakob Völp.

Praktikant:innen im Berichtszeitraum: Paula Nipper, Jakob Völp, Leonie Alexandra Wellmer.

Verantwortlich seitens des Präsidiums: Silvie Kreibiehl, Dr. Artur Runge-Metzger.

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Kernziel im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist die **Förderung des „Engagements mit Hand und Fuß“**. Dies meint: über die Reduktion des eigenen ökologisch-sozialen Fußabdrucks hinaus den strukturverändernden Handabdruck für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft so zu vergrößern, dass zugleich demokratisches Handeln gestärkt wird. Wir ermächtigen Lernende und vor allem Bildungsmultiplikator:innen, in ihrem Umfeld die Transformation wirksam mitzugestalten und dabei lokale und globale Veränderungsprozesse im Blick zu haben, konstruktiv voranzutreiben oder anzustoßen.

Mit einem **Fachseminar zu „Zivilgesellschaft unter Druck“** haben wir im Austausch die zunehmend schwierigeren Arbeitsbedingungen für die Zivilgesellschaft thematisiert und sowohl defensive wie offensive Handlungsoptionen erarbeitet. Sorgen machen uns dabei vor allem die Arbeitsbedingungen vieler zivilgesellschaftlicher Akteure im Globalen Süden, aber auch schon in einigen Regionen der EU und Deutschlands. Gemeinsam mit dem Bündnis ZukunftsBildung⁵⁴ setzen wir uns für starke BNE im Bund und in den Ländern ein. Hoffnung macht uns, dass BNE, Demokratiebildung und mentale Gesundheit gut im Koalitionsvertrag verankert sind und an einer wichtigen Stelle betont wird: „Wir unterstreichen die Bedeutung gemeinnütziger Organisationen, engagierter Vereine und zivilgesellschaftlicher Akteure als zentrale Säulen unserer Gesellschaft.“⁵⁵

In zahlreichen Projekten tragen wir wesentlich zur gesellschaftlichen Teilhabe bei und setzen uns gezielt für die **Umsetzung des umweltpsychologischen Konzepts des „Epistemic Fit“** ein, der Passung zwischen der wahrgenommenen Herausforderung und den verfügbaren Handlungsoptionen. Je besser diese Passung gelingt, desto stärker die Erfahrung, durch eigenes Handeln wirksam sein zu können. So ist bspw. die Wirksamkeit um ein Vielfaches größer, wenn eine Gruppe von Kolleg:innen die Einführung von nachhaltigeren Menüs in der Betriebskantine erwirkt, statt sich alleine jeden Tag ein veganes Mittagessen mitzubringen. Oder nicht nur selber mit dem Rad täglich unterwegs sein, sondern sich für bessere Radinfrastruktur in der Kommune, Schule oder im Betrieb einzusetzen. Dieses Engagement für Nachhaltigkeit fördert demokratische Teilhabe – oft ausgehend vom eigenen Umfeld – und trägt zur persönlichen und gesellschaftlichen Resilienz bei.

Dialogformate: Wege aus der Spaltung – Gesellschaftlicher Dialog und Nachhaltigkeit

Wie schaffen wir mehr Austausch- und Begegnungsräume, damit milieuübergreifend Austausch und Verständigung zu Werten, Ängsten, Hoffnungen und Lebensrealitäten wieder erlebt werden?

Demokratie fehlt Begegnung – unter diesem Titel startete Rainald Manthe, Soziologe und Autor das erste Dialogseminar. Demokratie braucht Räume des Zusammentreffens, damit sie dauerhaft funktioniert. Wie können diese Orte und der Austausch darin angestoßen werden? Uns gelang es, neue Zielgruppen direkt anzusprechen, wie beim NRW-Tag am 17./18.8.2024 am Rheinufer in Köln oder als Teilnehmende in unseren Veranstaltungen. Besonders spannend sind Begegnungen außerhalb des üblichen Rahmens, so beim Germanwatch-Infotisch und durch einen Kurzinput auf dem Rotary European Summit, der vom 29. bis 31.8.2024 in Bonn stattfand.

Wir erreichen auch mit Blog-Beiträgen, über Social Media und Podcasts Menschen, die es noch nicht in unsere Veranstaltungen geschafft haben, und ermöglichen so Anstöße über unser engeres Umfeld hinaus.

⁵⁴ <https://www.buendnis-zukunfts-bildung.de/>

⁵⁵ https://www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf (S. 104)

Schwerpunkt schulische und berufliche Bildung

Neben der Germanwatch Klima- und Rohstoffexpedition, die seit 20 Jahren bundesweit an Schulen unterwegs ist, ist der Bildungsbereich mit vielen weiteren Projekten und Aktivitäten in diesem Kontext wirksam.

BNE in die Lehrer:innenausbildung

BNE ist in der Lehrer:innenausbildung vielerorts noch nicht systematisch verankert, sondern wird häufig lediglich als Randthema einzelner Fächer behandelt oder im Engagement einzelner Menschen erlebt. Unser Ziel ist es jedoch, Nachhaltigkeit als grundlegendes Prinzip und als Grundgewebe in allen Bildungsprozessen zu etablieren.

In den letzten Jahren konnten wir uns zunehmend in die Lehrer:innenaus- und fortbildung einbringen. Fortbildungen für Lehramtsanwärter:innen, Lehrer:innen und Fachleiter:innen gehören mittlerweile zum festen Bestandteil unserer Arbeit. Dabei ist es uns ein besonderes Anliegen, Lehrkräfte zu ermutigen, sich mit Überzeugung und konkretem Handeln für nachhaltige Bildung einzusetzen und Schulen, gemäß des sog. Whole-Institution-Ansatzes hin zu Vorbildern gelebter Nachhaltigkeit und gelebten Engagements weiterzuentwickeln. Nicht indem wir ein schlechtes Gewissen erzeugen, sondern indem wir zum Vergrößern des Handabdrucks in Schule und Gesellschaft ermutigen, um die Zukunftsfähigkeit für Schüler:innen und Demokratie zu erhöhen.

Diese Haltung wird durch zentrale bildungspolitische und rechtliche Grundlagen gestützt:

- Die UNESCO-Roadmap BNE 2030 fordert, dass BNE die „tieferen strukturellen Ursachen einer nicht nachhaltigen Entwicklung“ in den Fokus rückt⁵⁶;
- Die Dublin-Erklärung zum Globalen Lernen⁵⁷ hebt die „transformative Kraft“ des Globalen Lernens hervor;
- Auch die Rückbesinnung auf konstituierende rechtliche Grundlagen wie das Grundgesetz (Art. 20 GG) und seit März 2025 Art. 143h GG zum Sondervermögen für „Klimaneutralität bis 2045“ unterstreichen die Verantwortung von Bildung für Demokratie, Nachhaltigkeit und Frieden.

Diese Grundlagen machen deutlich: Neutralität gegenüber der Verfassung und den von Deutschland ratifizierten internationalen Abkommen im Lehrer:innenberuf widerspricht dem Bildungsauftrag. Lehrkräfte sind gefordert, Haltung zu zeigen und sich aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung sowie für eine nachhaltige Zukunft einzusetzen.

Do-it-Guide – Nachhaltigkeit am Arbeitsplatz

Wir bringen das Konzept des Handabdrucks zu Schüler:innen bei der Berufswahl, zu Berufseinsteiger:innen und in Netzwerk mit beruflichen Aus- und Weiterbildungsakteuren.

Auch wenn die persönliche Absicherung immer wichtiger wird, wollen viele junge Berufstätige mehr als nur einen Job – sie suchen Sinn, Wirkung und Arbeitgeber:innen, die glaubwürdig Verantwortung für Nachhaltigkeit und Demokratie übernehmen. Nachhaltigkeit ist dabei kein „Nice-to-have“ mehr, sondern oft ein zentrales Kriterium für berufliche Entscheidungen.

Wir stellen uns deshalb die Fragen: Wie kann die Aus- und Weiterbildung dieses Potenzial gezielt nutzen? Welche Angebote der Aus- und Weiterbildung können Berufstätige dazu befähigen, sich am Arbeitsplatz für eine nachhaltige Zukunft einzusetzen – und sie aktiv mitzugestalten?

⁵⁶ https://www.unesco.de/assets/dokumente/Deutsche_UNESCO-Kommission/02_Publikationen/Publikation_Bildung_f%C3%BCr_nachhaltige_Entwicklung_Eine_Roadmap.pdf (S. 18)

⁵⁷ https://static1.squarespace.com/static/5f6decace4ff425352eddb4a/t/66f522a892937240b4e692da/1727341231168/GE2050-declaration_DE.pdf

Wir haben dazu den Do-it-Guide „Handabdruck für mehr Nachhaltigkeit am Arbeitsplatz“⁵⁸ entwickelt, mit dem wir Arbeitnehmer:innen dafür begeistern wollen, eine zukunftsfähige Gesellschaft mitzugestalten. Der Do-it-Guide ist für Arbeitnehmer:innen, die Veränderungen selbst in die Hand nehmen wollen. Mithilfe eines Baukastens und vieler praktischer Tools und Anhand von Beispielen zeigt er, wie sie sich wirkungsvoll für strukturelle Veränderungen an ihrem Arbeitsplatz und dessen Umfeld einsetzen können.

Immer systematischer vernetzen wir uns im Projekt mit Akteuren der Aus- und Weiterbildung (u. a. Next Economy Lab – NELA, Bundesinstitut für Berufsbildung – BIBB, Green Teams Netzwerk) und haben die Erkenntnisse im Berichtszeitraum auch in zahlreichen Workshops (analog und digital) in die Praxis der beruflichen Bildung eingebracht.

#climatechallenge – Lernorte für Klimaschutz und demokratische Praxis

Durch die Reflektion der Methodik und psychologischen Wirkung des Fußabdrucks kommen Lernende zum Engagement mit dem Handabdruck – schulisch, außerschulisch und in Kommunen.



Mit dem Anfang 2023 gestarteten Verbundprojekt #climatechallenge⁵⁹ konnten wir ein deutschlandweites Netzwerk von gut 30 Multiplikator:innen aufbauen – die sog. Climate Challenger:innen. Dadurch ist ein stabiler Pool entstanden, auf den wir für die Durchführung von Kompaktschulungen für weitere Multiplikator:innen, für die Begleitung von #climatechallenges in Schulen, Hochschulen, außerschulischen Lernorten sowie für die Unterstützung kommunaler Akteure zurückgreifen können. Durch das flankierende Monitoring, durch Feedbackgespräche und auch Reflexion und Evaluierung während mehrtägiger Präsenzs Schulungen konnte das Bildungsformat gemeinsam weiterentwickelt werden. Aus dem ko-kreativen Lernprozess zwischen Projektteam und Multiplikator:innen sind inzwischen – über die engere Projektarbeit hinaus – u. a. auch Hochschulabschlussarbeiten über die #climatechallenge entstanden.

„Einüben“ von demokratischem Handeln durch die Handprint-Challenges – transformative Bildung & Engagement im „echten“ Leben



Die ausgebildeten Climate Challenger:innen während ihrer letzten Präsenzs Schulung im Juni 2025.

Die #climatechallenge ermöglicht den Teilnehmenden ein Lernen im „echten“ (gesellschaftlichen bzw. politischen) Leben. Das mehrteilige Workshopkonzept beginnt mit einem einmonatigen Selbstexperiment, in dem man versucht, seinen CO₂-Fußabdruck zu reduzieren. Es folgt eine mehrmonatige „Handprint-Challenge“ als Selbstexperiment in der Kleingruppe, bei der gemeinsam an der Veränderung von Strukturen im eigenen Umfeld angesetzt wird. Bereits mehr als 600 Menschen haben an einer durch eine:n Climate Challenger:in begleiteten #climatechallenge teilgenommen. Entstanden sind dabei verschiedene Handabdruck-Projekte wie z. B.

die Umstellung auf vegetarisches oder veganes Essen in der Mensa bzw. beim Catering eines Karnevalsvereins oder Initiativen für nachhaltigere Mobilität, u. a. die Anregung auf kommunalpolitischer Ebene, die Hochschule mit einer direkten Buslinie zum Zentrum anzubinden. Die #climatechallenge hat bereits über 500 Multiplikator:innen deutschlandweit ausgebildet.

⁵⁸ <https://www.germanwatch.org/de/93163>

⁵⁹ <https://www.climatechallenge.de/#die-challenge>

#MitmischenNRW – wirksame Jugendbeteiligung verankern

#MitmischenNRW ist das Jugendbeteiligungsprojekt zur NRW-Nachhaltigkeitspolitik, es bringt Jugendliche mit politischen Entscheidungsträger:innen in NRW zusammen und stärkt Engagement für Nachhaltigkeit und Demokratie durch praxisnahe Workshops.

Gespräche junger Menschen mit Landtagsabgeordneten

Mit dem Projekt #MitmischenNRW⁶⁰ ermöglichen wir in Kooperation mit dem Landesjugendring seit 2023 jungen Engagierten aus Nordrhein-Westfalen (NRW), ihre Anliegen in die Landespolitik einzubringen. In einem Mentoring-Prozess (2024 – 2025) fanden insgesamt 37 Dialogtermine zwischen jungen Engagierten und Mitgliedern des Landtags sowie Minister:innen aus NRW statt, in denen die jungen Menschen ihre Impulse und Fragen zum Nachhaltigkeits-Prozess auf Landesebene einbringen konnten. Im Fokus der Gespräche standen u. a. das Wahlrechtsalter, eine nachhaltige Transformation städtischer Infrastruktur und die Möglichkeiten einer strukturellen Etablierung einer Ansprechperson für Jugendthemen in der Landes-Exekutive. Die Engagierten im Alter von 16 bis 26 Jahren konnten wir in diesem Prozess durch eine pädagogische Fachkraft begleiten.



MitmischenNRW geht weiter

Das Mentoring-Programm von #MitmischenNRW startet ab Sommer 2025 in eine zweite Runde. Junge Engagierte aus NRW genauso wie politische Entscheidungsträger:innen sind dazu eingeladen, in den Dialog rund um Prozesse und Herausforderungen nachhaltiger Entwicklung einzutreten. Die jungen Engagierten werden durch Fortbildungen auf den Dialogprozess vorbereitet.

Psychologische Erkenntnisse in der Umsetzung von Transformationsprozessen nutzen – ein Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis

Das Projekt zeigt, wie psychologische Forschung zu Wahrnehmung, Emotion und Verhalten dazu beitragen kann, Nachhaltigkeitsmaßnahmen gerechter und wirksamer zu gestalten.

Praktiker:innen stehen vor zahlreichen Herausforderungen, wenn sie den Wandel hin zu einer gerechten Zukunft gestalten wollen. Psychologische und bildungswissenschaftliche Forschungserkenntnisse zeigen, dass es für die Umsetzung von Nachhaltigkeitsmaßnahmen fundamental ist, wie wir mit Herausforderungen umgehen, wie wir die Herausforderungen emotional verarbeiten und als wie wirkungsvoll und gerecht wir Maßnahmen wahrnehmen.

Nachhaltigkeit gelingt besser, wenn Maßnahmen gerecht sind und auch als gerecht wahrgenommen werden

Vor diesem Hintergrund haben wir 2024 den Austausch über Erkenntnisse aus sozial-, kognitions- und umweltpsychologischer Forschung gefördert⁶¹ und in Kooperation mit dem Zentrum für Transformationsforschung und Nachhaltigkeit (transzent) der Bergischen Universität Wuppertal eine Reihe von drei Fachtagungen durchgeführt. Wir haben renommierte Wissenschaftler:innen aus Psychologie, Verhaltens- und Kommunikationswissenschaften in Austausch gebracht mit

⁶⁰ <https://www.germanwatch.org/de/mitmischennrw>

⁶¹ <https://www.germanwatch.org/de/90653>

Praktiker:innen, die Transformationsprozesse in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft vorantreiben. Ziel der Reihe war es, Einblicke in relevante Forschungsergebnisse aus der Psychologie und daran angrenzenden Wissenschaften zu geben und die Anwendung in der Entwicklung, Durchführung und Kommunikation von Nachhaltigkeitsprojekten zu fördern. Dabei ging es um die Erklärung von Zusammenhängen zwischen menschlicher Wahrnehmung, Kognition, Emotion, Motivation und Verhalten im Umgang mit Nachhaltigkeitskrisen und Lösungsansätzen. Die Erkenntnisse der Reihe wurden in drei Kurzdossiers veröffentlicht:

- Wahrnehmung und Akzeptanz von Klimapolitik in Deutschland⁶²
- Politische Meinungsbildung und Einstellungsänderung zu Klimapolitik⁶³
- Emotionen und ihre Rolle in der politischen Kommunikation der Klimakrise⁶⁴

Die Erkenntnisse stoßen seit ihrer Veröffentlichung auf rege Nachfrage von verschiedenen Akteur:innen in Politik, Verwaltung, bei Stiftungen und im Bildungssektor.

NRW-Fachpromotor Klima und Entwicklung

Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit fand unter dem Slogan „Leben und Mitgestalten in der Transformation“ statt – dies prägte den Austausch und die Bildungsarbeit mit den Fachpromotor: Die NRW-Fachpromotor:innen vermitteln aktuelle Inhalte zu Globalem Lernen und BNE, zur Agenda 2030/SDGs⁶⁵ und dem nationalen und internationalen Klimaprozess.

Ziel ist es, die Wirksamkeit unserer Arbeit weiter zu steigern. Der Germanwatch-Fachpromotor stärkt die Wirkung zivilgesellschaftlichen Engagements, indem er gezielt mit (Bildungs-)Multiplikator:innen und Entscheidungsträger:innen zusammenarbeitet. So konnten bereits Fortbildungen für Fachleiter:innen und Lehrkräfte sowie Schulungen für Mitarbeiter:innen erfolgreich umgesetzt werden.

Besondere Highlights des Germanwatch-Fachpromotors⁶⁶ waren im Berichtszeitraum Vorträge auf dem 58. Seminartag des Bundesarbeitskreis Lehrerbildung e. V. (bak) in Dortmund im September 2024 zu BNE und mit dem Forum NIL (non-formales und informelles Lernen) der Nationalen Plattform BNE auf der didacta im Februar 2025 in Stuttgart. Beide Veranstaltungen waren geprägt durch die Suche nach demokratiestärkenden Formaten. Dabei wurde deutlich: Demokratie lernt und belebt man durch Teilhabe. Dies ist ein lebenslanger Prozess. Er setzt die Auseinandersetzung mit den Strukturen, die unser Handeln beeinflussen, voraus. um diese dann im realen politischen Raum verändern zu können. Auch aus den Erfahrungen auf der didacta konnten wir an einem in der Abstimmung befindlichen Papier der Nationalen Plattform BNE im Bundesbildungsministerium zu BNE und gesellschaftlichem Zusammenhalt mitwirken.

Ausblick – #Transformation gemeinsam gestalten

Die notwendige Transformation so gestalten, dass Demokratie mit Leben gefüllt wird – mit diesem Anspruch entwickeln wir Bildungsangebote und Hintergrundmaterialien und führen sie selbst durch.

Für junge Menschen zwischen 13 und 18 Jahren wollen wir zu den Themen Nachhaltigkeit, Engagement und demokratische Teilhabe Zugänge gestalten.

62 <https://www.germanwatch.org/de/91622>

63 <https://www.germanwatch.org/de/91625>

64 <https://www.germanwatch.org/de/91859>

65 SDGs = Sustainable Development Goals (Ziele für nachhaltige Entwicklung)

66 <https://www.germanwatch.org/de/promotorinnenprogramm>

Dafür werden wir 2025/2026 ein webbasiertes Bildungstool entwickeln – den Futur-O-Mat –, der im Kontext formaler und non-formaler Bildungsangebote als Tool verwendet werden kann. Mit dem Futur-O-Mat können Nutzer:innen ihren eigenen Zukunftscharakter (Avatar) designen und werden anschließend angeleitet, eine positive Zukunftsvision zu entwickeln und sich mit ihren persönlichen Werten und Stärken in dieser positiven Zukunft zu verorten.

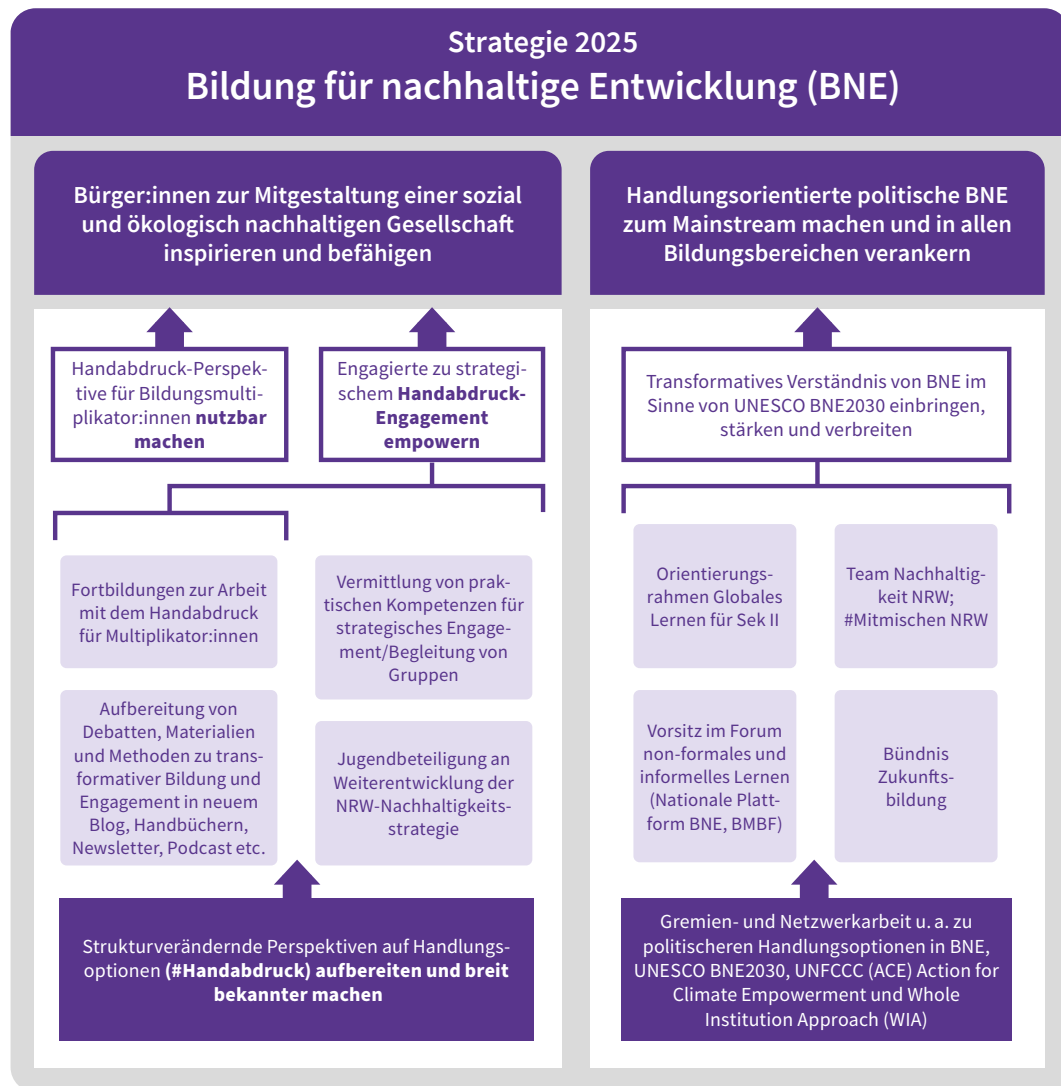
Mit diesem spielbasierten Bildungsansatz (Game Based Learning) entwickeln wir einen niedrigschwelligen und freudvollen Einstieg ins Nachhaltigkeitsdenken. Der Futur-O-Mat kann zunächst digital und analog, alleine und in Gruppen genutzt werden. Er führt ein in einen Handabdruck-Lernprozess. Damit bieten wir Bildungsmultiplikator:innen ein Tool und eine Methode, um insbesondere junge Menschen mit Nachhaltigkeitsthemen zu erreichen, die sich bisher nicht für diese Themen interessiert haben.

Aufbauend auf der dreiteiligen Reihe „Psychologie & Transformation“ schaffen wir am 11. und 12. September 2025 mit der Konferenz „Zukunft gerecht machen“⁶⁷ einen Begegnungs- und Dialograum schaffen, in dem die Teilnehmenden wissenschaftliche Erkenntnisse zu Transformation und Gerechtigkeit kennenlernen, vertiefen und diskutieren können. Im Fokus steht die konkrete Anwendung der Erkenntnisse auf Ihre Praxisfelder. Das Format macht Lösungsansätze sichtbar und bietet Raum für konstruktiven Austausch. Die Teilnehmenden lernen in Panels, Workshops und Barcamps von Expert:innen aus verschiedenen Transformationsbereichen. Die Erkenntnisse können sie direkt in ihrer Praxis anwenden.

Die Zielgruppe sind Wissenschaftler:innen, Praktiker:innen und Entscheidungsträger:innen, die Nachhaltigkeitsmaßnahmen in ihren jeweiligen Bereichen (u. a. Politik, Verwaltung, Bildung, Zivilgesellschaft, Wirtschaft) umsetzen.

Mit dem Bündnis ZukunftsBildung werden wir rasch den Kontakt mit den neuen bildungspolitischen Sprecher:innen der Fraktionen ausbauen und die enge Zusammenarbeit in der Nationalen Plattform BNE und dem Team BNE im Bildungs- und Familienministerium fortsetzen. Dabei ist die Entwicklung passender, motivierender Narrative für ein gutes Leben und eine nachhaltige Zukunft ein Baustein unserer Arbeit. Einen größeren Schritt wollen wir dabei gehen, wenn wir die Erfahrungen aus dem Dialogprojekt einer breiteren Akteurslandschaft vorstellen und diskutieren. Diese Konferenz wird vom 4. bis 6. Mai 2026 in Münster stattfinden (Arbeitstitel: „BNE und Globales Lernen als Treiber von gesellschaftlichen Dialogen“).

67 <https://www.germanwatch.org/de/93041>



BMBF = Bundesministerium für Bildung und Forschung, UNFCCC = UN-Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change)

Mitarbeiter:innen

	Stefan Rostock Bereichsleiter Bildung für nachhaltige Entwicklung, NRW-Fachpromotor für Klima & Entwicklung		Daniela Baum Referentin – Bildung für nachhaltige Entwicklung		Melanie Gehenzig Referentin – Bildung für nachhaltige Entwicklung
	Marie Heitfeld Referentin – Bildung für nachhaltige Entwicklung		Aylin Lehnert Referentin – Bildung für nachhaltige Entwicklung (bis 06/2025)		Carina Spieß Referentin – Bildung für nachhaltige Entwicklung
	Dr. Katja Thiele Referentin – Bildung für nachhaltige Entwicklung		Thea Stellpflug Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben (FSJ-P) 2025/2026 (seit 08/2025)		Simon Zerzawy Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben (FSJ-P) 2024/2025 (bis 07/2025)

In Zusammenarbeit mit dem Team von Geoscopia (Ramona Ehl, Martin Fliegner, Doro Fliegner, Birgitt Gernhardt, Michael Geisler, Holger Voigt).

Mit Unterstützung von: Pascal Schiffmann.

Praktikant:innen im Berichtszeitraum: Katharina Happak, Zoe Kabaßer, Christian Kessler, Moritz Richter, Klara Marlene Weihrauch, Luisa Maria Wotruba.

Verantwortlich seitens des Präsidiums: Silvie Kreibiehl, Prof. Dr. Maike Sippel.

Pressearbeit

Selten haben wir binnen zwölf Monaten an so vielen verschiedenen Stellen Hebel für Demokratie und gelingende Transformation angesetzt wie im vergangenen Berichtszeitraum: eine beim Bundesverfassungsgericht eingereichte **Zukunftsklage**, die **Begleitung von Wahlkampf, Koalitionsverhandlungen und der ersten Phase der neuen Bundesregierung**, die **Weltklimakonferenz (COP)**, mehrere **Indizes und Berichte** sowie das **Urteil in der Klimaklage des Peruaners Saúl Luciano Lliuya gegen RWE**. Dabei haben wir immer wieder nicht nur reagiert, sondern auch selbst konstruktive Agenden vorangetrieben – und unsere Reichweite im Vergleich zum Vorjahreszeitraum signifikant steigern können. Der Großteil des Zuwachses war auf die enorme Medienresonanz im Fall Saúl gegen RWE zurückzuführen. Aber auch die Zahl unserer Gastbeiträge und Hintergrundgespräche mit Journalist:innen hat im Vergleich zum Vorjahreszeitraum noch einmal etwas zugenommen. Germanwatch-Expert:innen werden von immer mehr Medien und in immer mehr Themenbereichen als kompetente und seriöse Ansprechpartner:innen geschätzt – auch in der internationalen Presselandschaft. Diese Entwicklung wollen wir fortsetzen und u. a. mit internen Interview-/O-Ton-Fortbildungen noch intensiver unterstützen.

Mit viel Expertise Mut zu gelingender Transformation machen

Mit unserer Pressearbeit tragen wir zu kompetenter und analytischer Berichterstattung bei. Mit Pressemitteilungen, Gastbeiträgen und Hintergrundgesprächen gelingt es uns, nicht nur Probleme und Herausforderungen aufzuzeigen, sondern auch für konstruktive Lösungen im Sinne von Demokratie und Transformation zu werben.

Mit Blick auf die quantitative Medienresonanz war die Klimaklage Saúl vs. RWE vor dem Oberlandesgericht (OLG) Hamm das überragende Thema des Berichtszeitraums. Allein online haben wir weltweit über 5.400 Berichterstattungen gezählt, in knapp der Hälfte wurde auch die Rolle von Germanwatch erwähnt. Für uns machte dieses Thema gut ein Viertel aller Medienbeiträge im Berichtszeitraum aus und nach unseren Recherchen dürfte es in der Geschichte von Germanwatch bisher kein Thema mit einer weltweit so breiten Berichterstattung gegeben haben. Wir waren damit in zahlreichen Leitmedien vertreten: Von BBC⁶⁸ über New York Times⁶⁹, Guardian⁷⁰, Times of India⁷¹ und AP⁷², bis hin zu La Nación⁷³, El País⁷⁴, den meisten deutschen TV- und Radionachrichten (z. B. Tagesschau⁷⁵), Spiegel⁷⁶ oder Financial Times⁷⁷. Es ist uns dabei in der Pressearbeit mit Pressemitteilungen, Hintergrundinformationen, Gastbeiträgen und Briefings gemeinsam mit Partnern gelungen, trotz der auf den ersten Blick abschlägigen Entscheidung des Gerichts im konkreten Einzelfall den historischen Durchbruch des Grundsatzteils herauszuarbeiten: die grundsätzliche Anerkennung, dass große Emittenten für den Schutz der Menschen – wegen der durch den Klimawandel geschaffenen globalen Nachbarschaft auch in Ländern des Globalen Südens – vor von ihnen mitverursachten Klimarisiken aufkommen müssen. Die meisten Medien berichteten breit in diese Richtung, viele folgten auch unseren Ausführungen dazu oder kommentierten in ähnlicher Art und Weise. Mehr zu diesem Fall auf Seite 69.

Eine sehr aktive Rolle spielten wir auch während der wichtigen Phase der Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung nach der Bundestagswahl. Ein knappes Viertel unserer insgesamt rund 80 Pressemitteilungen im Berichtszeitraum hatte einen direkten Bezug zu der Bundespolitik nach der

68 <https://www.bbc.com/news/articles/c5y5lwveqzno>

69 <https://www.nytimes.com/2025/05/28/climate/rwe-lawsuit-peru-farmer-germany.html>

70 <https://www.theguardian.com/world/2025/may/28/rwe-peruvian-farmer-court-germany>

71 <https://timesofindia.indiatimes.com/world/rest-of-world/german-court-to-rule-on-peruvian-farmers-climate-fight/article-show/121453759.cms>

72 <https://apnews.com/article/alemania-peru-agricultor-juicio-glaciares-rwe-clima-0b7d3989b67426733b51d8e015f3a597>

73 <https://www.lanacion.com.ar/agencias/por-que-la-derrota-judicial-de-un-agricultor-peruano-puede-ser-una-victoria-para-la-justicia-nid28052025/>

74 <https://elpais.com/america-futura/2025-05-31/ganar-perdiendo-como-un-agricultor-peruano-trae-esperanzas-a-la-justicia-climatica.html>

75 <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/peru-rwe-klimaklage-faq-100.html>

76 <https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/rwe-klima-klage-von-bauer-aus-peru-gescheitert-warum-klimaaktivisten-trotzdem-feiern-a-f6aad06-e10a-4295-9872-affdb91c57ad>

77 <https://www.ft.com/content/76e4715e-88a7-48e6-898e-a8ed886cdd5f>

Wahl und den ersten Entscheidungen der neuen Regierung, insbesondere zur Ausgestaltung des beschlossenen Sondervermögens und zur Stellung des Klimaschutzes dabei. Unsere Analysen⁷⁸ wurden auch in Leitmedien mehrfach aufgegriffen, u. a. bei ZDF heute⁷⁹, in der Süddeutschen Zeitung⁸⁰ und im Handelsblatt⁸¹.

Auch aus den Germanwatch-Bereichen Unternehmensverantwortung, Welternährung/Landnutzung/Handel und Zukunftsfähige Finanzflüsse konnten wir wichtige Akzente in der Berichterstattung senden. So kommentierten wir neben wichtigen internationalen Konferenzen (u. a. COP, G20, G7, Weltbank/Internationaler Währungsfonds – IWF, UN Financing for Development Conference – FfD4) mehrfach mit konstruktiver Kritik die verschiedenen Deregulierungen im Rahmen des sog. Omnibus-Gesetzgebungsverfahrens⁸² auf EU-Ebene. Wir konnten damit u. a. Wirtschaftsmedien, Agenturen und Fachmedien erreichen⁸³.

Anfang des Jahres 2025 veröffentlichten wir einen Bericht zu Großemittenten in der Fleisch- und Milchindustrie, mit dem wir eine breite Resonanz u. a. bei Nachrichtenagenturen wie dpa und in der Tagespresse erzielten⁸⁴ – auch die Fleisch- und Milchwirtschaft sah sich zu einer Reaktion gezwungen.

Nach einer mehrjährigen Pause veröffentlichten wir im Vorfeld der Münchner Sicherheitskonferenz den methodisch weiterentwickelten Climate Risk Index (CRI; Klima-Risiko-Index). Trotz der reinen Online-Pressekonferenz kamen wir in den Wochen danach auf rund 2.000 Berichterstattungen, darunter knapp die Hälfte mit Nennung von Germanwatch. Der Index schlug neben Deutschland besonders in den USA, Italien, Indien und Pakistan hohe Wellen – also insbesondere Staaten, die im Index wegen der starken Betroffenheit weit oben rangierten. Überdies erschien Ende Mai in der ZEIT (Nr. 17/2025, S. 44) eine ganzseitige Grafiksammlung unter dem Titel „Sturm, Flut und Hitze“, die zu großen Teilen auf den Daten unseres Index beruhte.

Umfassend war wie in den Vorjahren unsere Pressearbeit rund um die Weltklimakonferenz in Baku (COP29). Mehr als ein Viertel unserer Medienresonanz erzielten wir in diesem Zeitraum, insbesondere mit unserem viel zitierten Climate Change Performance Index (CCPI; Klimaschutz-Index), über den wir mehr als 1.800 Berichterstattungen zählten. Vor allem in der Endphase der COP29 waren unsere Expert:innen wieder eine von den Medien viel gefragte Quelle zu Hintergründen und Einschätzungen, mehrere Hintergrundrunden von uns vor Ort waren insbesondere von deutschsprachigen Journalist:innen sehr gefragt.

Noch professioneller auf allen Medienkanälen

Nicht nur in der Klimadebatte ist die Expertise von Germanwatch immer häufiger gefragt – auch für Interviews und O-Töne. Mit internen Schulungen und Unterstützung aus der journalistischen Praxis machen wir noch mehr Kolleg:innen fit für seriöse und überzeugende Auftritte vor Mikro und Kamera.

So breit und vielfältig wie das Themenspektrum von Germanwatch ist inzwischen auch die Gruppe derer, die darüber mit den Medien in Kontakt treten. Wir wollen möglichst viele unserer Expert:innen fit für den direkten Dialog mit Journalist:innen machen – eine Entwicklung, die wir bereits seit Jahren vorantreiben. Im vergangenen Berichtszeitraum haben wir begonnen, mit der ehrenamtlichen Unterstützung des ehemaligen WDR-Wissenschaftsredakteurs Detlef Reepen mehr Kolleg:innen praxisnah noch besser für Interviews und O-Töne zu qualifizieren. Diese Fortbildungen zeigen bereits Erfolge: Viele Kolleg:innen fühlen sich deutlich wohler und sicherer in Interviewsituationen. Und

78 u. a. hier: <https://www.germanwatch.org/de/93089>, hier: <https://www.germanwatch.org/de/93098> und hier: <https://www.germanwatch.org/de/93190>

79 <https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/klimawandel-schutz-transformationsfonds-sondervermoegen-milliarden-100.html>

80 <https://www.sueddeutsche.de/wissen/klimaschutz-sondierungspapier-deutschland-eu-usa-li.3216591>

81 <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/koalition-was-schwarz-rot-fuer-die-junge-generation-plant-und-was-nicht/100121458.html>

82 Gesetzesinitiative, die Änderungen in mehreren Bereichen oder an verschiedenen bestehenden Regelwerken gleichzeitig einführt.

83 <https://www.stern.de/capital/eu-kommission-stellt-massnahmen-fuer-wirtschaftswachstum-vor-35503572.html>

84 <https://www.finanzen.net/nachricht/aktien/studie-fleisch-und-milchkonzerne-tragen-erheblich-zur-klimakrise-bei-14170007>

dies zeigt sich auch im Ergebnis. Es gelingt den Expert:innen öfter, die richtigen Kernbotschaften zu setzen und diese auch so zu formulieren, dass sie verstanden werden und im Gedächtnis bleiben.

Auch das Schreiben von Pressemitteilungen vertiefen wir in internen Schulungen, um unsere Botschaften zielgerichtet und verständlich an ein breites Publikum zu kommunizieren. Neben Form- und Inhaltsgestaltung wollen wir den Kolleg:innen vor allem auch näherbringen, wie sie in ihren jeweiligen Themenbereichen relevante Presseanlässe erkennen, um im richtigen Moment als starke Stimme den politischen und gesellschaftlichen Diskurs mitzugestalten. In der Vielzahl täglicher Meldungen, die die Redaktionen erreichen und dort nach Relevanz gefiltert werden, ist es wichtig, die Kernbotschaften klar, deutlich und gleichzeitig wissenschaftlich fundiert benennen zu können, damit diese aufgegriffen werden.

Ausblick: Kommunikative Resilienz stärken

Demokratie und die sozial gerechte Transformation sind unter Druck geraten. Massive Kampagnen und – etwa in den USA – sogar rechtliche Schritte und die Zerstörung wichtiger Institute untergraben zunehmend eine an den Ergebnissen der Wissenschaft orientierte Darstellung in den Medien. Die öffentlichen Medien, die eine zentrale Rolle für eine nicht interessengeleitete Berichterstattung inne haben, werden zunehmend unter Druck gesetzt. Attacken gegen Wissenschaftler:innen und zivilgesellschaftliche Organisationen werden häufiger und aggressiver, sie stellen auch die Pressearbeit vor neue Herausforderungen, denen wir uns engagiert stellen.

Angriffe auf die Zivilgesellschaft, der das Bundesverfassungsgericht neben den demokratischen Parteien eine zentrale Rolle bei der gesellschaftlichen Meinungsbildung zuschreibt, sind Angriffe auf die freiheitliche Demokratie. Im politischen, medialen und gesamtgesellschaftlichen Diskurs wird immer öfter Stimmung gemacht gegen zivilgesellschaftliche Organisationen. Um weiterhin gute Arbeit leisten zu können, müssen wir unsere Widerstandsfähigkeit erhöhen – auch und gerade mit einer starken Kommunikationsstrategie. Mit prägnanter, fundierter, seriöser Pressearbeit wollen wir ein kommunikatives Gegengewicht schaffen, das z. B. Desinformation entlarvt. Unsere gut aufbereitete Wissensvermittlung setzt auf Bildung und Dialog anstatt auf weitere Spaltung unserer Gesellschaft. Wir wollen zum Hinschauen einladen, unsere Analysen in die Debatte einbringen und einladen, den eigenen gesellschaftlichen Handabdruck zu vergrößern. Der Druck wird größer, deshalb werden wir stärker als bisher unsere Kommunikationsresilienz durch strategische Planung – intern, aber auch in Bündnissen mit anderen Organisationen – zugleich auf Krisenkommunikation ausrichten. Wir wollen nicht in erster Linie auf polemische Angriffe reagieren, sondern vor allem die wirklich drängenden Dinge auf die gesellschaftliche Tagesordnung setzen.

In diesem Sinne werden wir auch die Medienkompetenz unserer Kolleg:innen in den politischen Bereichen noch weiter fördern und professionalisieren. Dafür werden wir noch stärker auf interne Schulungen mit externer, großteils ehrenamtlicher, Unterstützung setzen. Unser Ziel ist es mittelfristig, dass es in jedem politischen Bereich mehrere Kolleg:innen gibt, die sich sicher vor Mikrofon und Kamera fühlen. Dabei werden wir ein besonderes Augenmerk auf Diversität legen und darauf, dass neben dem geschäftsführenden Vorstand Politik sowohl die Ebene der Bereichsleitung als auch dort, wo sie fundierte Expertise haben, Referent:innen empowert werden.

Mitarbeiter:innen



Stefan Küper
Pressesprecher,
Bereichsleiter Pressearbeit



Katarina Heidrich
Pressereferentin

Mit Unterstützung von: Detlef Reepen (ehrenamtlich).

Verantwortlich seitens des Präsidiums: Anne-Kathrin Kirchhof.

Kommunikation und Fundraising

Das deutsche Zivilrecht sieht große Emittenten wie RWE in der Pflicht, Betroffene weltweit vor der Klimakrise zu schützen. So hat es das Oberlandesgericht (OLG) Hamm am 28. Mai 2025 in seinem Urteil in der **Klage von Saúl Luciano Lliuya gegen RWE** verkündet. Ein historisches Urteil – und ein absolutes Highlight in unserer Kommunikationsarbeit im vergangenen Berichtsjahr. Nicht nur auf Social Media, auch in der Presse war Germanwatch rund um das Urteil so präsent wie nie zuvor.

Auf einem Kanal haben wir diesen Erfolg jedoch nicht gefeiert: Seit Mitte 2024 ist **Germanwatch nicht mehr auf X** (vormals Twitter) aktiv. Wir konnten nicht länger auf einer Plattform bleiben, die so wichtige Werte wie Respekt, Demokratie und Wahrheit untergräbt. Gleichzeitig ging die Entscheidung mit einem Reichweitenverlust von Germanwatch einher – ein Dilemma, dem wir uns auch in Bezug auf andere Social-Media-Plattformen ständig stellen müssen. Ein dauerhaftes Ausloten von Vor- und Nachteilen, Chancen und Risiken ohne eindeutige Antworten. Wie Germanwatch sich im Berichtszeitraum in diesem Spannungsfeld bewegt hat, stellen wir nachfolgend dar.

Im letzten Jahr sind wir außerdem mit dem Umsetzen unserer **mehnjährigen Strategie** durchgestartet, neue Mitglieder zu gewinnen und durch Fundraising freie Gelder zu generieren. Ende 2023 verabschiedet, stellt sie seither die Planungsgrundlage für unsere wachsenden Aktivitäten im Fundraising dar. Grundlage der Strategie ist, dass wir die Anliegen, Aktivitäten und Erfolge von Germanwatch noch besser und intensiver kommunizieren, was wir insbesondere auf Infoständen verstärkt umsetzen. Das Berichtsjahr zeigt: Die Bemühungen tragen Früchte – immer mehr Fördermitglieder und Spender:innen unterstützen unsere Arbeit, indem sie die dafür nötigen freien Mittel sichern. Nur durch diese Unterstützung können wir die notwendigen Eigenmittel aufbringen, die von vielen Geber-Institutionen als Kofinanzierung von Projekten vorausgesetzt werden und darüber hinaus weitere Schwerpunkte unabhängig von Projektmittegebern setzen. Wir freuen uns über jede:n Einzelne:n, die:der unsere Arbeit auf diesem Weg unterstützt.

Das Recht auf Klimaschutz: Klimaklagen von Germanwatch

+++ Mündliche Verhandlung und Gerichtsurteil am OLG Hamm +++ Kläger zu Besuch in Deutschland
+++ Wichtiger Präzedenzfall Fall RWE: Historischer Wendepunkt, um Unternehmen für Klimafolgen zur Verantwortung zu ziehen +++ Großes internationales Medienecho +++ Zukunftsklage: Germanwatch, Greenpeace und 54.000 Einzelkläger:innen reichen Verfassungsbeschwerde ein

Historisches Urteil im Fall Saúl Luciano Lliuya gegen RWE

Nach einem fast zehnjährigen rechtlichen Verfahren in der Klimaklage des peruanischen Bergführers Saúl Luciano Lliuya gegen RWE hat das OLG am 28. Mai 2025 sein Urteil verkündet und damit Rechtsgeschichte geschrieben. Denn es legte darin fest, dass Unternehmen mit hohen Treibhausgasemissionen nach deutschem Zivilrecht für die Folgen der Klimakrise zur Verantwortung gezogen werden können. Dieser historische Präzedenzfall schafft für Betroffene weltweit eine rechtliche Grundlage, um die großen Verursacher der Klimakrise an den Kosten von Klimafolgen zu beteiligen – auch über Landesgrenzen hinweg. Das ist ein juristischer Meilenstein. Die von Saúl in der Klage eingeforderte konkrete Unterstützung wurde allerdings in diesem konkreten Fall abgewiesen, da das Gericht das Flutrisiko für sein Grundstück als nicht ausreichend einstufte. Germanwatch hat den Kläger in diesen zehn Jahren unterstützt, insbesondere mit Öffentlichkeits- und Pressearbeit.

Die Urteilsverkündung am 28. Mai erfolgte nach einer zweitägigen mündlichen Verhandlung am OLG Hamm, die im März 2025 stattfand und bei der der Fokus auf dem gerichtlichen Gutachten über das Flutrisiko und die Betroffenheit des Klägers lag. Zu diesem Anlass reiste der Kläger nach

Deutschland. Gemeinsam mit der Stiftung Zukunftsfähigkeit organisierte Germanwatch verschiedene öffentliche Veranstaltungen in Berlin, Hamburg und Hamm, um über das Verfahren zu informieren. Die Verhandlungstage in Hamm haben wir mit einem bunten Rahmenprogramm vor Ort begleitet und Unterstützer:innen so die Möglichkeit gegeben, diesen wichtigen Moment mitzuerleben. Zahlreiche Menschen nahmen diese Gelegenheit wahr und waren vor Ort, um ihre Solidarität mit Saúl zum Ausdruck zu bringen. Direkt zu Beginn des ersten Verhandlungstags stellte der vorsitzende Richter klar: RWE trifft als Großemittenten eine besondere Verantwortung. Weil RWE mit rund 0,4% der globalen Treibhausgasemissionen erheblich zum Klimawandel beigetragen habe, trage das Unternehmen – anders als einzelne Bürger:innen – eine rechtliche Verantwortung für die Folgen der Klimakrise.

Besonders wichtig war es uns, transparent über die Klage und ihre Relevanz für die weitere Rechtssprechung zu informieren. Aus diesem Grund haben wir für deutsche und internationale Medienvertreter:innen Pressebriefings organisiert und rund um die mündliche Verhandlung und die Gerichtsentscheidung zahlreiche Kommentierungen auf Social-Media-Plattformen sowie Pressestatements und -mitteilungen vorbereitet. Wir freuen uns sehr über die große öffentliche Resonanz – nicht nur in Deutschland in den größten Leitmedien, sondern auch in Peru und sogar weltweit (siehe hierzu auch den Bericht zu unserer Pressearbeit auf Seite 66).

Sowohl Saúls Reise durch Deutschland als auch die Gerichtstermine haben wir eng auf Social Media begleitet. Auch diese Kommunikation wurde sehr gut angenommen: Mit mehr als 160.000 Aufrufen auf Instagram, 10.000 Impressionen bei LinkedIn und kanalübergreifend mehreren hundert neuen Follower:innen allein rund um die Urteilsverkündung konnten wir unsere typische Reichweite vervielfachen – ein echtes Highlight unserer Kommunikationsarbeit. Dabei ging es uns einerseits darum, die bewegende Geschichte von Saúl zu erzählen, Menschen emotional einzubinden und so für globale Ungerechtigkeiten zu sensibilisieren. Andererseits wollten wir über die für viele Akteure relevanten faktischen Auswirkungen des Verfahrens informieren. Wir freuen uns, dass dies gelungen ist und sich so viele Menschen sowohl online als auch offline mit Saúl solidarisiert haben.

Der Tag der Urteilsverkündung war historisch und markiert einen Wendepunkt: Zum ersten Mal stellte ein deutsches Gericht unmissverständlich fest, dass große Emittenten eine einklagbare Verantwortung gegenüber Betroffenen für die Folgen der Klimakrise haben. Der vorsitzende Richter sagte deutlich, dass die Haftung von Verursachern der Klimakrise Ausdruck einer „wertebasierten



Gemeinsame Freude über das Urteil.

Ordnung“ sei. Auf fast 60 Seiten führte das Gericht im schriftlichen Urteil aus, warum zivilrechtliche Haftung von Großemittenten dem Grundsatz nach gegeben ist. Dabei ging es darauf ein, dass die Folgen der Klimakrise seit dem Jahr 1965 vorhersehbar waren und ab diesem Zeitpunkt eine Haftung für die größten Emittenten möglich ist.

Nach der Urteilsverkündung haben wir eine Analyse mit den wichtigsten Punkten der Entscheidung zur Verfügung gestellt, Presseinterviews koordiniert und Vorträge an Universitäten und in unseren Partnernetzwerken gehalten. Unsere dreisprachige Website <https://rwe.climatecase.org> informiert weiter über das historische Urteil.

Zukunftsklage: Gemeinsam für sozial gerechten Klimaschutz

Germanwatch hat im September 2024 gemeinsam mit Greenpeace und 54.000 Einzelkläger:innen beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) eine Verfassungsbeschwerde für sozial gerechten Klimaschutz eingereicht – „Zukunftsklage“ genannt. Seitdem hat Germanwatch auf zahlreichen Veranstaltungen die rechtliche und politische Arbeit hinter dem Verfahren genauer beleuchtet. Mit regelmäßigen Newslettern halten wir die Zukunftskläger:innen auf dem Laufenden. Im Sommer 2025 hat das BVerfG die beiden gemeinsamen Beschwerden von Greenpeace und Germanwatch sowie zwei weitere Beschwerden an die Ministerien und Expertengremien mit der Aufforderung zur Kommentierung bis Mitte Oktober zugesandt. Wir gehen nach diesem Schritt davon aus, dass das BVerfG die Zukunftsklage zeitnah zur Entscheidung annimmt und damit auch den Druck auf die Bundesregierung erhöht, um ein grundrechtskonformes Klimaschutzprogramm vorzulegen.

#ByeByeElon, hallo Bluesky: Germanwatch auf Social Media

*+++ Twitter/X im Juni 2024 gemeinsam mit 55 weiteren Organisationen und Unternehmen verlassen
+++ Social-Media-Kommunikation weiter ausgebaut und diversifiziert
+++ Germanwatch analysiert und hinterfragt auch in Zukunft Marktmacht und Einfluss von Big Tech*

In einer sich immer schneller wandelnden digitalen Gesellschaft, in der einige wenige mächtige Konzerne unsere Kommunikation sowie unseren Medienkonsum organisieren und beeinflussen, ist es eine wichtige Aufgabe des Kommunikationsbereichs von Germanwatch, die großen Online-Plattformen kritisch zu analysieren und darauf basierend – abgestimmt mit allen Bereichen und dem geschäftsführenden Vorstand – Rückschlüsse für die eigene Strategie zu treffen.

Im Juni 2024 kamen wir so zu der Entscheidung, gemeinsam in einem Bündnis mit 55 weiteren Organisationen und Unternehmen unsere Präsenz auf der Plattform X – ehemals Twitter – stillzulegen. X bzw. Twitter war bis dato mit über 11.000 Follower:innen unser größter Social-Media-Kanal. Die gemeinsame Kampagne #ByeByeElon erzielte eine beachtliche Reichweite und Resonanz sowohl in den Medien als auch auf der Plattform selbst. Ironischerweise ist der Abschiedspost auf dem Germanwatch-Account mit knapp 240.000 Impressionen unser bisher reichweitenstärkster Social-Media-Inhalt.

Die Gründe für den „eXit“ lagen auf der Hand: Seit der Übernahme von Twitter und der Umbenennung in X im Jahr 2022 hat Tech-Milliardär Elon Musk das Unternehmen und die Plattform sukzessive nach seinen Vorstellungen – vorrangig zur politischen Einflussnahme in einer demokratiefeindlichen Weise – verändert. Tausende Mitarbeiter:innen, u. a. aus den Bereichen Inhalts-Moderation und Sicherheit, wurden entlassen. Der Algorithmus wurde angepasst, um den persönlichen Account von Musk und seinen politischen und gesellschaftlichen rechtsradikal-libertären Überzeugungen entsprechende Botschaften weiter zu verbreiten. Im US-Wahlkampf 2024 fungierte die Plattform so als Propaganda-Maschine für Donald Trump und die Republikanische Partei.

Nicht erst mit dem Abschied von X haben wir begonnen, unsere Kommunikationsbemühungen im Bereich Social Media kritisch zu hinterfragen, auszubauen und zu intensivieren. In den vergangenen drei Jahren haben wir Germanwatch-Accounts auf den X-Alternativen Bluesky, Threads und Mastodon aufgebaut. Wir erreichen auf diesen Plattformen insgesamt rund 5.000 Follower:innen mit unseren politischen Botschaften und Forderungen. In dem Netzwerk LinkedIn, das wir vorrangig für Advocacy-Kommunikation, tiefgehende Analysen und Veranstaltungshinweise nutzen, konnte Germanwatch im vergangenen Jahr die Anzahl der Follower:innen um 3.400 auf derzeit 10.871 erhöhen. Auch der Instagram-Account, auf dem niedrigschwellige und aktivierende Video-Inhalte für eine breitere Öffentlichkeit im Mittelpunkt stehen, entwickelte sich positiv: Mit einem Sprung von ursprünglich ca. 1.900 auf knapp 5.500 Follower:innen hat sich die Zielgruppe im selben Zeitraum hier fast verdreifacht (alle Zahlen Stand Juli 2025).

Strategische Kommunikation in Zeiten digitaler Plattformen bedeutet, die eigenen Arbeitsweisen und -werkzeuge stetig neu zu bewerten und anzupassen. Wir müssen abwägen zwischen dem Potenzial, relevante Zielgruppen über populäre digitale Plattformen erreichen zu können, und der Gefahr, die die dahinterstehenden US-Konzerne für das gesellschaftliche Miteinander darstellen. Dies gilt in besonderem Maße vor dem Hintergrund der Entwicklungen der vergangenen Monate: Mit großer Sorge haben wir im US-Wahlkampf und den ersten Monaten der zweiten Trump-Amtszeit den Schulterschluss zwischen Big Tech und der politischen Rechten in den Vereinigten Staaten beobachtet. Nicht nur Elon Musk, sondern auch die CEOs weiterer Big-Tech-Unternehmen wie Alphabet (Google) und Meta (Facebook, Instagram, Threads, WhatsApp), machten aus politischem und letzten Endes finanziellem Kalkül umfassende Zugeständnisse an die neue US-Administration.

Im Fall von Elon Musk und X war die Grenze der Vertretbarkeit einer weiteren Nutzung im vergangenen Jahr erreicht. Auch in Zukunft werden wir die großen Tech-Unternehmen und deren Führungspersonal kritisch bewerten sowie entsprechende Schlüsse für die Arbeit von Germanwatch ziehen.

Rückenwind: Immer mehr Menschen unterstützen Germanwatch

+++ Fundraising hat Fahrt aufgenommen: Germanwatch in ganz Deutschland mit Infoständen präsent
+++ Zahl der Mitglieder seit Herbst 2023 verdoppelt
+++ Neue Datenbank erlaubt effizienteres Arbeiten
+++ Positive Resonanz für neues Event-Format „Germanwatch Hautnah“

Sorgen bereiten nicht nur die Entwicklungen in den USA – auch hierzulande gibt es zunehmende Angriffe auf die Zivilgesellschaft und spürbare Kürzungen bei öffentlichen Projektmitteln. Für Organisationen, die sich für Klimaschutz, globale Gerechtigkeit und die Menschenrechte einsetzen, hat sich die politische Gesamtsituation im Berichtszeitraum deutlich verschärft. Diese Entwicklung macht auch vor Germanwatch nicht halt, sondern stellt uns sowohl für die Erreichung unserer politischen Ziele als auch für die Akquise von Fördergeldern vor neue Herausforderungen. Das macht deutlich, wie wichtig es ist, unser Fundraising auszubauen und so die finanzielle Resilienz und die Zukunftsfähigkeit von Germanwatch langfristig zu verbessern. Daher freuen wir uns, dass unser Fundraising im Berichtszeitraum deutlich an Fahrt aufgenommen hat. Im Berichtszeitraum haben wir unsere Strategie, über Infostände auf Nachhaltigkeitsmessen und -events in ganz Deutschland Germanwatch bekannter zu machen und neue Unterstützer:innen zu gewinnen, intensiviert. Mit großem Erfolg: Inzwischen hat Germanwatch 1.631 Mitglieder (Stand 31. Juli 2025). Seit Beginn unserer Infostand-Aktivitäten im Herbst 2023 konnten wir so die Zahl unserer Mitglieder verdoppeln.

Allen Unterstützer:innen spannende Einblicke in unsere Arbeit und einen guten Service zu bieten ist uns dabei ein großes Anliegen. Seit August letzten Jahres arbeiten wir mit einem neuen Datenbanksystem, das Vorgänge digitaler, ressourcenschonender und schlanker macht.
















Auch konnten wir dem Wunsch vieler Unterstützer:innen nachkommen und haben am 1. Juli 2025 ein neues Format erprobt: Das Online-Event „Germanwatch Hautnah“ bot Mitgliedern und Spender:innen die Gelegenheit, in den direkten Austausch mit Expert:innen von Germanwatch zu treten, mehr über deren Arbeit zu erfahren und Rückfragen zu stellen. Wir freuen uns über die rege Teilnahme sowie die positive Resonanz zu dem Event und streben an, das Format in den kommenden Jahren fortzuführen.






Im Einsatz für Germanwatch: Infostand-Betreuer:innen bei der Arbeit.

Allen neuen und bestehenden Mitgliedern sowie Spender:innen danken wir sehr herzlich für das Vertrauen! Ihr Engagement spielt eine zentrale und immer wichtiger werdende Rolle für die Arbeit von Germanwatch und unseren gemeinsamen Einsatz für eine lebenswerte Welt für alle!

Unser vielfältiges Informationsangebot von A – Z

Unser vielfältiges Angebot					
Informiert bleiben	<div>Aktuelles von Germanwatch</div> <div></div>	<div>Newsletter Germanwatch° Kompakt</div> <div></div>	<div>Erfolge & Meilensteine</div> <div></div>	<div>Blog-Beiträge</div> <div></div>	<div>Transparenz & Vertrauen</div> <div></div>
Mitmachen	<div>Aktiv werden (Petitionen, Tipps etc.)</div> <div></div>	<div>Mitglied werden</div> <div></div>	<div>Publikationen bestellen/ herunterladen</div> <div></div>	<div>Veranstaltungen</div> <div></div>	<div>Spenden</div> <div></div>
Soziale Medien	<div>LinkedIn</div> <div></div>	<div>Instagram</div> <div></div>	<div>Mastodon</div> <div></div>	<div>Bluesky</div> <div></div>	<div>YouTube</div> <div></div>

Mitarbeiter:innen

	Hanna Fuhrmann Bereichsleiterin Kommunikation und Fundraising		Johannes Heeg Bereichsleiter Kommunikation und Fundraising (seit 09/2024)		Fabian Kaske Bereichsleiter Kommunikation und Fundraising
	Niloufar Kauer Bereichsleiterin Kommunikation und Fundraising (bis 01/2025)		Dr. Marlene Becker Referentin für Klimaklage-Kommunikation		Lukas Bergheim Referent für Redaktion und Öffentlichkeitsarbeit (seit 05/2025)
	Jakob Borchers Referent für Redaktion und Öffentlichkeitsarbeit (seit 05/2025)		Christoph Bornemann Referent für Redaktion und Öffentlichkeitsarbeit (bis 04/2025)		David Hübner Referent für Fundraising und Philanthropie
	Lukas Kiefer Referent für strategische Kommunikation		Francesca Mascha Klein Rechtsreferentin für strategische Prozessführung		Nikola Klein Referentin für Redaktion und Öffentlichkeitsarbeit (seit 11/2024)
	Stefanie Kocksch Assistentin für Kommunikation und Veranstaltungen (seit 09/2024)		Janina Longwitz Referentin für Redaktion und Öffentlichkeitsarbeit (bis 04/2025)		Christian Marquardt Referent für Social Media und Community Management (bis 08/2025)
	Tobias Regesch Referent für digitale Kommunikation		Tobias Rinn Referent für Redaktion und Öffentlichkeitsarbeit (bis 11/2024)		Caroline Schroeder Referentin für Klimaklage-Kommunikation
	Julia Baumert Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben (FSJ-P) 2025/2026 (seit 08/2025)		Merle Neehuis Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben (FSJ-P) 2024/2025 (bis 07/2025)		

Mit Unterstützung von: Carolin Bene, Mia Brähler, Merle Neehuis, Paula Onnebrink.

Verantwortlich seitens des Präsidiums: Anne-Kathrin Kirchhof.

D Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen

Germanwatch arbeitet eng mit gut ausgewählten Organisationen, Partnern und Persönlichkeiten zusammen – sei es, weil wir sie als Dialogpartner schätzen oder unter dem Aspekt ihrer wichtigen strategischen Rolle für gemeinsame Ziele. Dadurch können wir viele Verstärkungseffekte für uns erzielen, andere zivilgesellschaftliche Debatten und Strukturen stärken und mitgestalten.

Besonders verantwortliche Positionen etwa im Vorstand, in der politischen Koordination, im Sprecher:innenrat oder Beirat haben Germanwatch-Mitarbeiter:innen, Vorstands- oder Präsidiumsmitglieder bei folgenden Partnerorganisationen oder Plattformen inne:

Bits & Bäume-Netzwerk +++ Bündnis ZukunftsBildung +++ Climate Action Network (CAN) International +++ CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung +++ CO2GeoNet +++ Deutsche Physikalische Gesellschaft (AK Energie) +++ European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) +++ Initiative Lieferkettengesetz +++ Klima-Allianz +++ Klimabeirat der Stadt Bonn +++ Klimabeirat Rheinland-Pfalz -+++ Munich Climate Insurance Initiative (MCII) +++ Netzwerk Arbeitskreis Rohstoffe +++ Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) +++ Runder Tisch Reparatur +++ Stiftung Klimawirtschaft +++ Sustainable Development Solutions Network, German Chapter (SDSN Germany) +++ Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030

In vielen dieser Netzwerke sind wir schwerpunktmäßig mit einzelnen unserer politischen Teams aktiv (siehe Kapitel C „Unsere Arbeit“). Andere haben eine teamübergreifende Relevanz.

Darüber hinaus ist Germanwatch Mitglied in folgenden politischen Netzwerken und Vereinen:

Agrarbündnis +++ Allianz für Weltoffenheit +++ Allianz pro Schiene +++ Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ +++ AMR (Antimicrobial Resistance) Stakeholder Network +++ Attac +++ Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER) +++ CAN EU +++ Deutscher Naturschutzring (DNR) +++ Deutsches Institut für Menschenrechte e. V. (DIMR) +++ Eine Welt Netz NRW +++ Eine Welt Netzwerk Bayern +++ Erlassjahr.de +++ EU-Russia Civil Society Forum +++ Europäische Bewegung Deutschland e. V. (EBD) +++ European Business Council for Sustainable Energy (e5) +++ Forum Menschenrechte +++ Forum Nachhaltige Geldanlagen +++ Forum Umwelt und Entwicklung +++ Global Campaign for Climate Action (GCCA)/tckctck Campaign +++ Global Challenges Network (GCN) +++ Global Climate Forum (GCF) +++ Global Compact +++ GoodElectronics Netzwerk +++ Green Legal Impact +++ Greenskies +++ LAG21 – Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW +++ Nord Süd Forum München +++ OECD Watch +++ Ökowerk NRW +++ OurWorld is Not For Sale (OWINFS) & Seattle to Brussels Network (S2B) +++ Publish what you pay +++ Renewables Grid Initiative (RGI) +++ Steuer gegen Armut +++ Transport & Environment (T&E) +++ TTIP unfairhandelbar +++ Verband Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) +++ Verbändeplattform zur Reform der EU-Agrarpolitik +++ Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv)

Arbeitsgruppen, Arbeitskreise etc., in denen wir aktiv sind, werden hier nicht separat aufgeführt, sofern sie innerhalb eines hier genannten Dachverbands angesiedelt sind.

Germanwatch e. V., Stiftung Zukunftsfähigkeit, Germanwatch-Stiftung, atmosfair – wie gehören sie zusammen?



www.germanwatch.org



**STIFTUNG
ZUKUNFTSFÄHIGKEIT**

www.stiftungzukunft.de



www.germanwatch.org/stiftung

nachdenken • klimabewusst reisen



www.atmosfair.de

Der eingetragene Verein Germanwatch – gegründet 1991 – bekam 1997 Verstärkung durch die die Stiftung Zukunftsfähigkeit. Diese leistet einerseits einen Beitrag für die finanzielle Unabhängigkeit von Germanwatch. Germanwatch als gemeinnütziger eingetragener Verein darf Geld selbst nicht in größerem Umfang langfristig binden, sondern muss es überwiegend unmittelbar und zeitnah ausgeben. Zum andern übernimmt die Stiftung Aufgaben, die sie besser als eine NGO wahrnehmen kann. Sie organisiert z. B. vertrauliche Hintergrundgespräche während der UN-Klimaverhandlungen oder Kooperationen mit anderen Stiftungen (etwa mit Stiftungen aus den G20-Staaten im Rahmen der Stiftungsplattform F20 zur Umsetzung der Globalen Nachhaltigkeits- und Pariser Klimaziele) oder Kooperationen zur Stärkung einer lebendigen Demokratie im Zuge der notwendigen Transformation (Initiative „Kurs halten!“). Mehr als 30 Zustifter:innen haben inzwischen den Handlungsspielraum der Stiftung erweitert. Die Stiftung steht seit 2015 für die Anwalts-, Gerichts- und Gutachtenkosten ein, die die Klimaschutzklage von Saúl Luciano Lliuya gegen RWE verursacht.

Im Dezember 2014 wurde ergänzend die Germanwatch-Stiftung gegründet, als sogenannte nicht rechtsfähige Stiftung, treuhänderisch verwaltet von der Stiftung Zukunftsfähigkeit. Sie stellt eine weitere Option für alle Unterstützer:innen dar, die ganz ausschließlich die Arbeit von Germanwatch fördern und dies über den Weg einer Zustiftung oder Spende an die Germanwatch-Stiftung machen möchten.

Seit Mitte der 1990er-Jahre bemüht sich Germanwatch intensiv um verbindliche Rahmensetzungen für die Treibhausgasemissionen des internationalen und nationalen Flugverkehrs. Für alle Verbraucher:innen, die auf das äußerst zögerliche Agieren der Politik in diese Richtung nicht länger warten wollen, hat Germanwatch gemeinsam mit Partner:innen atmosfair ins Leben gerufen. Atmosfair unterstützt Unternehmen und Privatpersonen dabei, ihre Emissionen möglichst zu reduzieren und den einstweilen nicht vermeidlichen Teil als zweitbeste Lösung durch hochqualifizierte Projekte auszugleichen. Die Stiftung Zukunftsfähigkeit ist ein wichtiger Gesellschafter der 2005 gegründeten atmosfair gGmbH. Christoph Bals (Germanwatch) und Klaus Milke (Stiftung Zukunftsfähigkeit) sind Mitglieder im Fachbeirat von atmosfair.

E Finanzbericht – Kalenderjahr 2024

Das Jahresergebnis 2024 weist erfreulicherweise einen Überschuss in Höhe von 12.316 Euro⁸⁵ auf. Mit dem Jahresergebnis 2024 liegen die Rücklagen von Germanwatch bei 893.260 Euro, was in etwa den Ausgaben von einem Monat entspricht. Dass wir die Rücklage damit stabilisieren konnten, ist für die Arbeitsfähigkeit von Germanwatch wichtig. Sie ist insbesondere notwendig als Risikopuffer, etwa bei verbindlichen Vertragszusagen wie Miet- und Arbeitsverträgen, sowie als Liquiditätspuffer, um in bestimmten Projekten, in denen Geldgeber:innen Zahlungen erst rückwirkend leisten, in Vorleistung zu treten und diese Projekte damit durchführen zu können.

Einnahmen

Die Einnahmen im Jahr 2024 betrugen 9.326.384 Euro (+ 14,2 % zum Vorjahr, vgl. Tab. E.1). Sie sind nach verschiedenen wirtschaftlichen Vereinsbereichen aufgeteilt:

- Der Anteil der Einnahmen im ideellen Bereich und im Zweckbetrieb macht mit 95,7 % den Großteil der zur Verfügung stehenden Mittel aus.
- Die Einnahmen des „steuerbegünstigten Zweckbetriebs“ sind gegenüber 2023 geringfügig um 0,45 % gestiegen.
- Das Volumen der Projekte im „steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb“ ist gegenüber dem Vorjahr um 21,9 % gesunken. Dies ist allerdings angesichts des insgesamt geringen Gesamtumfanges dieses Vereinsbereichs nicht von nennenswerter Bedeutung für das Gesamtbudget (vgl. Tab. E.2b bzw. E.2c).

Die Zuordnung zu den verschiedenen wirtschaftlichen Vereinsbereichen erfolgt anhand bestimmter steuerrechtlicher Kriterien, insbesondere anhand der Frage, ob es sich bei unserer Tätigkeit im steuerrechtlichen Sinne um eine für den Geber erbrachte Leistung gegen Entgelt (z. B. Beratung) handelt und – wenn dies der Fall ist – in welchem Umfang wir hierbei in Konkurrenz zu kommerziellen Leistungsanbietern stehen.

Die Anzahl der Geber für Projektmittel bleibt erfreulicherweise unverändert hoch (vgl. Tab. E.2a-c). Dies werten wir als ein Zeichen für die breite Anerkennung der Qualität unserer Arbeit; gleichzeitig ist das weit gefächerte Spektrum von Zuschussgebern eine wichtige Voraussetzung für eine breit gestreute finanzielle Absicherung der Aktivitäten von Germanwatch, die gleichzeitig die politische Unabhängigkeit sichert.

Bei den Mitgliedsbeiträgen gab es einen sehr erfreulichen Anstieg um 38,9 % auf 161.106 Euro aufgrund der gestiegenen Mitgliederzahl (von 954 auf 1.271 im Jahr 2024, jeweils zum Stichtag 31.12. – diesen Trend konnten wir 2025 sogar weiter steigern, siehe Kapitel B). Die allgemeinen (nicht zweckgebundenen) Spenden im Jahr 2024 betrugen einschließlich der Programmförderungen durch die Germanwatch-Stiftung und die Stiftung Zukunftsfähigkeit 275.619 Euro – diese sind im Vergleich zu 2023 um 20,3 % gesunken. Eine Ursache sehen wir darin, dass wir uns in den beiden letzten Jahren besonders stark auf das Gewinnen neuer Mitglieder konzentriert haben. Die hieraus erwarteten Beiträge überwiegen in mehrjähriger Betrachtung den Rückgang bei den allgemeinen Spenden deutlich. Die zweckgebundenen Spenden von privaten Gebern sind um 35,9 % gestiegen und betrugen 233.939 Euro.

Die Mitgliedsbeiträge und allgemeinen Spenden machen im Vergleich zu den Projektzuschüssen einen kleineren, dafür aber strategisch besonders wichtigen Teil der Einnahmen aus. Diese

⁸⁵ Alle Beträge im Text auf volle Euro gerundet, die unten stehenden Tabellen weisen die Werte centgenau aus.

größtenteils nicht zweckgebundenen Mittel können wir flexibel und mit besonderer Wirkung einsetzen. Wir nutzen sie z. B., um schnell und unabhängig auf aktuelle politische Ereignisse mit Öffentlichkeits- oder Advocacy-Arbeit zugunsten unserer am Gemeinwohl orientierten Ziele zu reagieren, um neue Projekte zu initiieren oder zu kofinanzieren sowie um die Nachhaltigkeit und zukünftige Handlungsfähigkeit von Germanwatch zu sichern. Gerade bei der Kofinanzierung von Projekten leisten Mitgliedsbeiträge, Spenden und Programmförderungen eine starke Hebelwirkung, weil wir einige der öffentlichen Zuschüsse im ideellen Bereich nur beantragen können, wenn wir einen gewissen Eigenbeitrag leisten können. Auch sind sie unerlässlich, um Kosten zu decken, die für eine hohe Wirksamkeit der Arbeit von Germanwatch essentiell sind, aber von einigen öffentlichen und privaten Gebern entweder gar nicht oder in zu geringem Umfang bezuschusst werden. Hierzu zählen bspw. Aktivitäten, mit denen wir bei kurzfristigen Veränderungen im politischen Raum handlungsfähig sein wollen, ohne dass uns dafür Projektmittel zur Verfügung stehen.

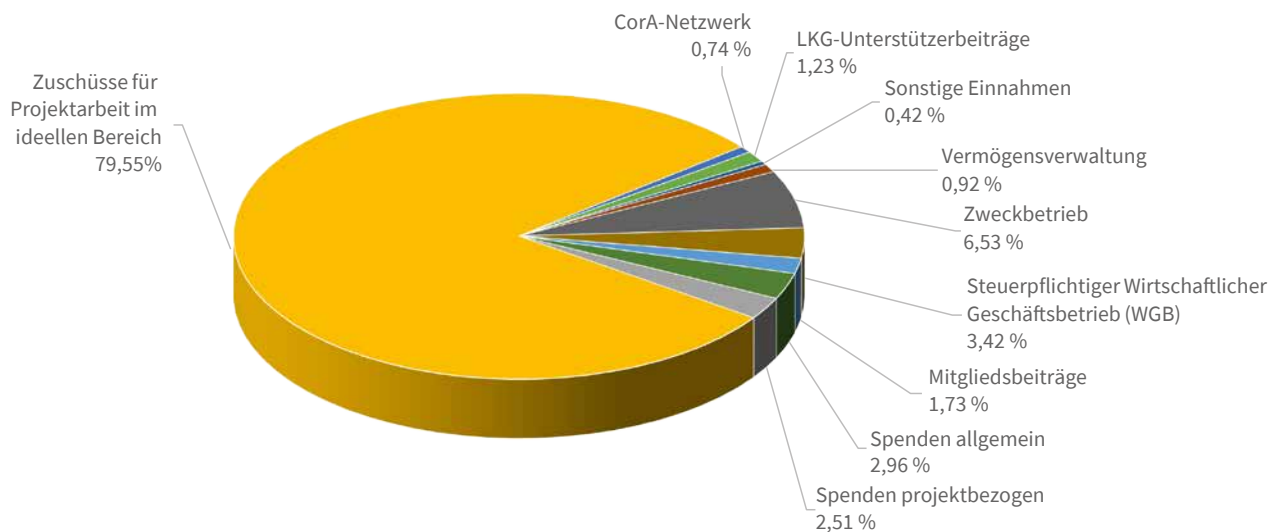


Abb. E.1: Einnahmen

(Abkürzungen: CorA: Corporate Accountability Netzwerk, LKG: Initiative Lieferkettengesetz – endete im August 2024)

Allen Mitgliedern und Fördermitgliedern, Spender:innen, Zuschussgebern von Germanwatch (vgl. Tab E.2a) sowie Zustifter:innen und Spender:innen der Stiftung Zukunftsfähigkeit und der Germanwatch-Stiftung gilt unser besonderer Dank für ihre Unterstützung. Aber auch für die in großem Umfang geleisteten ehrenamtlichen Beiträge vieler Mitglieder und die ausdauernden Anstrengungen unserer Präsidiumsmitglieder, Mitarbeiter:innen, Freiwilligen und Praktikant:innen, die sich in dem vorliegenden Zahlenwerk nur zum Teil widerspiegeln, möchte der Vorstand an dieser Stelle Anerkennung und Dank aussprechen.

Ausgaben

Abb. E.2 zeigt die Verwendung der Einnahmen, also die Ausgaben nach den bei uns relevanten Tätigkeitsbereichen. Mit einem Umfang von 8.075.218 Euro – dies entspricht 86,4 % der Gesamtausgaben – entfällt der weitaus größte Bereich der Arbeit von Germanwatch auf die unmittelbare Projektarbeit. Diese teilt sich in der Zuordnung zu unseren sechs politischen Bereichen wie folgt auf: IKP (Internationale Klimapolitik) und ZF (Zukunftsfähige Finanzflüsse)⁸⁶ mit 35,5 % der gesamten Ausgaben, DEK (Deutsche und Europäische Klimapolitik) mit 25,7 %, BNE (Bildung

⁸⁶ Die Bereiche IKP und ZF sind hier kombiniert dargestellt, da der ZF-Bereich erst im Laufe des Jahres 2024 etabliert wurde (siehe Kapitel C) und die meisten Projekte zuvor in den IKP-Bereich fielen.

für Nachhaltige Entwicklung) mit 7,3 %, UV (Unternehmensverantwortung) mit 5,1 % und WLH (Welternährung, Landnutzung und Handel) mit 4,4 %. Zusätzlich entfallen 8,4 % auf bereichsübergreifende Projektaktivitäten, wobei auch im Rahmen der meisten anderen Projektaktivitäten eine regelmäßige teamübergreifende Kooperation erfolgt.

Betrachtet man die Ausgaben nach Aufwandskategorien (Tab. E.1), so zeigt sich, dass den größten Anteil nach wie vor die Personalkosten (Gehälter sowie dazugehörige Sozialabgaben) ausmachen, mit zusammengekommen 6.638.114 Euro (entspricht circa 71,9 % der Gesamtausgaben aus laufender Tätigkeit). Dieser auf den ersten Blick hohe Anteil erklärt sich durch die Arbeitsweise von Germanwatch, die sich auf folgende Bereiche konzentriert: 1. Am Gemeinwohl orientierte Lobbyarbeit, 2. Think-Tank- und Research-Arbeit, 3. Bildungsarbeit, 4. Bewusstseinsbildung und (breitere) Öffentlichkeitsarbeit sowie 5. Kampagnen, Aktionen und Aufforderung zum Handeln.

In der notwendigen fachlichen Tiefe und Kontinuität kann diese Arbeit nur mit einem hohen Anteil an Personal und Honorarkräften gewährleistet werden. Auch die Betreuung von Ehrenamt braucht Hauptamt. Unsere Arbeit soll letztlich vor allem den besonders verletzlichen Menschen, insbesondere im Globalen Süden, zugutekommen. Hierfür konzentrieren wir uns darauf, Veränderungen in der Politik und Wirtschaft des Globalen „Nordens“ zu erreichen, indem wir die Transformation in Richtung Zukunftsfähigkeit verbessern, um die weltweiten Auswirkungen der deutschen und EU-Politik zu verbessern und mögliche Schäden zu minimieren. Dies führt im Ergebnis zu einer Ausgabenstruktur mit einem höheren Anteil eigener Personalkosten sowie ergänzender Honoraraufträge, die anders ist als bei klassischen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, die z. B. Projekte mit Partner:innen im Projektland finanzieren. Im Jahr 2024 gab es gegenüber dem Vorjahr bei den Personalkosten einen Anstieg – dieser war einerseits durch eine Zunahme der Projektaktivitäten und den damit verbundenen größeren Arbeitsumfang einer gestiegenen Anzahl von Mitarbeiter:innen (79,6 Vollzeitäquivalente im Jahr 2024 gegenüber 74,3 im Jahr 2023, entspricht + 7,1 %), andererseits auch durch Gehaltsanpassungen in Anlehnung an den TVöD begründet. Die Vergabe von Aufträgen gegen Honorar bleibt ein strategisch wichtiger ergänzender Bestandteil bei der Umsetzung von Maßnahmen, da es Effizienzüberlegungen (sowie z. T. auch den Förderbedingungen von Gebern) folgt, dass nicht alle Leistungen von den Mitarbeitenden des Vereins erbracht werden, sondern auch von externen Institutionen und Honorarkräften, die eine besondere spezielle Expertise und Handlungsfähigkeit für die jeweiligen Aufgaben mitbringen. Zum einen unterstützen uns auf diesem Wege Spezialist:innen z. B. als Fachautor:innen, Fachinputgeber:innen, für Beratungen oder Moderationen für einzelne Themen sowie im Bereich Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit u. a. mit Lektoratsarbeiten, Übersetzungen und Infostandunterstützungen. Zum anderen vergeben wir regelmäßig Aufträge für die Umsetzung von Arbeitspaketen in Projekten an einschlägig erfahrene Institutionen.

Eine Organisation wie Germanwatch, die sowohl bundesweit tätig ist als auch Ziele auf weltweiter Ebene verfolgt, muss – selbst wenn Videokonferenzen eine zunehmende Rolle spielen – für eine effektive Arbeit immer wieder auch Reisen tätigen, die mit entsprechenden Kosten verbunden sind. Im Jahr 2024 gab es ein verändertes Spektrum an Projekten, für deren Zielerreichung die entsprechenden Reiseaktivitäten wichtig waren. In der Folge sind die Reisekosten im ideellen Bereich im Vergleich zu 2023 um 62,5 % gestiegen (vgl. Tab. E.1) – allerdings gegenüber einem Jahr 2023, das durch einen Post-Corona-Effekt mit entsprechend verringerter Reisetätigkeit geprägt war, der sich auch entsprechend auf die Kosten der Öffentlichkeitsarbeit und der mit Veranstaltungen verknüpften Bewirtungsausgaben niederschlägt. Es ist uns sogar gelungen, die Reisekosten pro Mitarbeiter:in im Jahr 2024 deutlich unter dem Niveau der Vor-Corona-Jahre 2016 – 2019 zu halten, als diese (selbst ohne Betrachtung von Inflationseffekten) im Durchschnitt rund 44 % höher lagen (damit konnten wir auch zur Begrenzung der Reise-Emissionen beitragen). Um die Kosten der Reisen noch weiter zu begrenzen, gilt für ihre Abrechnung die Regel, dass dies maximal in Höhe des Bundesreisekostengesetzes (BRKG) erfolgt und einige Erstattungsmöglichkeiten im Sinne der sparsamen Mittelverwendung sogar ausgeschlossen werden (z. B. keine Bahnfahrten 1. Klasse, auf

die man lt. BRKG ab bestimmten Fahrstrecken Anspruch hat, keine Inlandstagegelder). Diese aus finanzieller Sicht etablierten Regelungen werden aus Klimaschutzsicht durch eine weitere ergänzt: Mitarbeitende, Präsidiums- und Vorstandsmitglieder von Germanwatch fliegen grundsätzlich nicht bei Dienstreisen im Inland und bei Auslandsdienstreisen unter 700 Kilometern. Auslandsflüge werden nur dann vorgenommen, wenn es für sie keine zumutbare Alternative gibt. Soweit im Rahmen dieser Regelung Flüge notwendig sind, werden ihre Emissionen durch Beiträge an atmosfair ausgeglichen.

Die Mietausgaben stiegen um 52,8 %, was überwiegend an einem massiven Sprung im Mietniveau in Berlin liegt, der nach Auslaufen eines langjährigen Mietvertrags auf uns zukam.

Die Erhöhung der Rechtsberatungs-, Jahresabschluss- und Buchhaltungskosten um 46,5 % liegt vorrangig an zwei Faktoren: zum einen an einem gesteigerten Beratungsbedarf aufgrund umsatzsteuerlicher Herausforderungen (siehe letztjähriger Rechenschaftsbericht); zum anderen erforderte die Satzungsänderung, die sowohl die strukturelle Veränderung von einem ehrenamtlichen zu einem hauptamtlichen Vorstand abbildete als auch einige weitere Optimierungen mit sich brachte, einen entsprechenden Beratungsbedarf.

Unsere Geschäftsbeziehungen orientieren sich daran, wie wir unter Beachtung externer und interner Richtlinien einschließlich des Gebots von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit eine möglichst hohe Wirksamkeit beim Erreichen unserer satzungsmäßigen Ziele erlangen. In Einzelfällen und unter Sicherstellung des Vieraugenprinzips kann dies auch beinhalten, dass Geschäfte mit anderen Institutionen getätigt werden, bei denen Vorstandsmitglieder Beteiligungen und/oder Zeichnungsberechtigungen haben.

Entsprechende Vorgänge möchten wir der Transparenz halber freiwillig offenlegen. Im Berichtszeitraum 2024 gab es zwischen Germanwatch und der gemeinnützigen GmbH „CLIMCOM Berlin – Climate & Company – the private Institute for climate research and training“, an der unser damaliges Vorstandsmitglied Ingmar Jürgens eine Minderheitsbeteiligung hält und als Geschäftsführer zeichnungsberechtigt ist, folgende Geschäftsvorgänge (hierbei handelt es sich nicht um sog. In-Sich-Geschäfte nach § 181 Bürgerliches Gesetzbuch – BGB): In dem von Climate & Company durchgeführten Projekt „Land use + Deforestation II“ führte Germanwatch Leistungen aus und erhielt dafür eine Vergütung in Höhe von 29.903,90 Euro.

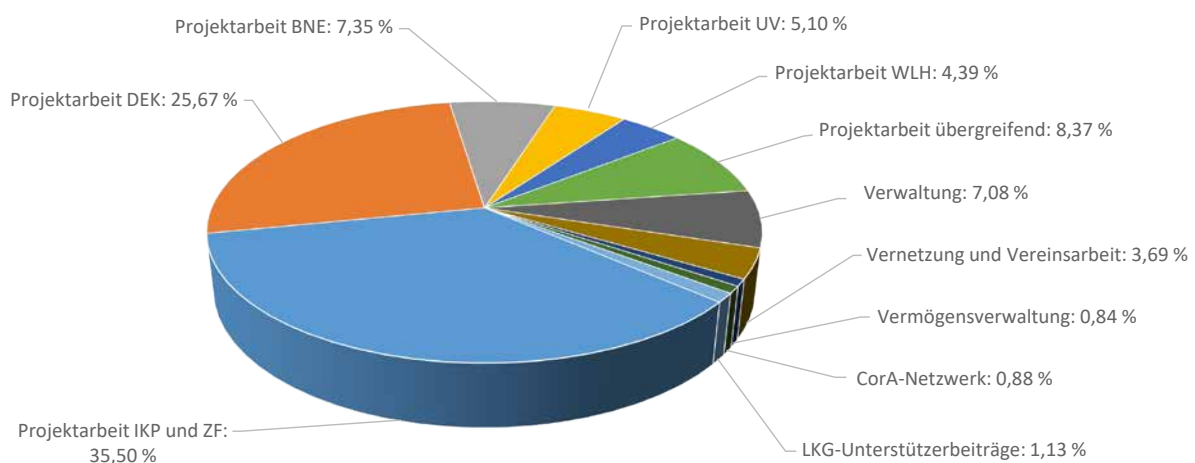


Abb. E.2: Verwendung der Einnahmen (Erläuterung der Abkürzungen siehe Text oben)

Jahresergebnis

Das Jahresergebnis 2024 weist einen Überschuss in Höhe von 12.316 Euro auf (Vorjahr: -71.177 Euro). Mit dem positiven Ergebnis verfügen wir über eine Rücklage in Höhe von 893.260 Euro als wichtige Grundlage für den eingangs erwähnten Risiko- und Liquiditätspuffer, mit gelegentlich erforderlichen Vorfinanzierungen von Projekten und um wichtige Signale für Arbeitsplatzsicherheit an die Mitarbeiter:innen zu senden, deren kontinuierliche Mitarbeit ein zentraler Erfolgsfaktor für unsere Wirksamkeit ist. Angemessen wäre es, wenn eine Organisation wie Germanwatch Rücklagen in Höhe der Ausgaben von 4 – 6 Monaten der Gehalts- und Mietkosten vorhalten könnte.

Handeln in finanziell herausfordernden Zeiten

Auf die erhöhten finanziellen Herausforderungen haben wir mit einem Bündel an Maßnahmen für eine Verbesserung des Risikomanagements und der finanziellen Resilienz reagiert. Zu allererst haben wir einen Prozess zur weiteren Verstärkung der Wirksamkeit unserer politischen Arbeit gestartet, sowohl in Hinblick auf die Arbeit innerhalb unserer politischen Bereiche (siehe Kapitel C) als auch insbesondere in der bereichsübergreifenden Arbeit. Zentrales Ergebnis dieses Strategieprozesses sind die im Kapitel A erläuterten Wendepunkte sowie einige der in Kapitel C dargestellten strategischen Zielsetzungen. Diese Fokussierungen helfen uns zum einen, unsere politischen Ziele bestmöglich zu erreichen bzw. ihnen mit relevanten Schritten näher zu kommen. Zum anderen helfen sie uns dabei, Menschen und Institutionen dafür zu gewinnen, diese Arbeit finanziell zu unterstützen. In diesem Sinne haben wir sowohl die Ansprache in Richtung von Privatpersonen für Spenden, Fördermitgliedschaften und Aufstockung ihres Mitgliedsbeitrags verstärkt als auch Kontakte in Richtung von Projektmittelgebern ausgebaut und weiter diversifiziert. Darüber hinaus haben wir unsere finanziellen Analyse- und Planungsinstrumente optimiert, um finanzielle Herausforderungen noch schneller zu erkennen und besser darauf reagieren zu können. Zu diesen Reaktionen zählt auch das intensiviertere Überprüfen von Kostenpositionen auf ihre Notwendigkeit, um Einsparpotenziale identifizieren und realisieren zu können.

Grundlagen des Finanzberichts

Germanwatch nimmt als gemeinnütziger Verein für das jeweilige Kalenderjahr die Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes vor (sog. Gewinn- und Verlustrechnung). Grundlage für die Erstellung des gesamten Jahresabschlusses (inklusive Bilanz) bilden die Besonderheiten zur Rechnungslegung Spenden sammelnder Organisationen, herausgegeben vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW RS HFA 21). Der Jahresabschluss für 2024 wurde von der Eliotax GmbH Steuerberatungsgesellschaft in enger Zusammenarbeit mit Germanwatch erstellt. Laut Anlage 1 zum Bescheid für 2023 über Körperschaftssteuer vom 20.12.2024 erstreckt sich die Steuerpflicht von Germanwatch ausschließlich auf den steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb. Im Übrigen ist der Verein nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes von der Körperschaftssteuer und nach § 3 Nr. 6 des Gewerbesteuergesetzes von der Gewerbesteuer befreit, weil er ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung dient..

Tab. E.1: Einnahmen-/Ausgabenrechnung 2024 und Vergleich zu 2023 (ideeller Bereich, Vermögensverwaltung, Zweckbetrieb und wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb – WGB)

	2023	2024
A. Einnahmen aus laufender Tätigkeit (ohne Miet- und Zinseinnahmen)		
Ideeller Bereich:		
1. Mitgliedsbeiträge	116.000,73 €	161.105,96 €
2a. Spenden allgemein inkl. Programmförderung Germanwatch-Stiftung	333.311,20 €	265.619,43 €
2b. Spenden projektbezogen	172.206,88 €	233.938,68 €
3. Programmförderung durch Stiftung Zukunftsfähigkeit	10.000,00 €	10.000,00 €
4. Zuschüsse für Germanwatch-Projektarbeit ideell	6.285.148,67 €	7.418.912,80 €
5a. Einnahmen CorA-Netzwerk	48.889,25 €	69.347,34 €
5b. Einnahmen LKG Unterstützerbeiträge (Initiative Lieferkettengesetz)	104.387,24 €	114.424,78 €
6. Sonstige Einnahmen	17.395,87 €	39.421,82 €
Zweckbetrieb und WGB:		
7. Einnahmen Zweckbetrieb	606.086,08 €	608.791,15 €
8. Einnahmen WGB	408.213,09 €	318.721,11 €
	8.101.639,01 €	9.240.283,07 €
B. Ausgaben aus laufender Tätigkeit (ohne Vermietung und Nebenkosten Geldverkehr)		
Ideeller Bereich:		
9. Löhne und Gehälter/Soziale Abgaben	5.288.851,29 €	6.051.177,00 €
10. Fremdhonorare	969.388,34 €	964.814,28 €
11. Miete/Mietnebenkosten (inkl. Reinigung)	175.261,43 €	267.857,73 €
12. Abgaben/Versicherungen	19.339,42 €	19.772,20 €
13. Beiträge	15.947,37 €	14.535,71 €
14. Reisekosten	179.807,99 €	292.250,29 €
15. Instandhaltungen/Kleingeräte	32.907,20 €	50.457,78 €
16. Abschreibungen	52.312,56 €	34.279,65 €
17. Porto/Telefon/Internet	44.227,70 €	53.096,27 €
18. Kopierkosten/Bürobedarf	13.952,36 €	18.362,16 €
19. Kosten Öffentlichkeitsarbeit	107.648,81 €	149.205,76 €
20. Bücher/Zeitschriften	5.744,20 €	3.902,73 €
21. Rechtsberatung, Jahresabschluss- und Buchhaltungskosten	93.123,57 €	136.465,16 €
22. Aufwendungen für Lizenzen	41.309,91 €	67.517,19 €
23. Ausgaben CorA-Netzwerk	48.821,75 €	82.058,25 €
24. Sonstiges	59.846,44 €	62.752,50 €
Zweckbetrieb und WGB:		
24. Zweckbetrieb (Gehalts- und Sachkosten)	625.672,00 €	641.643,17 €
25. WGB (Gehalts- und Sachkosten)	386.880,75 €	316.546,38 €
	8.161.043,09 €	9.226.694,21 €

	2023	2024
C. Laufendes Ergebnis	-59.404,08 €	13.588,86 €
D. Einnahmen Vermögensverwaltung		
26. Miet- und Pachterträge	65.575,53 €	85.537,08 €
27. Zinseinnahmen	341,33 €	2.293,24 €
28. Gewinne Währungsdifferenzen	402,03 €	- €
E. Ausgaben Vermögensverwaltung		
29. Anteilige Miete für Untermieter	69.478,55 €	78.813,42 €
30. Nebenkosten Geldverkehr	1.440,55 €	1.458,48 €
31. Verlust Währungsdifferenzen	606,51 €	429,59 €
F. Ertragssteuerneutrale Posten	-6.566,21 €	-8.401,70 €
G. Einnahmenüberschuss/(-) Ausgabenüberschuss	-71.177,01 €	12.315,99 €

	2023	2024
Gesamtergebnis: Einnahmen		
Ideeller Bereich	7.087.339,84 €	8.312.770,81 €
Ertragssteuerneutrale Posten	- €	- €
Vermögensverwaltung	66.318,89 €	86.101,54 €
Zweckbetrieb	606.086,08 €	608.791,15 €
WGB	408.213,09 €	318.721,11 €
Summe	8.167.957,90 €	9.326.384,61 €

	2023	2024
Gesamtergebnis: Ausgaben		
Ideeller Bereich	7.148.490,34 €	8.268.504,66 €
Ertragssteuerneutrale Posten	6.566,21 €	8.401,70 €
Vermögensverwaltung	71.525,61 €	78.972,71 €
Zweckbetrieb	625.672,00 €	641.643,17 €
WGB	386.880,75 €	316.546,38 €
Summe	8.239.134,91 €	9.314.068,62 €

	2023	2024
Ergebnis	-71.177,01 €	12.315,99 €
Übertrag		12.315,99 €
Einstellung in die gebundene Ergebnisrücklage		12.315,99 €
Ergebnisvortrag		-

€

Tab. E.2a: Zuschüsse im ideellen Bereich im Jahr 2024 im Vergleich zu 2023

Projektbezogene Zuschüsse und Spenden privater institutioneller Geber	2023	2024
European Climate Foundation (ECF)	1.341.377,94 €	1.642.814,65 €
Stiftung Mercator	501.196,70 €	793.480,37 €
Foundation for International Law for the Environment (FILE) über Stiftung Zukunftsfähigkeit	379.198,47 €	424.024,94 €
Rockefeller Philanthropy Advisors (RPA)	157.204,36 €	310.996,26 €
Brot für die Welt – Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung	268.638,79 €	249.974,80 €
Misereor	200.479,10 €	230.021,70 €
Robert Bosch Stiftung	202.471,85 €	168.855,17 €
Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen	92.500,00 €	114.778,01 €
United Nations Foundation	- €	111.168,40 €
Postcode Lotterie DT	69.416,79 €	90.146,90 €
Dorothea-Laura-Janina Sick – Umweltstiftung	- €	89.500,00 €
Stiftung GEKKO	- €	67.397,47 €
Forum for Active Philanthropy	- €	65.895,97 €
Atmosfair	63.218,61 €	64.842,51 €
ECF über Powershift	18.232,75 €	64.045,35 €
Barthel Stiftung	64.269,25 €	60.000,00 €
European Federation for Transport and Environment AISBL	- €	45.000,00 €
ForTomorrow	- €	34.843,64 €
Deutsche Bundesstiftung Umwelt	- €	32.506,80 €
Stiftung Neue Energie (GLS Treuhand)	- €	30.000,00 €
Stiftung Zukunftsfähigkeit	- €	24.412,83 €
Joseph Rowntree Charitable Trust	78.000,34 €	22.185,62 €
OAK Foundation über Swiss Philanthropy Foundation	70.503,00 €	- €
ECF über Carbon Market Watch	26.819,26 €	- €
Open Society Foundation über Stockholm Environment Institute	23.936,94 €	- €
Sonstige Einnahmen	31.507,73 €	27.319,68 €
	3.588.971,88 €	4.764.211,07 €

Davon wurden 2024 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 1.078.778,12 einkommensneutral behandelt.

Zuschüsse öffentlicher Geber	2023	2024
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)/BMZ über Engagement Global (EG)	943.459,62 €	893.370,71 €
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) über GIZ	199.907,38 €	254.411,05 €
BMWK	161.019,71 €	209.767,69 €
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)/BMAS über Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See	207.502,17 €	181.878,64 €
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)	184.815,45 €	172.155,00 €
Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV NRW)	104.735,90 €	155.103,56 €

Auswärtiges Amt über GIZ	- €	140.355,66 €
BMZ über World Resources Institute	79.507,32 €	117.624,87 €
BMZ über CARE Deutschland	79.584,00 €	108.271,20 €
BMZ über Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)	131.937,18 €	91.818,33 €
BMUV über PACJA	96.921,07 €	91.421,94 €
BMZ/Engagement Global/Staatskanzlei NRW über Eine-Welt-Netz NRW	67.116,00 €	68.533,00 €
Europäische Kommission über Climate Action Network Europe	69.415,93 €	46.873,64 €
Europäische Kommission über Carbon Market Watch	29.419,45 €	34.756,23 €
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV)	188.433,52 €	29.583,00 €
BMUV über Umweltbundesamt (UBA)	78.810,53 €	23.621,19 €
BMAS über GIZ	20.649,52 €	19.965,77 €
BMUV/GIZ über ZERO – Associação Sistema Terrestre Sustentável	33.474,00 €	- €
Sonstige Einnahmen	19.468,04 €	15.190,25 €
	2.696.176,79 €	2.654.701,73 €

Davon wurden 2024 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 357.262,11 einkommensneutral behandelt.

Tab. E.2b: Einnahmen im Zweckbetrieb im Jahr 2024 im Vergleich zu 2023

Zweckbetrieb	2023	2024
Projektnr. 42008, Lizenznehmer CCPI	394.648,00 €	420.250,39 €
atmosfair	51.076,34 €	57.177,07 €
ifeu – Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg	26.622,96 €	52.219,58 €
Heinrich-Böll-Stiftung	- €	23.244,91 €
Lightcycle	24.225,00 €	20.925,00 €
Einnahmen aus Schulveranstaltungen	17.235,00 €	18.085,00 €
Climate & Company	66.217,63 €	12.757,81 €
Sonstige Einnahmen	26.061,15 €	4.131,39 €
	606.086,08 €	608.791,15 €

Davon wurden 2024 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 93.774,02 einkommensneutral behandelt.

Tab. E.2c: Einnahmen im steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb im Jahr 2024 im Vergleich zu 2023

Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	2023	2024
DAI Global UK/Department for Business, Energy & Industrial Strategy über CASA Alliance	172.487,27 €	151.183,77 €
Empowered UG	140.746,23 €	119.273,88 €
ODI Sales Ltd.	44.041,31 €	22.857,70 €
Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen	- €	16.806,72 €
Universität Hamburg	20.465,40 €	- €
Sonstige Einnahmen	30.472,88 €	8.599,04 €
	408.213,09 €	318.721,11 €

Davon wurden 2024 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 4.943,56 einkommensneutral behandelt.

Tab E.3: Bilanz 31.12.2024 und Vergleich zum 31.12.2023

AKTIVA		2023	2024
A.	<u>Sachanlagevermögen</u>		
	1. Software	1,50 €	1,50 €
	2. Büroeinrichtung	41.799,00 €	38.770,00 €
	3. Computeranlagen	43,00 €	51,00 €
	4. Einbauten in fremde Grundstücke	709,50 €	192,00 €
	5. Sonstige Betriebsausstattung	7.713,00 €	13.495,50 €
		50.266,00 €	52.510,00 €
B.	<u>Finanzanlagen</u>		
	1. Sonstige Ausleihungen	44.963,91 €	- €
C.	<u>Umlaufvermögen</u>		
	1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.260.135,63 €	1.007.513,34 €
	2. Sonstige Vermögensgegenstände	197.813,84 €	287.612,33 €
	3. Flüssige Mittel	1.961.149,39 €	2.009.952,88 €
		3.419.098,86 €	3.305.078,55 €
D.	<u>Aktive Rechnungsabgrenzungsposten</u>	14.629,00 €	41.988,77 €
	<u>Summe Besitzposten</u>	3.528.957,77 €	3.399.577,32 €
PASSIVA		2023	2024
E.	<u>Vereinsvermögen</u>		
	a) Posten gem. § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO	733.108,02 €	733.108,02 €
	b) Posten gem. § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO	147.836,21 €	160.152,20 €
		880.944,23 €	893.260,22 €
F.	<u>Rückstellungen</u>		
	Steuerrückstellungen	193.212,69 €	1.212,69 €
	Sonstige Rückstellungen	298.139,29 €	263.482,97 €
G.	<u>Verbindlichkeiten</u>		
	1. Darlehensverbindlichkeiten	6.712,26 €	6.712,26 €
	2. Verb. aus Lieferungen und Leistungen	257.210,71 €	559.716,41 €
	3. Sonstige Verbindlichkeiten	92.167,95 €	66.700,30 €
H.	<u>Passive Rechnungsabgrenzung</u>	1.800.570,64 €	1.608.492,47 €
	<u>Summe Schuldposten</u>	3.528.957,77 €	3.399.577,32 €
	<u>Vermögen des Vereins</u>		
	Vermögen des Vereins zum 31.12.2023		880.944,23 €
	Jahresüberschuss 2024		12.315,99 €
	Vermögen des Vereins zum 31.12.2024		893.260,22 €

Germanwatch

„Hinsehen, Analysieren, Einmischen“ – unter diesem Motto engagiert sich Germanwatch für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen und konzentriert sich dabei auf die Politik und Wirtschaft des Globalen Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Globalen Süden bildet den Ausgangspunkt unseres Einsatzes für eine nachhaltige Entwicklung.

Unsere Arbeitsschwerpunkte sind Klimaschutz und Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Zukunftsfähige Finanzflüsse und Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Zentrale Elemente unserer Arbeitsweise sind der gezielte Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen.

Germanwatch finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie aus Projektmitteln öffentlicher und privater Zuschussgeber.

Möchten Sie die Arbeit von Germanwatch unterstützen? Wir sind hierfür auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Bankverbindung/Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft AG
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00
BIC/Swift: BFSWDE33BER

Germanwatch – Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn
Telefon +49 (0)228/60 492-0, Fax -19

Germanwatch – Büro Berlin

Stresemannstr. 72, D-10963 Berlin
Telefon +49 (0)30/57 71 328-0, Fax -11

info@germanwatch.org | www.germanwatch.org



Hinsehen. Analysieren. Einmischen.

Für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.